



# HUMANE WIRTSCHAFT



## Geld oder Leben!

Die Lebendige Erde

Charles Eisenstein > 4

Wozu denken,  
wenn man googeln kann?

Pat Christ > 16

Automatismen  
des Niedergangs

Günther Moewes > 20

Nichtwähler  
ins Parlament

Werner Peters > 26



# HUMANE WIRTSCHAFT

## Für strukturelle Veränderungen

Die Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** wird vom gemeinnützigen „Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.“ mit Sitz in Essen herausgegeben.

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

**Gesell**  
**Dich doch dazu**

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

**Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.**

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <http://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de) oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

Die Seminarreihe „**Wirtschaft und Gesellschaft**“ geht am **20. und 21. Oktober 2018** weiter mit dem Thema: **Sozialwissenschaftliche Überblicke und Querschnittsbetrachtungen**  
Im neuen Jahr geht es dann wieder weiter ab **26. Januar 2019**.

**Details dazu finden Sie auf den Seiten 22 bis 24 in dieser Ausgabe.**

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. (Details und Anmeldung auch auf unserer Webseite)  
Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und David Fiedler vom SffO e. V.

## Geld oder Leben!

Was für ein Sommer 2018! Ich kann mich nicht erinnern, je einen solchen erlebt zu haben. Er begann genau genommen im April und schien mit Tagen über 30 Grad Celsius im September noch nicht zu Ende zu sein. Nahezu sechs heiße und trockene Monate in unseren Breiten sind nicht nur außergewöhnlich, sie gestalten gewohnte Lebensweisen um. Gemeinsames Essen und gesellige Runden verschieben sich in die späten Abend- und Nachtstunden. Körperliche und geistige Leistungsfähigkeit in der nachmittäglichen brütenden Hitze lassen gegenüber „normalen Sommertagen“ erheblich nach.

Der Sommer 2018 könnte in vielerlei Hinsicht eine Lehre sein. Mitteleuropäer und Skandinavier bekamen ein Gefühl dafür, weshalb europäische Südländer anders denken und handeln als die mit ihnen in der EU vereinten „Nordstaatler“. In Mittel- und Nordeuropa gehören Klimaanlage normalerweise nicht zur Standardeinrichtung in Büroräumen und Wohnungen; und Heizungen nicht in andalusischen Häusern. Bei 40 Grad Hitze kann niemand über acht Stunden konzentriert arbeiten. Mit Hilfe von Technik erreicht man es, künstliche Bedingungen zu schaffen, durch die Räume entstehen, in denen man es aushält. Neben dem außergewöhnlichen Wetter entwickelte sich auch eine gesellschaftliche Hitzköpfigkeit in Bezug auf bedeutende Themen.

Gäbe es eine Art Klimasystem für das Soziale, für das Gesellschaftsklima, wie würde man es justieren? Würde man dabei nicht auch versuchen, ein Umfeld zu modellieren, in dem sich alle wohlfühlen können? Würde es nicht zwangsläufig zu einer Ausgeglichenheit der Lebensumstände kommen, die der menschlichen Wesensart Rechnung tragen? Wer sich unwohl fühlt, sei es wegen außergewöhnlicher Wetterbedingungen oder unerträglicher sozialer Verhältnisse, neigt zu wachsender Aggressivität. Welche Komponenten hätte die „Gesellschaftsklimaanlage“?

Nichts prägt das Zusammenleben mehr als wechselseitige Beziehungen. Die naheliegenden, wie Verwandtschaft, Freundschaft oder lokale Gemeinschaften, aber ebenso die entfernteren, die maßgeblich von Arbeit, Wirtschaft und Politik gebildet werden. Das Beziehungsgeflecht eines einzelnen Menschen isoliert zu analysieren, ist schier unmöglich, selbst wenn man jede Einzelheit darin kennt. Wie gelangt man zu einem Gesamtbild, das allumfassender Erklärung nutzt? Man könnte die Verbindungselemente erforschen, die eine im wahrsten Sinne des Wortes „tragende Rolle“ spielen. In Beziehung und zum Austausch zu kommen, ist wesentliches Element des Menschseins. Und das Hilfsmittel, das wir dabei benutzen, ist das Geld. Indem wir etwas leisten, sind wir in das Wirtschaften eingebunden. Und weil heutzutage dieses System grundlegend für menschliche Daseinsfragen ist, spielt es direkt und indirekt in alle Subsysteme des Alltags hinein.

Was die Beschaffenheit des Geldsystems hinsichtlich des Sozialen anrichtet, ist in seiner ganzen Tiefe, nicht annähernd

erforscht. Akkumulierte Geldvermögen kolonialisieren die Welt und unterwerfen sie despotisch regierend einem einzigen Gesetz: der Kapitalrendite und dessen unersättlich erscheinendem Drang nach Vermehrung.



Das funktioniert aus einem simplen Grund. Angehäufte Überschüsse versetzen einen in die Lage, anstatt persönlich arbeiten zu müssen, das „Geld arbeiten“ zu lassen. Unter anderem mit dem Märchen „vom kleinen Sparer“ gelingt es, die Weltgemeinschaft auf den Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Mythos einzustimmen. Mit tiefgehenden sozialen Folgen und einem direkten Einfluss auf die menschliche Psyche. Was in uns vorgeht, steht mit dem Außen in dauernder Beziehung. Wenn wir als lebende Wesen – wie alle anderen – der Vergänglichkeit ausgesetzt sind, aber etwas unvergänglich Erscheinendes uns maßgeblich beeinflusst, dann scheint unser Intellekt uns den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Wir verlieren die Verbindung zum wahren Leben. Das Geld wirkt auf die Individuen entfremdend. Das Potential, welches die Struktur des Geldsystems in Bezug auf die allmähliche Isolierung der Einzelnen hat, wird nicht ausreichend erforscht.

Aber auch objektiven Zusammenhängen geht man nicht im gebotenen Maße auf den Grund. Man untersucht Symptome und isoliert Phänomene. Gleichzeitig kommt es zu immer unerwünschter werdenden Auswirkungen auf einer Vielzahl von Gebieten. Am gefährlichsten sind dabei die international zu beobachtenden sozialen und ökologischen Verwerfungen. Die Effekte treten weltweit auf. Die Expertenelite der Weltgemeinschaft klammert weiterhin grundlegende Fragen von Systemänderungen aus, ja im Grunde bekämpft sie sie, weil Nichtstun, Ignorieren, bzw. sich um isolierte Einzelfragen im Kreis zu drehen, zur Verzögerung und Verhinderung des dringend gebrauchten Wandels führen.

Der verstorbene CDU-Politiker Heiner Geißler brachte es 2007 – nachdem er hervorstechende Ergebnisse des Geldsystems aufzählte – bei einer Fernsehtalkshow knackig auf den Punkt: **„Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung“**.

(<https://youtu.be/3oZjF10fMus>)

Herzlich grüßt Ihr

*Andreas Zangemann*

# INHALT



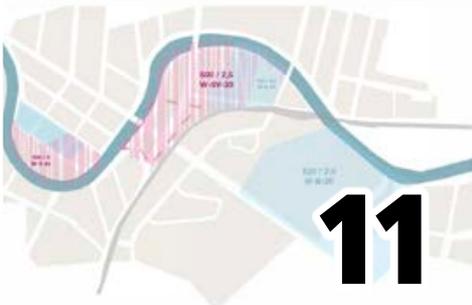
4



12



20



11



16

Adressdaten unserer Geschäftsstelle:

**HUMANE WIRTSCHAFT**

Luitpoldstr. 10

91413 Neustadt a. d. Aisch

Tel.: (09161) 87 28 672

Fax: (09161) 87 28 673

E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de)

## Initiation in eine Lebendige Erde 4 *Charles Eisenstein*

*Klimawandel ist ein Stichwort, hinter dem sich Wissenschaftlichkeit und Emotionen wechselseitig beim Geschichtenerzählen beeinflussen. „Wir laufen auf eine Katastrophe zu“, mahnen die einen, „Alles halb so schlimm“ entgegen andere. Fehlt es der Diskussion an einem erdenden Bewusstsein?*

## Wozu denken, wenn man googeln kann? 16 *Pat Christ*

*Selbst auf Gebieten, die man für geeignet hielt, weltweit demokratische Strukturen zu befördern, wie beispielsweise dem dezentralen Internet, geht die Entwicklung hin zu machtvollen Großkonzernen. Was bedeutet das für die Demokratie?*

## Grundsteuerreform 11 *„Grundsteuer: Zeitgemäß!“ informiert*

*Das Bundesverfassungsgericht lieferte den Auftakt zu einer Entwicklung, die bahnbrechend im Hinblick auf die Rolle des Grund und Bodens in Wirtschaft und Gesellschaft sein könnte. Das Bündnis „Grundsteuer zeitgemäß!“ kämpft für eine Neuordnung, die der Spekulation den Boden entziehen soll.*

## 62. Mündener Gespräche 19 *Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft*

*27. und 28. Oktober 2018 in Wuppertal  
Die Zukunft des Bargeldes: Abschaffung oder Reform?*

## Die Entropie und das Geld 12 *Werner Onken*

*Das universale Leben ist ein nicht endender Prozess von Werden und Vergehen. In der Physik formulierte man dafür die Hauptsätze der Thermodynamik. Würde man diese Gesetzmäßigkeit in die Wirtschaft übertragen, böte sich ein interessantes Feld an Reformen im Einklang mit der Natur.*

## Automatismen des Niedergangs 20 *Günther Moewes*

*Die dramatischer werdenden Befunde zur Scherenentwicklung von Reich und Arm tauchen in regelmäßigen Abständen auf und verschwinden bis zu ihrem nächsten Erscheinen, ohne dass sich etwas zum Guten ändert. Im Gegenteil.*

## Neustart der Einsteigerseminare ab Januar 2019 22 *Redaktion*

*Wuppertal – Auftakt zur Neuauflage des Schulungs- und Trainingsprogramms für die Erlangung von Grundlagen zum Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.*

Wertmaßstab



**24**



**35**



**40**



**26**

TITELBILD:

## GELD ODER LEBEN!

Idee: Andreas Bangemann

Umsetzung: Martin Bangemann

Bürgerbewegung

## FINANZWENDE

Finance Watch Deutschland

**45**

### „Wirtschaft und Gesellschaft“ 24 Redaktion

*Das Ende, das ein Anfang ist. Eine erfolgreiche Seminarreihe kommt zum vorläufigen Abschluss und bietet für alle, die beginnen wollen einen Überblick auf den Neustart*

### Trump, Putin, Xi – was macht sie einander so ähnlich? 40 Gero Jenner

*Können Staaten wie Unternehmen geführt werden? Angesichts von Führungspersonal fallen einige Parallelen auf. Doch darf und soll das so sein?*

### Termine 2018 25 Unsere Termine, wie immer in der Heftmitte.

### Ausweg aus dem Teufelskreis Wirtschaftswachstum 44 200 Unterzeichner

*Dieser Aufstand gegen ein ehernes Prinzip des Kapitalismus hat eine Besonderheit: Er kommt von innen.*

### Nichtwähler ins Parlament 26 Werner Peters

*Die Analyse einer bedenklichen Entwicklung und ein außergewöhnlicher Lösungsvorschlag.*

### Bürgerbewegung Finanzwende 45 Sven Giegold

*Die Gründung einer bürgerschaftlichen Initiative, die sich der Finanzwelt widmet und für grundlegende Reformen eintritt sorgt für Aufsehen.*

### Sirenenklänge 35 Friedrich Müller-Reißmann

*Beim Blick auf aktuelle Entwicklungen lässt vieles, was gerade passiert, Erinnerungen wach werden, jedoch leider keine guten. Ein Blick in die Geschichte kann erhellend und warnend zugleich sein.*

### Leserbriefe 46 Unsere Leser kommen zu Wort

### Impressum – Kontakt – Shop 48

# Initiation in eine Lebendige Erde

Charles Eisenstein

Übersetzung ins Deutsche von Andreas Bangemann



**Die meisten Menschen haben in ihrem Leben schon einmal eine Art von Initiation durchgemacht. Damit meine ich eine Krise, die sich dem widersetzt, was man wusste und was man war. Aus den Trümmern des anschließenden Zusammenbruchs entsteht ein neues Selbst in einer neuen Welt.**

Gesellschaften können auch eine Initiation durchlaufen. Der Klimawandel ist für die gegenwärtige globale Zivilisation eine solche. Es handelt sich dabei nicht bloß um ein „Problem“, das wir aus der gegenwärtig vorherrschenden Weltanschauung und deren Lösungssätzen erschließen können, sondern es fordert uns auf, eine neue Geschichte der Menschen und eine neue (und alte) Beziehung zum Rest des Lebens zu kultivieren.

Ein Schlüsselement dieser Transformation ist der Weg, von einem geomechanischen Weltbild zu einem Weltbild der „Lebendigen Erde“ (*Living Planet*) zu kommen. In meinem letzten Aufsatz habe ich argumentiert, dass die Klimakrise nicht durch die Justierung der atmosphärischen Gase gelöst werden kann, so als würden wir mit dem Luft-Kraftstoff-Gemisch eines Dieselmotors herumspielen. Vielmehr kann eine lebendige Erde nur gesund sein – kann in Wahrheit nur leben – wenn ihre Organe und Gewebe lebenskräftig und gesund sind. Diese umfassen die Wälder, den Boden, die Feuchtgebiete, die Korallenriffe, die Fische, die Wale, die Elefanten, die Seegraswiesen, die Mangrovensümpfe und alle anderen Systeme

und Arten der Erde. Wenn wir sie weiter beschneiden und zerstören, würden wir selbst dann, wenn wir die Emissionen über Nacht auf null reduzieren würden, wegen Millionen von Verletzungen immer noch den Tod erleiden.

Das ist so, weil es das Leben selbst ist, das die Bedingungen für das Leben erhält. Seine vom Menschen nur unklar verstandenen Prozesse sind so komplex wie jede Art lebendiger Physiologie. Vegetation produziert flüchtige Verbindungen, die die Bildung von Wolken fördern, die wiederum das Sonnenlicht reflektieren. Megafauna<sup>[1]</sup> transportiert Stickstoff und Phosphor über Kontinente und Ozeane, den Kohlenstoffkreislauf aufrechterhaltend. Wälder erzeugen eine „biotische Pumpe“ mit dauerhaft niedrigem Druck, die Regen in kontinentale Räume bringen und atmosphärische Strömungsmuster aufrechterhalten. Wale bringen Nährstoffe aus den Tiefen des Ozeans und nähren damit Plankton. Wölfe kontrollieren die Hirschpopulationen, so dass die Waldebene zwischen Boden und Kronenbereich lebensfähig bleibt, die Regenaufnahme fördert und Dürre und Feuer verhindert werden. Biber verlangsamen den Wasserzufluss von Land zum Meer, sie puffern Überschwemmungen und modulieren den Schlammabfluss in Küstengewässer, so dass dort Leben gedeihen kann. Myzel-Matten binden große Gebiete in einem neuronalen Netzwerk zusammen, das in seiner Komplexität das des

menschlichen Gehirns übersteigt. Und all diese Prozesse greifen ineinander.

In meinem Buch „*Climate – A New Story*“ behaupte ich, dass ein Großteil der Klimakatastrophen, die wir den Treibhausgasen zuschreiben, tatsächlich von einer direkten Störung der Ökosysteme herrührt. Es passiert seit Jahrtausenden: Dürre und Wüstenausbreitungen waren überall dort zwangsläufige Folgen, wo Menschen Wälder gerodet und Böden der Erosion ausgesetzt haben.

Der Ausdruck „Störung der Ökosysteme“ klingt wissenschaftlich im Vergleich zu „Lebewesen Schaden zufügen und töten“. Aber aus der Sicht des Lebendigen Planeten ist letzteres genauer. Ein Wald ist nicht nur eine Ansammlung von lebenden Bäumen – er ist selbst lebendig. Der Boden ist nicht nur ein Medium, in dem das Leben wächst; der Boden lebt. Gleichermaßen leben auch ein Fluss, ein Riff und ein Meer. Genau so wie es viel einfacher ist, eine Person zu erniedrigen, auszubeuten und zu töten, wenn man das Opfer als menschlich wertloser ansieht, so ist es auch einfacher, die Wesen der Erde zu töten, wenn wir sie bereits als unbelebt und ohne eigenes Bewusstsein betrachten. Die Kahlschläge, die Tagebaue, die entwässerten Sümpfe, die Ölverschmutzungen usw. sind unvermeidlich, wenn wir die Erde als ein totes Ding, als unsensibel, als einen instrumentalisierbaren Haufen von Ressourcen betrachten.

Unsere Geschichten sind mächtig. Wenn wir die Welt als tot betrachten, werden wir sie töten. Und wenn wir die Welt als

<sup>1</sup> Wikipedia: Als Megafauna wird der Anteil der Tiere bezeichnet, welcher in einem Habitat die körperlich größten Organismen stellt. Die nächstkleinere Kategorie ist die Makrofauna und die kleinste die Mikrofauna.

lebendig sehen, werden wir lernen, wie wir ihrer Heilung dienen können.

## Die Sichtweise der Lebendigen Erde

Die Welt lebt tatsächlich. Sie ist nicht nur der Gastgeber des Lebens. Die Wälder und Riffe und Feuchtgebiete sind seine Organe. Das Wasser ist sein Blut. Der Boden ist seine Haut. Die Tiere sind seine Zellen. Dies ist keine exakte Analogie, aber die Schlussfolgerung, zu der es einlädt ist gültig: Wenn diese Wesen ihre Intaktheit verlieren, wird die ganze Erde verkümmern.

Ich werde nicht versuchen, einen intellektuellen Ansatz für die Existenz des Planeten Erde zu formulieren, der davon abhängen würde, welche Definition des Lebens ich verwende. Außerdem möchte ich noch weiter gehen und sagen, dass die Erde empfindungsfähig, bewusst und intelligent ist – ein wissenschaftlich unerträglicher Anspruch. Anstatt diesen Punkt zu diskutieren, werde ich die Skeptiker bitten, barfuß auf der Erde zu stehen und die Wahrheit zu spüren. Ich glaube, wie skeptisch du auch immer bist, wie leidenschaftlich Du auch immer meinst, das Leben sei nur ein zufälliger chemischer Unfall, angetrieben von blinden physischen Kräften, so brennt dennoch eine winzige Flamme des Wissens in jedem Menschen, die sagt, dass Erde, Wasser, Boden, Luft, Sonne, Wolken und der Wind lebendig sind und uns genauso fühlt, wie wir sie fühlen.

Ich kenne den Skeptiker gut, weil ich es selbst bin. Ein schleichender Zweifel ergreift mich, wenn ich viel Zeit drinnen vor einem Bildschirm verbringe, umgeben von standardisierten anorganischen Objekten, die die Abgestumpftheit des modernistischen Weltbildes widerspiegeln.

Die Aufforderung, **sich barfuß mit der lebendigen Erde zu verbinden**, wäre bei einer akademischen Klimakonferenz oder einem Treffen des IPCC<sup>[2]</sup> sicher fehl am Platz. Gelegentlich führt man bei solchen Events eine gefühlsbetonte Zeremonie auf oder lässt einen indigenen Menschen auftreten, um die vier Himmelsrichtungen um Hilfe zu rufen, bevor dann alle den Konferenzraum betreten, um sich mit den Daten und Diagrammen, Modellen und Prognosen, Kosten

und Nutzen zu beschäftigen. Was in dieser Welt real ist, sind die Zahlen. Solche Umgebungen – von quantitativen Abstraktionen in Räumen mit klimatisierter Luft, starrem künstlichen Licht, identischen Stühlen und allgegenwärtigen rechten Winkeln – verbannen jegliches Leben außer dem der Menschen. Die Natur existiert nur in der Darstellung, und die Erde scheint nur theoretisch lebendig zu sein, wenn überhaupt.

Was an diesen Orten als real gilt, sind die Zahlen – wie ironisch, angesichts der Tatsache, dass Zahlen die Quintessenz der Abstraktion sind, die Reduktion des Vielen auf das Eine. Der datengesteuerte Geist versucht, auch die Probleme anhand von Zahlen zu lösen. Mein innerer Mathe-Geek würde gerne die Klimakrise lösen, indem er jede mögliche Politik anhand dessen Netto-CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks bewertet. Jedes Ökosystem, jede Technologie, jedes Energieprojekt würde ich einem Treibhauswert zuordnen. Dann würde ich mehr von einem und weniger von etwas anderem einkaufen, ich würde Flugreisen mit Baumpflanzungen ausgleichen, die Zerstörung von Feuchtgebieten mit Sonnenkollektoren kompensieren, um ein gewisses Treibhausgas-Budget zu decken. Ich würde die Methoden und Denkweisen anwenden, die um die Finanzbuchhaltung herum entstanden sind – Geld ist eine andere Möglichkeit, das Viele auf das Eine zu reduzieren.

Wie beim Geld so ignoriert auch der Kohlenstoff-Emissionsreduktions-Reduktionismus leider alles, was keinen Einfluss auf die Bilanz zu haben scheint. Das führt dazu, dass traditionelle Umweltthemen wie die Erhaltung von Lebensräumen, die Rettung der Wale oder die Beseitigung von Giftmüll in der Klimabewegung zu kurz kommen. „Grün“ bedeutet „kohlenstoffarm“.

Aus Sicht der Lebendigen Erde ist dies ein großer Fehler, da die ignorierten Wale, Wölfe, Biber, Schmetterlinge usw. zu den Organen und Geweben gehören, die *Gaia*<sup>[3]</sup> vollständig erhalten. Indem wir unsere Flugkilometer mit Baumpflanzungen ausgleichen, unseren Strom aus Sonnenkollektoren beziehen und damit den „umweltfreundlichen“ Mantel tragen, beruhigen wir

das Gewissen und verdunkeln den fortwährenden Schaden, den unsere heutige Lebensweise erzeugt. Wir meinen, dass „Nachhaltigkeit“ die Erhaltung der Gesellschaft bedeutet, wie wir sie kennen, lediglich mit nicht-fossilen Brennstoffquellen.

Das bedeutet nicht, dass es in Ordnung ist, weiterhin wie eh und je mit fossilen Brennstoffen zu arbeiten. Als Reaktion auf mein letztes Essay haben mich einige Leute als „Klimaleugner“ oder als „Werkzeug der Klimaleugner“ bezeichnet. Dies ist eine normale Reaktion in einem stark polarisierten Umfeld, in dem für jede Person oder Haltung der Fokus auf der ersten wichtigen Frage steht: „Auf welcher Seite stehst du?“ In einer Kriegssituation muss jede Information abgelehnt werden, so wahr sie auch sein mag, falls sie der Erzählung unserer Seite widerspricht. Sie muss als Huldigung an den Feind und die eigenen Ambitionen schädigend dargestellt werden. Wenn beide Seiten dieses Verhalten aufweisen, ist das Ergebnis eine binäre Wahl, die jede Alternative ausschließt, die außerhalb eines dieser Pole liegt oder sogar außerhalb des Meinungsspektrums, das durch die beiden Pole definiert wird. Darüber hinaus bedeutet das Ausschließen von widersprüchlichen Daten, dass jede Seite für Entwicklung, Veränderung und Wahrheit undurchdringbar wird.

Auf diese Weise erzeugt die Ansicht der Lebendigen Erde (wie ich sie interpretiere) Feindseligkeit, nicht nur von rechten Anti-Umweltschützern, sondern auch von der linken Szene der vor der Klimaerwärmung Warnender und das obwohl die Linke zumindest veranlagungsmäßig mit ihrer Prämisse übereinstimmt. Die Feindseligkeit gegen meine Sicht der Lebendigen Erde beruht auf einer Schlussfolgerung, die ich jetzt ziehen werde: dass die globale Erwärmung nicht die Hauptbedrohung für die Biosphäre ist und dass die Konzentration auf Kohlenstoffemissionen und saubere Energie nicht die höchste Priorität hat.

Die wirkliche Bedrohung für die Biosphäre ist tatsächlich schlimmer, als die meisten Menschen, selbst auf der linken Seite, verstehen; es umfasst das Klima und geht weit darüber hinaus; und: wir können nur durch eine multidimensionale Antwort Heilung erreichen.

<sup>2</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen: „Weltklimarat“

<sup>3</sup> In der griechischen Mythologie die personifizierte Erde

Sind Treibhausgasemissionen ein Problem? Ja. Sie setzen die globalen Lebenssysteme einer enormen Belastung aus, die durch Entwicklung, Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung ohnehin bereits gefährlich geschwächt sind. Hier dazu eine freie Analogie: Stellen Sie sich vor, dass die Winde und Strömungen der Erde, Temperatur- und Feuchtigkeitsflüsse und die lebenserhaltenden Wettermuster wie ein riesiger, gewundener Gartenschlauch sind, der mit winzigen Löchern versehen ist, um Pflanzen zu bewässern. Stellen Sie sich weiter vor, dass diese Pflanzen um den Schlauch gewachsen sind, um ihn mehr oder weniger an Ort und Stelle zu halten. Jetzt entwurzeln Sie diese Pflanzen (zerstören damit Ökosysteme) gleichzeitig erhöhen Sie den Wasserdruck dramatisch (den zunehmenden Treibhauseffekt simulierend). Ohne die Pflanzen, die ihn festhalten, beginnt der Schlauch sich zu winden, zu schlagen und wild zu tanzen. Er liefert Wasser nicht mehr dorthin, wohin er es sollte.

Auf der realen Erde sind die Ökosysteme – insbesondere Wälder, Savannen und Feuchtgebiete -, in denen die Muster des Fließens einst ihren Ursprung hatten, stark geschädigt. In der Zwischenzeit haben Treibhausgase den thermodynamischen Wandel des Systems verstärkt, wodurch atmosphärische Strukturen weiter zerstört und geschwächte Ökosysteme weiter geschädigt werden. Aber selbst ohne erhöhte Treibhausgase würde die massive Tötung von Leben eine Katastrophe bedeuten. Fossile Treibstoffemissionen verstärken eine bereits schlechte Situation.

## Neuordnung der Prioritäten

Bei gesunden Ökosystemen wären erhöhte CO<sub>2</sub>-, Methan- und Temperaturwerte wenig problematisch. Schließlich waren die Temperaturen im frühen Holozän wie auch während der minoischen Warmperiode, der römischen Warmperiode und der mittelalterlichen Warmperiode wohl höher als heute (das wird äußerst kontrovers diskutiert), und es gab keine außer Kontrolle geratene Methan-Rückkopplungsschleife oder etwas Ähnliches. Ein Lebewesen mit starken Organen und gesundem Gewebe ist belastbar.

Leider wurden die Organe der Erde beschädigt und ihr Gewebe vergiftet. Sie



ist in einem heiklen Zustand. Deshalb ist es wichtig, Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Eine Lebendige-Erde-Sichtweise fordert jedoch zu einer anderen Prioritätsordnung auf als die, die der konventionelle Klimadiskurs vorschlägt:

Die oberste Priorität besteht darin, den gesamten verbleibenden Regenwald und andere unbeschädigte Ökosysteme zu schützen. Besonders wichtig sind Mangrovensümpfe, Seegraswiesen und andere Feuchtgebiete, besonders an den Küsten. Diese Wälder und Feuchtgebiete sind wertvolle Schätze, Reservoir der Artenvielfalt, Regenerationsgewässer für das Leben. Sie enthalten die tiefe Intelligenz der Erde, ohne die eine vollständige Heilung unmöglich ist.

Die zweite Priorität besteht darin, beschädigte Ökosysteme weltweit zu reparieren und zu regenerieren. Möglichkeiten, das zu tun, sind unter anderem:

- Eine massive Ausweitung der Meeresreservate für die Ozeanregeneration, Verbot von Schleppnetzen auf dem Meeresgrund, Treibnetzen und anderen industriellen Fangmethoden,
- regenerative landwirtschaftliche Praktiken, die den Boden wieder aufbauen, wie Deckfruchtanbau, mehrjährige Landwirtschaft, Agroforstwirtschaft und ganzheitliche Beweidung,
- Aufforstung und Wiederaufforstung,
- Wasserspeicherlandschaften zur Wiederherstellung des Wasserkreislaufs,
- Schutz von Gipfelräubern<sup>[4]</sup> und der Megafauna.

4 In der Biologie die nicht streng definierte Bezeichnung für eine biologische Art, die in einem Ökosystem an der Spitze der Nahrungspyramide steht. Beispiel: der Wolf

Die dritte Priorität besteht darin, die Welt nicht länger mit Pestiziden, Herbiziden, Insektiziden, Kunststoffen, PCB, Schwermetallen, Antibiotika, chemischen Düngemitteln, pharmazeutischen Abfällen, radioaktiven Abfällen und anderen industriellen Schadstoffen zu vergiften. Diese schwächen die Erde auf der Gewebeebene und durchdringen die gesamte Biosphäre bis zu dem Punkt, an dem zum Beispiel Orcas mit PCB-Konzentrationen gefunden werden, die hoch genug sind, um den Körper des Orcas als Giftmüll zu klassifizieren. Pestizide und die Zerstörung von Lebensräumen führen auch zu einem massiven Absterben von Insekten, Amphibien, Vögeln, Bodenorganismen und anderem Leben und schwächen Gaias Fähigkeit, sich selbst zu erhalten.

Die vierte (und immer noch wichtige) Priorität ist die Verringerung der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre. Die Erreichung dieses Ergebnisses wird zu einem großen Teil ein Nebenprodukt der anderen drei Prioritäten sein. Sowohl die Wiederaufforstung als auch die regenerative Landwirtschaft können enorme Mengen Kohlenstoff binden. Um Ökosysteme wirklich zu schützen und zu reparieren, wäre außerdem ein Moratorium für neue Pipelines, Offshore-Ölquellen, Fracking, Teersandaushub, Bergspitzenabbau, Tagebaue und andere Gewinnung fossiler Brennstoffe erforderlich, da diese alle mit erheblichen ökologischen Schäden und Risiken verbunden sind. Die Lebendige-Erde-Sicht unterstützt auch bestimmte Vorschläge mit Fokus auf Reduktion des Kohlenstoff-Ausstoßes, die umfassendere ökologische und soziale Vorteile haben: Aufdachsolaranlagen, lokale Ernährung und lokale Ökonomien, fahrradfreundliche Städte, kleinere Passivhäuser, Ent-

militarisierung, reparierbare statt Einwegartikel, sowie Wiederverwendung und Upcycling.

Paradoxerweise brauchen wir das Treibhausgas-Argument nicht, um Treibhausgase zu reduzieren. Indem wir die oben aufgeführten Prioritäten einhalten, werden wir das meiste von dem, was die Mainstream-Klimabewegung fordert, erreichen (und vielleicht sogar übertreffen), aber aus einer anderen Motivation heraus. Es gibt jedoch wichtige Ansatzpunkte. Der Lebendige-Erde-Ansatz lehnt große Wasserkraftprojekte ab, weil sie Feuchtgebiete zerstören, Flüsse zerstören und den Schlickfluss zum Meer verändern. Es verachtet Biokraftstoffplantagen, die weite Gebiete Afrikas, Asiens und Südamerikas vereinnahmen, da diese oft die natürlichen Ökosysteme und die kleinbäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft ersetzen. Es fürchtet Geoengineering-Pläne wie die Aufhellung des Himmels mit Schwefel-aerosolen. Es hat wenig Verständnis für riesige Kohlenstoff saugende Maschinen (Carbon Capture und Storage-Technologie). Es sieht mit Entsetzen auf den Verbrauch von Wäldern auf der ganzen Welt, um Hackschnitzel für umgebaute Kohlekraftwerke zu produzieren. Es hält es für fragwürdig, dass riesige Vogel-tötende Windturbinen und gewaltige Photovoltaik-Felder auf freigelegte Landschaften gesetzt werden.

## Polarisierung und Leugnung

Im vorhergehenden Abschnitt habe ich auf die kontrovers diskutierte Behauptung verwiesen, wonach die mittelalterliche Warmzeit wärmer als die heutige war. Ich würde das gerne wiederholen, nicht weil ich denke, dass es wichtig ist, es auf die eine oder andere Weise nachzuweisen, sondern weil es den Einstieg zu einem tieferen Problem bietet, das in unserer Kultur in vielerlei Hinsicht dauerhaft und sich wiederholend Einzug gehalten hat, nicht nur bezüglich der globalen Erwärmung. Das tiefere Problem ist die Polarisierung.

Klimadatendiagramme scheinen das Gegenteil der Behauptung zur mittelalterlichen Warmzeit zu zeigen – dass es demnach heute wärmer ist als jemals in den letzten zehntausend Jahren. Auf der anderen Seite greifen Skeptiker die methodologischen und statistischen Grundlagen dieser Studien an und liefern dann

Hinweise auf frühe warme Temperaturen mit höherem Meeresspiegel im frühen und mittleren Holozän.

Nach ein paar Jahren Buchforschung bin ich im guten Glauben, dass ich in der Lage bin, beide Seiten des Themas diskutieren zu können. Ich könnte mit eindrucksvollen Forschungszitaten argumentieren, dass die Mittelalterliche Warmzeit (auch als Mittelalterliche Temperaturanomale bezeichnet) eigentlich gar nicht so warm war und sich hauptsächlich im Nordatlantik und im Mittelmeerraum konzentrierte. Ich könnte auch argumentieren, wieder unter Berufung auf Dutzende von Peer-Review-Papieren<sup>5</sup>, dass die Anomalie signifikant und global war. Dasselbe gilt für so ziemlich jeden Aspekt der Klimadebatte – ich kann auf beiden Seiten gut genug argumentieren, um seine Anhänger zu beeindrucken.

Als Leser dieses Aufsatzes könnte es passieren, dass man sich eine Gleichsetzung mit einer der beiden Seiten einhandelt, von denen eine aus skrupellosen unternehmensfinanzierten rechten Pseudo-Wissenschaftlern besteht, die ihre Eier vor das Überleben der Menschheit stellen, und die andere von bescheidenen, integren Wissenschaftlern, unterstützt von selbstkorrigierenden Peer-Review-Instituten, die dafür sorgen, dass die Konsensposition der Wissenschaft der Wahrheit immer näher kommt. Oder besteht die eine Seite aus tapferen Dissidenten, die ihre Karriere riskieren, weil sie die herrschende Orthodoxie in Frage stellen, und die andere aus dem Gruppendenken hervorgegangene Karrieristen, die sich risikoscheuend der globalistischen Agenda von tollwütigen linken „Enviros“ und „Greenies“ verpflichtet fühlen?

Die polarisierende Beschimpfung, die von beiden Seiten kommt, deutet in ihren Positionen auf ein hohes Maß eingebrachter Egos hin, die mich bezweifeln lässt, dass eine der Seiten Beweise anerkennt, die ihrer Ansicht widersprechen.

Angesichts der extremen Polarisierung der amerikanischen (und bis zu einem gewissen Grad westlichen) Gesellschaft heutzutage, habe ich eine Faust-

<sup>5</sup> Ein oder eine Peer-Review (englisch von Peer, Gleichrangiger und Review, Gutachten) ist ein Verfahren zur Qualitätssicherung einer Arbeit durch unabhängige Gutachter aus dem gleichen Fachgebiet.

regel entwickelt, die sowohl für generische Paare als auch für die Politik gilt: Das wichtigste Problem ist außerhalb des geführten Kampfes selbst zu finden und zwar darin, wozu beide Parteien stillschweigend zustimmen oder was sie nicht sehen wollen. Sich einer der Seiten zuzuschlagen bedeutet, die Bedingungen der Debatte gutzuheißen und sich am Ignorieren versteckter Themen zu beteiligen.

Eine stillschweigende Übereinkunft auf der Meta-Ebene innerhalb der Klimadebatte ist die Reduktion der Frage nach der Gesundheit des Planeten auf die Frage, ob Temperaturen heute heißer sind als vor zehn Jahren. Das Alarm schlagen gegen die globale Erwärmung, die für schuldig an der ökologischen Verschlechterung erklärt wird, bringt es mit sich – falls die Skeptiker recht haben – dass dann kein Grund zur Besorgnis besteht. Also muss die Klimabewegung um jeden Preis beweisen, dass die Skeptiker falschliegen – bis hin zum Ausschluss historisch erwiesener warmer Temperaturen, die nicht in die gewünschte Darstellung passen.

Welches Motiv steht dahinter, dass man den Klimaleugnern um jeden Preis ihre Fehler beweisen möchte? Das Motiv ist eine fundierte Warnung über den Zustand des Planeten. Das Lager der Alarmisten läutet bei der anthropogenen Verschlechterung der Biosphäre einen echten Alarm ein. Im Grunde haben sich beide Seiten darauf verständigt, die Katastrophe mit der galoppierenden globalen Erwärmung gleichzusetzen und damit stellvertretend über das größere Problem der planetaren Gesundheit zu debattieren. Ich fürchte, dass die Umweltschützer dadurch heiligen Boden aufgegeben und sich bereit erklärt haben, den Kampf auf schwierigem Terrain zu führen. Sie haben sich statt für einen „harten Verkauf“ Ihrer Ansichten für einen einfachen Verkauf entschieden. Sie haben eine Angst-Erzählung (die Kosten des Klimawandels) mit einer Liebeserzählung (rettet die Wale) ersetzt. Sie haben die Sorge um die Erde auf die Akzeptanz einer politisch aufgeladenen Theorie projiziert, die Vertrauen in die Institution Wissenschaft und die sie einbettenden Autoritätssysteme erfordert. Und dies zu einer Zeit, in der das allgemeine Vertrauen in Autorität abnimmt – und das aus gutem Grund.

In Bezug auf die Klima-Skeptiker ist es leider so, dass die „Leugner“-Verunglimpfung in vielen Fällen angebracht ist. Unabhängig davon, ob die etablierte Klimaforschung berechtigt kritisiert wird oder nicht, ist die skeptische Position typischerweise Teil einer größeren politischen Identität, die, um ihre Kohärenz zu bewahren, jedes Umweltproblem zusammen mit der globalen Erwärmung abtun muss. Vehement auf der Position bestehend, wonach alles in Ordnung ist, beharren skeptische Blogs in der Regel darauf, dass Plastikmüll, radioaktiver Abfall, chemische Schadstoffe, Biodiversitätsverlust, Treibhausgase, GVO, Pestizide usw. kein Problem darstellen; daher muss sich auch nichts ändern. Der Widerstand gegen Veränderungen steht im Zentrum der psychologischen Leugnung. Die Frau weiß, dass sie Krebs hat, aber um das zuzugeben, müsste sie mit dem Rauchen aufhören. Der Mann weiß, dass seine Ehe auseinanderfällt, aber um das zuzugeben, müsste er aufhören immerfort zu arbeiten. Das „Mit-etwas-Aufhören“ erfordert eine tiefere Untersuchung darüber, was zu den Abhängigkeiten führt.

Gleiches gilt auch für unsere Zivilisation: auf einer bestimmten Ebene wissen wir, dass die Art, wie wir leben – eher: so wie wir sind – unsere Gesundheit und unsere Ehe zerstören (für den Rest des Lebens). Wir spüren ein wachsendes Unglück unter unserer kollektiven Sucht nach Konsum und Wachstum. Und wir wissen, dass wir am Beginn einer völlig anderen Zivilisation stehen. Eine tiefgreifende Veränderung steht uns bevor, und aus Angst vor dieser Veränderung leugnen wir, dass etwas nicht in Ordnung ist. Die Klimaskeptiker sind nur die offensichtlichen Leugner, aber perverserweise betreibt der Mainstream der globalen Erwärmung auch eine Art Leugnung, indem er eine Vision der Nachhaltigkeit aufrechterhält, die nur durch einen Wechsel der Energiequellen erreichbar ist. Das gängige Oxymoron des „nachhaltigen Wachstums“ veranschaulicht diese Wahnvorstellung, da Wachstum in unserer Zeit die Umwandlung von Natur in Ressource, in Produkt, in Geld bedeutet. Stattdessen sollten wir die Notwendigkeit einer vollständigen Wandlung der Zivilisation erkennen und in eine Welt eintreten, in der Entwicklung nicht mehr Wachstum bedeutet, in der das Abstrakte nicht mehr dem Realen voraus-

geht und in der das Messbare nicht mehr das Qualitative unterwirft.

Ein Aspekt dieses Wandels ist die Wiederherstellung nicht-quantitativer Arten des Wissens, die über das hinausgehen, was wir als wissenschaftlich, datengetrieben oder prozesslösungs-gesteuert bezeichnen. Ich will an dieser Stelle Klartext reden: Ich traue weder der Klimawissenschaft noch der Institution der Wissenschaft im Allgemeinen. Im Allgemeinen vertraue ich der Aufrichtigkeit und Intelligenz einzelner Wissenschaftler, aber als Institution unterliegt die Wissenschaft einer Art kollektiver Bestätigungsverzerrung, die durch ihre Veröffentlichungsinstitutionen, Stipendien, akademischen Förderung usw. vermittelt wird. Mein Misstrauen ist auch teilweise persönlich: Ich habe viele Erfahrungen gemacht, von denen die Wissenschaft sagt, dass sie unmöglicher Unsinn sind. Ich habe recherchiert und profitiert von Heilmethoden, von denen die Wissenschaft sagt, dass sie Quacksalberei sind. Ich habe in Kulturen gelebt, in denen wissenschaftlich inakzeptable Phänomene alltäglich waren. Ich habe gesehen, dass der wissenschaftliche Konsens versagt hat (zum Beispiel in der Lipid-Hypothese der Arteriosklerose). Und ich sehe, wie tief eingebettet Wissenschaft in einer veralteten zivilisatorischen Weltgeschichte steckt. Das heißt nicht, dass ich weiß, dass die Standarderzählung der globalen Erwärmung falsch ist. Das weiß ich überhaupt nicht. Ich weiß allerdings auch nicht, dass sie richtig ist. Deshalb habe ich meine Aufmerksamkeit auf das gerichtet, was ich weiß, beginnend mit dem Wissen, das durch meine eigenen nackten Füße kommt.

### Das Leben und das Lokale

Wunderlicherweise erleichtert die vorherrschende Erzählung der Erderwärmung die Leugnung, indem sie den Alarm auf eine widerlegbare wissenschaftliche Theorie verlagert, deren letzter Beweis erst dann kommen kann, wenn es zu spät ist. Mit räumlich und zeitlich, sowie kausal weit entfernten Effekten ist es viel einfacher, den Klimawandel zu leugnen, als beispielsweise zu leugnen, dass die Waljagd Wale tötet, dass die Entwaldung das Land austrocknet, dass Plastik das Meeresleben tötet und so weiter. Ebenso sind die Effekte der ortsbasierten ökologischen Heilung

besser zu sehen als die Klimaeffekte von Photovoltaikpaneelen oder Windkraftanlagen. Der Kausalabstand ist kürzer und die Auswirkungen greifbarer. Zum Beispiel beginnt der Grundwasserspiegel zu steigen wo Bauern Bodenregeneration betreiben, Quellen kommen wieder zum Leben, die seit Jahrzehnten trocken sind, Ströme beginnen wieder das ganze Jahr zu fließen, und Singvögel und Wildtiere kehren in das Gebiet zurück. Dies ist sichtbar, ohne dass man entfernten wissenschaftlichen Institutionen Vertrauen schenken muss.

Der regenerierte Boden speichert auch viel Kohlenstoff. Kohlenstoff ist die atomare Grundlage des Lebens – das Wort „organisch“ bedeutet „bodenhaltig“. Vielleicht verstehen wir den atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Gehalt als eine Art ökologisches Barometer, das uns zeigt, wie erfolgreich wir das Leben auf der Erde wiederhergestellt haben.

Die Bodenregeneration ist typisch für die wesentliche lokal platzierte Anwendung des Lebendige-Erde-Paradigmas. Da Zahlen und Metriken generisch sind – eine Tonne Kohlenstoff ist hier die gleiche wie eine Tonne Kohlenstoff dort-, begreift man die ökologische Krise in quantitativer Hinsicht der CO<sub>2</sub>-Niveaus und fördert globalisierte, standardisierte Lösungen, die hinsichtlich ihrer messbaren Kohlenstoff-Auswirkungen bewertet werden. Ein Ergebnis ist die weitverbreitete Anpflanzung von ökologisch und kulturell ungeeigneten Bäumen, die manchmal katastrophale Auswirkungen haben. Der in ihrer Biomasse gespeicherte Kohlenstoff wird gemessen, aber nicht der Kohlenstoff, der verloren geht, wenn er das verfügbare Grundwasser verbraucht und dreißig Jahre später stirbt, wodurch man den Boden unfruchtbar und anfällig zurücklässt. Wir messen auch nicht die diffusen Ökosystemeffekte, die sich daraus ergeben, noch die Schädlingsmanagementkosten, noch die Störung der traditionellen Lebensgrundlagen, welche die Urbanisierung vorantreiben. Das sind die Gefahren einer Metrik basierten Entscheidungsfindung: Wir ignorieren, was wir nicht messen wollen, was schwer zu messen ist und was unermesslich ist.

Wenn wir die Orte und Ökologie dieses Planeten als Lebewesen und nicht als Ensembles von Daten sehen, haben wir die Notwendigkeit von vertraulichen,



ortsbasierten Kenntnissen erkannt. Quantitative Wissenschaft kann Teil der Entwicklung dieses Wissens sein, aber sie kann nicht die enge, qualitative Beobachtung von Bauern und anderen lokalen Menschen ersetzen, die täglich und über Generationen hinweg mit dem Land interagieren.

Die Tiefe und Feinheit des Wissens von Jägern, Sammlern und traditionellen Bauern ist schwer für den wissenschaftlichen Verstand zu ergründen. Dieses Wissen, das in kulturellen Geschichten, Ritualen und Bräuchen kodiert ist, integriert seine Praktizierenden in die Organe von Land und Meer, so dass sie an der Widerstandsfähigkeit des Lebens auf der Erde teilhaben können.

## Ritual und Beziehung



Eines der Rätsel der Klimaforschung ist die Beständigkeit des Holozän-Optimums – zehntausend Jahre anomal stabiles Klima –, das die Zivilisation gedeihen ließ. Soweit ich das beurteilen kann, schreibt die Wissenschaft dies im Wesentlichen dem Glück zu. Ich habe unter indigenen Völkern eine völlig andere Erklärung gefunden: dass die Rituale, die von Kulturen durchgeführt wurden, die in einem guten Verhältnis zu den Geistern der Erde standen, Bedingungen aufrechterhielten, die dem menschlichen Wohlergehen förderlich waren. Indigene Kulturen standen in ständiger Kommunikation mit „anderen-als-menschlichen“ Wesen und baten oder verhandelten über reichlich und rechtzeitige Regenfälle, milde Winter und so weiter. Aber sie beteten nicht nur für gutes Wetter, sie sahen sich selbst auch in der Verantwortung für die Aufrechterhaltung

der langfristigen Beziehungen zu natürlichen Kräften, die notwendig waren, um eine menschenwürdige Welt zu erhalten. Einige Dogons, die ich einmal getroffen habe, erzählten mir, dass der Klimawandel das Ergebnis der Entfernung heiliger ritueller Artefakte aus Afrika und anderen Orten und deren Transport zu Museen in Europa und Nordamerika ist. Vertrieben und rituell vernachlässigt, können sie ihre geospirituelle Funktion nicht mehr ausüben. Die Kogi sagen etwas Ähnliches: nicht nur müssen heilige Stätten auf der Erde geschützt werden, andernfalls würde der Planet sterben, sondern wir müssen auch die richtige zeremonielle Beziehung zu diesen Orten aufrechterhalten.

Der moderne Geist neigt dazu, solche Praktiken auf hilflos abergläubische Regengebete zu reduzieren. Unsere Theorie der Kausalität hat wenig Raum, die Wirksamkeit von Zeremonien und Ritualen zu erkennen, um das lokale oder globale Klimagleichgewicht zu erhalten. Ich für meinen Teil neige dazu, indigene Glaubenssätze und Praktiken für bare Münze zu nehmen, weil ich glaube, dass das moderne Verständnis der physischen, kraftbasierten Ursache und Wirkung uns in Bezug auf andere mysteriöse Ebenen der Kausalität verblendet hat. Aber wenn Sie lieber an moderner Kausalität, moderner Ökologie und moderner Klimawissenschaft festhalten, könnten Sie die Rituale ortsbasierter Kulturen als untrennbar von einer ganzen Lebensweise betrachten, die auf alltägliche, praktische Weise die Pflege von Wasser, Erde und Leben beinhaltet. Was motiviert diese Pflege? Es ist der Respekt gegenüber allen Wesen und Systemen als heilige Lebewesen. Innerhalb

einer solchen Denkweise sucht man wie selbstverständlich die Kommunikation mit ihnen.

Das bedeutet nicht, dass wir indigene Rituale nachahmen sollten, sondern von der dahinter liegenden Weltanschauung lernen – eine Weltanschauung, in der man sich selbst in einer lebendigen, intelligenten, heiligen Welt verortet hat. Dann werden wir in der Lage sein, dieses Verständnis in unsere eigenen Ritualsysteme zu übersetzen (die wir Technik, Geld und Recht nennen).

Für einen wesentlichen Teil meiner Psyche scheint es offensichtlich, dass menschliche Entscheidungen das Klima auch durch die eingesetzte Symbolik und Metaphorik beeinflussen. Diese Intuition ist nicht so weit entfernt von der mittelalterlichen Ansicht, dass soziale Ungerechtigkeit Gottes Zorn in Form von Naturkatastrophen niederbringt. Während ich dies schreibe, fließt der Regen auf die Farm; nachdem er alle Durchlässe und Becken gefüllt hat, bricht er jetzt in die Bodensenken ein und zerstört die obere Schicht des Bodens. Vierzehn Zoll schon und immer noch gießt es. Gleichzeitig leidet der amerikanische Südwesten unter Rekordhitze und extremer Trockenheit. Die ungerechte Verteilung des Niederschlags spiegelt die ungleiche Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft wider. Einerseits so viel, dass man nicht weiß, was man damit anfangen soll; andererseits so wenig, dass das Leben unmöglich wird. Auch unsere Kultur hat ihre Rituale: Wir manipulieren die Symbole, die wir Geld und Daten nennen, in dem magisch-religiösen Glauben, dass sich die physische Realität dadurch ändern wird. Und sie tut es – unsere Rituale sind kraftvoll. Aber sie haben einen versteckten Preis. Wie andere Kulturen verstanden haben, bringt das Aufkeimen von Magie für selbstsüchtige Zwecke unvermeidlich Desaster mit sich. Früher oder später wird ein gestörtes Erdklima den Störungen im sozialen Klima, im politischen Klima und im psychischen Klima folgen. Vielleicht übertreibe ich mit meinen Deutungen, aber 2018, ein Jahr extremer Polarisierung in menschlichen Angelegenheiten, war auch ein Jahr extremer Polarisierung der Temperatur: Hitze an einigen Orten und Jahreszeiten, Kälte an anderen. Ein gestörtes Erdklima wird dem sozialen Klima, dem politischen Klima und dem psychischen Klima folgen.

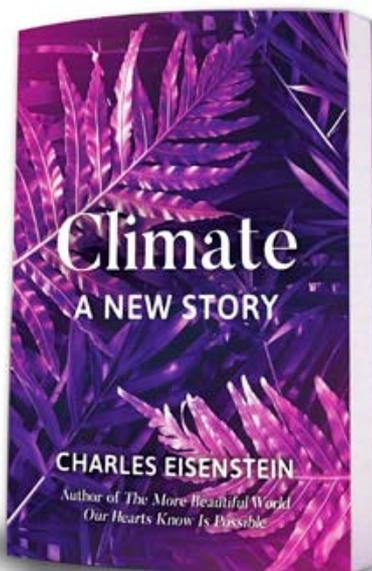
## Wozu braucht es den Menschen?



Die Sicht der Lebendigen Erde, mit der ich das bewusste beseelte Planetenempfinden meine, erkennt eine innige Verbindung zwischen menschlichen und ökologischen Angelegenheiten an. Ich höre Leute oft sagen: „Der Klimawandel ist keine Bedrohung für die Erde. Dem Planeten wird es gut gehen. Nur menschliche Wesen können aussterben.“ Wenn wir jedoch die Menschheit als die geliebte Schöpfung von Gaia verstehen, die zu einem evolutionären Zweck geboren wurde, können wir nicht mehr sagen, dass sie ohne Menschen gut wird, so wenig wie wir es von einer Mutter behaupten können, dass es für sie gut wird, nachdem sie ihr Kind verlor. Es tut mir leid, aber es wird ihr nicht gut gehen.

Die oben erwähnte Idee eines evolutionären Zwecks folgt, im Gegensatz zur modernen biologischen Wissenschaft, natürlich der Sichtweise auf die Welt und den Kosmos als etwas empfindungsfähiges, intelligentes oder bewusstes. Es öffnet die Fragen „Wofür sind wir?“ „Warum sind wir hier?“ Und „Warum bin ich hier?“ Gaia hat ein neues Organ entwickelt. Wofür ist das? Wie könnte die Menschheit mit allen anderen Organen – den Wäldern und den Wassern und Schmetterlingen und den Robben – im Dienste des Traumes der Welt zusammenarbeiten?

Ich kenne die Antworten auf diese Fragen nicht. Ich weiß nur, dass wir damit beginnen müssen, sie zu fragen. Wir müssen – nicht des Überlebens willen.



Ob als Einzelpersonen oder als eine Art, wir leben für etwas. Wir bekommen kein Leben, nur um es zu überleben. Womit dienen wir? Welche Vision von Schönheit winkt uns zu? Dies ist die Frage, die wir uns stellen müssen, wenn wir das Initiationsportal durchgehen, das wir Klimawandel nennen. Indem wir danach fragen, rufen wir eine kollektive Vision hervor, die den Kern einer gemeinsamen Geschichte bildet, eine gemeinsame Vereinbarung. Ich weiß nicht, was es sein wird, aber ich glaube nicht, dass es die alte Zukunft von fliegenden Autos, dienstbaren Robotern und Städten unter Kuppeln sein wird, die eine verwüstete und karge Landschaft umgibt. Es ist eine Welt, wo die Strände wieder mit Muscheln übersät sind, wo wir Wale zu Tausenden sehen, wo Vogelschwärme den Himmel bedecken, wo die Flüsse sauber laufen und wo das Leben zu den zerstörten Orten von heute zurückkehrt.

Wir leben für etwas. Wir mögen keine große Vision des menschlichen Schicksals haben, die uns führt, aber dennoch weist uns ein innerer Kompass den Weg. Ihm zu folgen bedeutet, fürsorglich zu werden. Uns Hingeben, wir fühlen es, ja, deshalb bin ich hier. Vielleicht führt Sie Ihre Sorge zu konventionellen Klimamärschen und dergleichen, oder vielleicht wird es Sie dazu führen, einen winzigen Teil der Erde zu heilen und zu beschützen, oder vielleicht das soziale Klima, das spirituelle Klima, das Beziehungsklima – die Gesundheit des neuen Organs von Gaia nennen wir die Menschlichkeit. Einige dieser Aktivitäten haben keine erkennbaren Auswirkungen auf den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, doch die Intuition sagt uns, dass alle Teil derselben Revolution sind. Eine Gesellschaft, die die am meisten gefährdeten Menschen ausbeutet, wird notwendigerweise auch die

verwundbarsten Orte ausbeuten. Eine Gesellschaft, die sich der Heilung auf einer Ebene widmet, wird unweigerlich dazu beitragen, Heilung auf allen Ebenen zu leisten.

Ich kann jetzt präziser bezüglich der Art der Initiation werden, auf die ich eingangs hingewiesen habe. Die treibende Frage ist: Warum sind wir hier? – ein wichtiger Meilenstein des Reife Prozesses bis ins Erwachsenenalter. Wir könnten daher das gegenwärtige Zusammenlaufen der Krisen als eine Initiation in das kollektive Erwachsenenalter verstehen – die Entlassung der modernen Zivilisation in ihren Zweck. Es geht nicht ums Überleben. Deshalb dient die Angst-Erzählung, die Kosten-Nutzen-Erzählung, die existenzielle Bedrohungs-Erzählung nicht der Sache der ökologischen Heilung. Können wir es durch die Liebeserzählung ersetzen? Mit der Schönheitserzählung? Die Empathie-Erzählung? Können wir uns mit unserer Liebe für diesen verletzten lebendigen Planeten verbinden und unsere Hände und Gedanken, unsere Technologie und unsere Künste betrachten und fragen, wie wir am besten an der Heilung und dem Träumen von der Erde teilnehmen sollen?



### Zum Autor

Charles Eisenstein



Charles Eisenstein, Jahrgang 1967, graduierte an der renommierten Yale Universität in Philosophie und Mathematik. Vertiefte Studien in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte sowie spiritueller Philosophie schlossen sich an.

Web: <http://www.charleseisenstein.net>

Der Beitrag auf Englisch ist auf der Webseite des Autors zu finden:  
<https://charleseisenstein.net/essays/initiation-into-a-living-planet/>

Bereits erschienene Bücher von Charles Eisenstein:

- „*Die Renaissance der Menschheit: Über die große Krise unserer Zivilisation und die Geburt*“ – 2017
- „*Ökonomie der Verbundenheit*“ – Mit einem Vorwort von Margrit Kennedy – 2013
- „*Die schönere Welt, die unser Herz kennt, ist möglich*“ – 2017
- „*Climate – A New Story*“ – 18. 9. 2018 (sein neuestes Buch, zunächst in englischer Sprache)

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz 4.0 International (CC BY 4.0)

Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen darf er verbreitet und vervielfältigt werden.  
 siehe: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



# Grundsteuerreform:

## Eigentümer- und Vermieterverbände präsentieren unrealistische Zahlen

„Grundsteuer: Zeitgemäß!“ informiert

Zu der am Montag, 17. 9. 2018 von Haus & Grund Deutschland und Zentralem Immobilien Ausschuss (ZIA) in Berlin präsentierten Auftragsstudie des ifo-Instituts zur Reform der Grundsteuer erklärt das bundesweite Bündnis „**Grundsteuer: Zeitgemäß!**“:

Wie zu erwarten war, präsentierten die Eigentümer- und Vermieterverbände eine Studie, die sich für das von ihnen favorisierte Flächenmodell ausspricht. Das Flächenmodell, auch Südländer- oder Äquivalenzmodell genannt, sieht vor, dass allein Grundstücks- und Gebäudenutzflächen besteuert werden.

„Das Gutachten des ifo-Instituts bestätigt unsere Einschätzungen und eigenen Modellrechnungen, dass die reine Flächensteuer eine Gleichmacherei zugunsten von Eigentümern mit teuren Grundstücken wäre“, so Ulrich Kriese, bau- und siedlungspolitischer Sprecher beim NABU Deutschland. Grundstücke in einfachen und peripheren Lagen erfahren mit einer reinen Flächensteuer eine Höherbelastung, Grundstücke in guten und zentralen Lagen werden entlastet.

Das offensichtlichste Manko der Studie ist freilich die Außerachtlassung von Hebesatzanpassungen durch die Kommunen. Die politische Vorgabe lautet, dass das kommunale Grundsteueraufkommen möglichst unverändert bleiben soll (Aufkommensneutralität). Die Berechnungen des ifo-Instituts berücksichtigen dies jedoch lediglich auf Bundesebene durch Anpassung ausschließlich der Steuermesszahlen. Dies führt zu schwerwiegenden Verzerrungen. Um bei einer Umstellung auf aktuelle Grundstückswerte Aufkommensneutralität zu erreichen, muss die Mehrzahl die Gemeinden (vorrangig jene in den westlichen Bundesländern) ihre Hebesätze nach unten anpassen. Die Kommunen haben es in der Hand, im Falle weiter steigender Werte die Hebesätze periodisch jeweils so abzusenken, dass es nicht zu Steuererhöhungen auf breiter Front kommt. Noch mehr: In den Berechnungen für das „Äquivalenzmodell“ wird – anders als bei den wertbasierten Re-

formvarianten – für Gewerbeimmobilien eine höhere Belastung als bei Wohnimmobilien unterstellt. Würde man bei den wertbasierten Reformvarianten entsprechend vorgehen, würden die Wohnimmobilien entsprechend stark entlastet. Die Zahlen zu den Belastungsverschiebungen der verschiedenen Reformvarianten mit Blick auf Ein- und Mehrfamilienhäuser vergleichen daher „Äpfel mit Birnen“ und sind unrealistisch.

Behauptet wird zwar, dass das Flächenmodell die einfachste Reformvariante darstellt. Das Gegenteil aber ist der Fall: In den Verwaltungen der meisten Länder liegen die Größen der Geschoss-, Wohn- und Nutzflächen nämlich gar nicht vor.

Völlig außer Acht lässt das Gutachten zudem eine Betrachtung, wie die Reformmodelle auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke wirken. Dies dürfte daran liegen, dass die Auftraggeber kein Interesse daran haben, dass offenbar würde, wie stark die reine Flächensteuer diese Art Grundstücke entlasten und damit die Spekulation und Angebotsverknappung auf dem Bodenmarkt weiter anheizen würde.

Sowohl ZIA als auch Haus & Grund haben sich in der Vergangenheit bereits für die Reform der Grundsteuer in eine reine Flächensteuer ausgesprochen. Hingegen hat der Chef des ifo-Instituts, Clemens Fuest, sich noch 2016 für die Einführung einer Bodenwertsteuer ausgesprochen<sup>[1]</sup> und bis vor kurzem immerhin noch dafür plädiert, bei der Grundsteuer auf eine Gebäudekomponente (wesentlicher Bestandteil des Flächenmodells!) zu verzichten<sup>[2]</sup>. „Erst im Vorfeld des Auftragsgutachtens fand offenbar ein Sinneswandel beim ifo-Institut statt. Die Kehrtwende, die hier vollzogen wird, ist schon erstaunlich“, so Dirk Löhr, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier und Erstunterzeichner des Aufrufs „**Grundsteuer: Zeitgemäß!**“.

1 <https://www.zew.de/de/das-zew/aktuelles/clemens-fuest-zehn-thesen-zur-ungleichheitsdebatte/>

2 <https://www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2018-06-fuest-et-al-symp-steuer-2018-03-22.pdf> (S. 12)

Die bundesweite Initiative „**Grundsteuer: Zeitgemäß!**“ fordert die Reform der Grundsteuer zu einer reinen Bodenwertsteuer. Dabei würden ausschließlich die Bodenwerte der Grundstücke in die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer einfließen. Es käme dann nicht mehr darauf an, ob ein Grundstück bebaut oder unbebaut ist, sondern, ob es bebaut werden kann. Die Grundsteuer würde sich dann neutral gegenüber der Bautätigkeit des Eigentümers verhalten: bauliche Investitionen würden nicht mehr durch eine steigende Grundsteuer bestraft, Leerstand und Spekulation nicht mehr durch eine niedrige Grundsteuer begünstigt. „So könnten Baupotenziale auf dafür vorgesehenen Flächen mobilisiert und das Wohnraumangebot erhöht werden, während gleichzeitig der Druck auf freie Flächen am Ortsrand gemindert wird“, so Ulrich Kriese. Eine Bodenwertsteuer wäre in besonderem Maße gerecht, da sie mit Fokus auf den Bodenwert nicht das privat Geschaffene besteuert, sondern die Wertsteigerung des Grundstücks auf Basis der mit öffentlichen Mitteln bereitgestellten Infrastruktur (Straßen, Leitungen, Baurechte).

Im Gegensatz zu allen anderen diskutierten Modellen, einschließlich des Flächenmodells, wäre der Verwaltungsaufwand beim Umstellen zu einer Bodenwertsteuer äußerst gering, denn die Bodenrichtwerte liegen bereits flächendeckend vor. Zumindest hier verschließt das ifo-Institut nicht völlig die Augen vor der Realität: Vor dem Hintergrund einer möglichst einfachen Bemessungsgrundlage werden die Vorteile der Bodenrichtwerte explizit erwähnt. 🌊

Die Initiative **Grundsteuer: Zeitgemäß!** ist ein 2012 gegründeter bundesweiter, überparteilicher Aufruf zur Reform der Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer. Zu den Unterstützern zählen bislang über 50 Bürgermeister, zahlreiche Verbände und Organisationen, darunter der NABU, der BUND, die IG BAU, das Institut der deutschen Wirtschaft, der Bund Deutscher Architekten und der Deutsche Mieterbund sowie fast 1.000 Privatpersonen.

Mehr Infos: [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net)

**Ansprechpartner:** Dr. Ulrich Kriese  
Prof. Dr. Dirk Löhr  
Henry Wilke

Mobil: +49 (0)176- 875 99 511  
Mobil: +49 (0)172-623 99 42  
Mobil: +49 (0)30-284 984 1628

E-Mail: [Ulrich.Kriese@NABU.de](mailto:Ulrich.Kriese@NABU.de)  
E-Mail: [D.Loehr@umwelt-campus.de](mailto:D.Loehr@umwelt-campus.de)  
E-Mail: [Henry.Wilke@grundsteuerreform.net](mailto:Henry.Wilke@grundsteuerreform.net)

# Die Entropie und das Geld

## Thermodynamische Gesetze in der Ökonomie

Werner Onken

### Übersicht

- 1 Am Ende des grenzenlosen Wachstums
- 2 Die Einbeziehung der thermodynamischen Gesetze in die Ökonomie durch Georgescu-Roegen
  - 2.1 Erster Hauptsatz der Thermodynamik
  - 2.2 Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik: Entropie - das Gesetz vom Schwund
  - 2.3 Korrektur der Produktionsfunktion durch Binswanger
  - 2.4 Warnung vor technologischen Illusionen
- 3 Vom „Geldfetischismus“ zum entropischen Geld

### 1 Am Ende des grenzenlosen Wachstums

In einem Interview mit dem „Greenpeace-Magazin“ äußerte der amerikanische Ökonom Nicholas Georgescu-Roegen 1992 den Gedanken, es sei vielleicht das Schicksal der Menschheit, „ein kurzes, aber berauschendes und extravagantes Leben zu führen“. Wenn dann nach jahrmillionenlanger Evolution die rauschende Ballnacht des Industriezeitalters vorbei sei, „... werden wir die Erde eines Tages anderen Spezies überlassen müssen – den Amöben etwa. Die können sich dann noch ein paar Milliarden Jahre im Sonnenschein tummeln.“<sup>[1]</sup> Georgescu-Roegen ist jedoch keiner jener Untergangspropheten, die ein solches Schicksal von Mensch und Erde herbeireden oder es fatalistisch hinzunehmen bereit wären. Im Gegenteil, in seinen Forschungen geht es ihm besonders um ein Nachdenken über Wege in eine Postmoderne, in der auch der Mensch noch eine Zukunft hat.

Wenn der Mensch mit seiner auf grenzenloses Wachstum programmierten Wirtschaft nicht zu einem für die Erde untragbaren Dinosaurier werden und aussterben soll, bedarf es eines Umdenkens in der Ökonomie. Dafür hat Nicholas Georgescu-Roegen wertvolle Impulse gegeben. In einem Rückblick auf die Anfänge der Ökonomie hat er zeigen können, wie sehr die Vorstellungen der ökonomischen Klassiker vom mechanistischen Weltbild der klassischen Physik geprägt waren. Der Wirtschaftsprozess wurde als Pendelbewegung zwischen

Produktion und Konsum innerhalb eines völlig geschlossenen Systems gedacht. Wie bei einem *Perpetuum Mobile* bringe dieses Kreislaufsystem die Pendelbewegungen aus sich selbst hervor und die Pendelschläge hätten auch keine Wirkungen nach außen. Dieselbe Ignoranz gegenüber der Umwelt dieses Kreislaufsystems beobachtete Georgescu-Roegen im Modell der kreislaufmäßigen Reproduktion des Kapitals von Karl Marx sowie in den Kreislauf- und Wachstumsmodellen der postkeynesianischen und neoklassischen Ökonomen. Die „neoklassische Standardökonomie“ leugnet den Zusammenhang mit der Umwelt, „... indem sie von dem faktischen Input des ökonomischen Prozesses ebenso abstrahiert wie von seinem Output – dem energetischen Abfall. Dadurch wird der ökonomische Prozess zum vollkommenen Kreis, in dessen Verlauf sich lediglich die Verteilung von Materie und Energie ändert, aber nicht ihr Zustand.“<sup>[2]</sup>

### 2 Die Einbeziehung der thermodynamischen Gesetze der Ökonomie durch Georgescu-Roegen

Georgescu-Roegen erinnert daran, dass William Petty als Vorläufer der klassischen Ökonomie in England die Einbettung des Wirtschaftskreislaufs in die Umwelt bewusst war. Petty schrieb, dass die „Arbeit der Vater und die Natur die Mutter des Wohlstands“ sei.<sup>[3]</sup> Auch die französischen Physiokraten hielten den Boden für die ei-

2 ebd. (Greenpeace-Magazin Nr. 1/1992), S. 16

3 Nicholas Georgescu-Roegen, Was geschieht mit der Materie im Wirtschaftsprozess?, in: R. Brun (Hg.), Sonne! – eine Standortbestimmung für eine neue Energiepolitik, Frankfurt 1979, S. 100

gentliche Quelle des gesellschaftlichen Wohlstands. Diese Einsicht ist später von fortschritts- und wachstumsgläubigen Ökonomen völlig verdrängt worden. Georgescu-Roegen hat sich auf sie zurückbesonnen und sie zusammen mit Erkenntnissen aus der Physik zum Ausgangspunkt für eine Korrektur der ökonomischen Theorie genommen.

Wirtschaft ist im Gegensatz zu den Standardlehrbüchern der Ökonomie kein von der übrigen Welt isoliertes Geschehen, denn der Mensch kann mit seiner Arbeit Materie Energie wieder schaffen noch vernichten. Produktion und Konsum sind vielmehr mit der sie umgebenden Natur vernetzt: sie entnehmen ihr Rohstoffe und Energie und scheiden Abfälle in die Natur aus.

### 2.1 Erster Hauptsatz der Thermodynamik

Vereinfacht könnte man sagen: von nichts kommt auch in der Wirtschaft nichts, und nichts wird zu nichts. Diese an sich selbstverständliche Tatsache ist in der Physik als Grundsatz zur Erhaltung von Materie bzw. Energie beschrieben worden. Es gilt als der erste Hauptsatz der Thermodynamik. Ganz alltägliche Erfahrungen scheinen dem zu widersprechen. Zum Beispiel geht nach dem Kochen einer Mahlzeit die Energie einer langsam abkühlenden Herdplatte scheinbar verloren. In Wirklichkeit ist sie jedoch nicht „weg“, sondern wie feiner Staub im Raum verteilt.

### 2.2 Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik: Entropie – das Gesetz vom Schwund

1 Der Spielverderber – Interview mit Nicholas Georgescu-Roegen, in: Greenpeace-Magazin Nr. 1/1992, S. 16–18

Die nach dem Kochen von der Herdplatte noch abgestrahlte Energie bleibt zwar erhalten, aber für die Zubereitung einer weiteren Mahlzeit ist sie nicht mehr verfügbar. Diese Erfahrung des Sichverstreuens von nicht mehr nutzbarer Energie drückt der zweite Hauptsatz der Thermodynamik aus. Demnach neigt alle Energie dazu, sich in Wärme zu verwandeln und sich dann gleichmäßig zu verteilen.

Das Maß für die Verfügbarkeit von Energie ist die sogenannte Entropie. Je niedriger die Entropie, desto höher die Verfügbarkeit von Energie. Wie beim Esenskochen geht überall und besonders auch in der industriellen Produktion Energie von einem verfügbaren in einen nichtverfügbaren Zustand über.

Nach einer anderen Definition ist Entropie außerdem das Maß für die Unordnung. Beim Wechsel vom verfügbaren in einen nicht-verfügbaren Zustand geht Energie von Ordnung (niedrige Entropie) in Unordnung (hohe Entropie) über. Nicholas Georgescu-Roegen bezeichnet es nun als ein „*Charakteristikum des Lebens*“<sup>[4]</sup>, dass lebendige Organismen mit Hilfe der ständigen Zufuhr von Sonnenenergie (niedrige Entropie) die entropische Entartung ihrer eigenen materiellen Struktur bekämpfen und die eigene Entropie für die Dauer ihres Lebens weitgehend konstant halten können. Die moderne Industriegesellschaft verbraucht jedoch weitaus mehr Energie als die Sonne der Erde an neuer verfügbarer Energie liefert. Wirtschaftliches Wachstum führt mithin zu einem fortschreitenden und sich beschleunigenden Schwund von verfügbarer Energie und Ordnung, indem es wertvolle Rohstoffe und Energie in wertlose Abwärme und Abfälle verwandelt. Dieser Prozess ist irreversibel, denn die in einem Stück Kohle steckende Energie lässt sich nur einmal nutzen, und nach dem Verbrennen kann man die Asche nicht in verbrennbare Kohle zurückverwandeln. Deshalb vergleicht Georgescu-Roegen die Erde mit einer Sanduhr, die sich nicht umdrehen lässt: „*Wie der Sand nach unten rieselt, so verwandelt sich niedrige Entropie unwiderruflich in hohe Entropie. Wenn wir das ernst nehmen, wird das Wachstum des Bruttosozialprodukts zu einem negativen Wachstum: Was wächst ist die Menge an*

4 Wie Fußnote 3, S. 104

*nicht-verfügbarer Energie.*“<sup>[5]</sup> Grenzenloses exponentielles Wirtschaftswachstum zerstört - wenn es nicht rechtzeitig gebremst wird – geordnete Strukturen des Lebens und führt schließlich unweigerlich zum Tod des endlichen, begrenzten Raumschiffs Erde.

### 2.3 Korrektur der Produktionsfaktoren durch Binswanger

Georgescu-Roegens Anregungen für ein Umdenken in der Ökonomie hat Hans Christoph Binswanger aufgegriffen und weitergedacht. Zwar bemühten sich auch die Neoklassik und der Postkeynesianismus die Umweltproblematik einzubeziehen. Aber die ökologische Frage lasse sich nicht allein dadurch lösen, dass ehemals „freie“ Güter einen Preis bekommen, mit dem externen Kosten internalisiert werden, oder dass staatliche Investitionen fortan mehr an sparsamem Ressourcenverbrauch und Umweltschutz orientiert werden als an Produktivitätssteigerung. Es bedarf vielmehr einer „*tiefergreifenden Reform der Theorien*“.<sup>[6]</sup> Im Blick hat Binswanger dabei vor allem die Produktionsfunktion, die sowohl den neoklassischen als auch den postkeynesianischen Wachstumstheorien zugrunde liegt. Sie reduziert die Produktion auf die beiden Faktoren Arbeit und Kapital. Eine Produktionsfunktion, die das Sozialprodukt nur als Resultat von Arbeits- und Kapitaleinsatz erklärt, unterschlägt die Mitwirkung der Natur und „...*deklariert die Produktion als Schöpfung aus dem Nichts.*“<sup>[7]</sup> Sie ist ein typisches Zeichen einer Zeit, die an die Allmacht der von Menschenhand gemachten Technik glaubt und die innere Verbindung zur Natur verloren hat. Demgegenüber muss eine zukünftige Produktionsfunktion auch die natürlichen Ressourcen einbeziehen.<sup>[8]</sup>

5 Wie Fußnote 1, S. 16 – Vgl. auch Nicholas Georgescu-Roegen, *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge Mass. 1971; Entropiesgesetz und ökonomischer Prozess im Rückblick, Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung Nr. 5/1987, Berlin 1987.

6 Hans Christoph Binswanger, *Das Entropiesgesetz als Grundlage einer ökologisch orientierten Wirtschaftstheorie*, in: ders., „Geld und Natur – Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie“, Stuttgart 1991, S. 72

7 Wie Fußnote 6, S. 73

8 Vgl. hierzu Hans Christoph Binswanger, *Der Unwert der Natur – Zur Ausklammerung der Natur aus der Produktionsfunktion in der ökonomischen Theorie*, in: ders., *Geld und Natur...* wie Fußnote 6, S. 169–194

### 2.4 Warnung vor technologischen Illusionen

Übereinstimmend warnen Georgescu-Roegen und Binswanger vor „*technologischen Illusionen*“ leichtfertiger Technokraten, die glauben, dass sie für alle erschöpften Ressourcen einen Ersatz entdecken können. Es gibt keine „*Back-Stop-Technologien*“, mit denen man die Begrenztheit und Endlichkeit des Raumschiffs Erde durchbrechen könnte. Selbst die Solartechnologien verbrauchen niedrige Entropie und sie bedürfen großer Bodenflächen für die Aufstellung von Kollektoren. Und auch „*Recycling-Technologien*“ „kosten“ niedrige Entropie. Die Umstellung der Industriegesellschaft von harten auf weiche Technologien ist zwar notwendig, um die irdischen Vorräte an verfügbarer Energie zu schonen. Aber letztlich ist die Problematik der sich immer weiter aufschaukelnden Wachstumsspirale und der Entropiezunahme nicht auf technologischem Wege lösbar. Es kommt darauf an, auch die mit ressourcenschonenden Technologien betriebene Produktion insgesamt auf ein naturverträgliches Niveau zu reduzieren. Parallel zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft muss der Wachstumszwang auch mit Mitteln der Ordnungspolitik ausgeschaltet werden.

### 3 Vom „Geldfetischismus“ zum entropischen Geld

Georgescu-Roegen und Binswanger haben den Blickwinkel der Ökonomie zweifellos geweitet und Bausteine für eine ökologische Ökonomie geliefert. Die Berücksichtigung der thermodynamischen Grundgesetze und die Neuformulierung der Produktionsfunktion stellen aber erst eine realitätsgerechtere Beschreibung des wirtschaftlichen Ist-Zustands dar. Sie erklären noch nicht die Ursachen für die bedrohliche Zunahme von Entropie auf der Welt und zeigen auch noch keinen Weg zur Umkehr dieser gefährlichen Fehlentwicklung.

Gleichsam als Zwischenlösung und Vorbereitung auf eine spätere ordnungspolitische Kurskorrektur propagiert Georgescu-Roegen ein „*bioökonomisches Minimalprogramm*“ mit den folgenden Punkten:

1. Ächtung von Kriegen und Waffenproduktion.
2. Verzicht auf Luxus und Mode.
3. Produktion langlebiger Güter anstelle von geplantem Verschleiß.
4. Mehr Freizeit statt mehr Konsum.
5. Nord-Süd-Ausgleich.
6. Organische statt mechanischer Landwirtschaft.<sup>[9]</sup>

Alle Programmpunkte sind erstrebenswert, doch stehen ihrer unmittelbaren Verwirklichung die Zwänge des bestehenden Wirtschaftssystems entgegen. Bei der Produktion von Waffen und Wegwerfgütern, Luxus- und Modeartikeln werden im großen Stil menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen verschwendet. Insofern ist diese Produktion völlig unwirtschaftlich – aber sie ist sehr rentabel. Während eine organische Landwirtschaft für Mensch und Natur wirtschaftlich sein könnte, bietet die mechanisierte, chemotechnisierte Landwirtschaft dem zinssuchenden Geld lukrativere Anlagemöglichkeiten. Auch in anderen Bereichen verhindert die Jagd des Geldes nach Zins und Zinseszins einen wirtschaftlichen Umgang mit menschlichen und natürlichen Ressourcen.

Diesen eigentlichen Kern des ökologischen Dilemmas hat Nicholas Georgescu-Roegen mit seinem Hinweis gestreift, dass sowohl die neoklassischen als auch die postkeynesianischen Ökonomen „...dem schlimmsten Fetischismus erlegen sind, den es gibt – dem Geldfetischismus.“<sup>[10]</sup> Über diese bloße Andeutung geht Hans Christoph Binswanger hinaus. Sein Buch „Geld und Natur“ erhellte das Wesen des „Geldfetischismus“, das heißt die innere Dynamik der Selbstvermehrung des Geldes. Und es zeigt anhand von instruktiven Rückblicken in die Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen von Aristoteles über Locke, Hume, Smith, Quesnay bis hin zu Walras, wie die Ökonomen diesem Geldfetischismus verfallen sind. Darüber hinaus begnügt sich Binswanger allerdings mit dem knappen Hinweis, dass im Hinblick auf eine Überwindung des Wachstumszwangs „...das Geld- und Finanzsystem auf die ihm innewohnende Dynamik grundsätzlich über-

9 Wie Fußnote 1, S. 18

10 Wie Fußnote 3, S. 106

prüft werden muss.“<sup>[11]</sup> Gleichwohl wird in seinem Buch mehrfach ein Gedanke ausgesprochen, der zum Schlüssel bei der weiteren Suche nach einem Ansatzpunkt für diese Überprüfung des Geld- und Finanzsystems werden kann: „Geld kann beliebig angehäuft werden, weil es nicht verdirbt... Es ist eine Größe, die sich von den natürlichen Begrenzungen, insbesondere der Begrenzung der Lebensdauer der Produkte löst: es verrottet nicht und verrostet nicht.“<sup>[12]</sup>

Dieser Satz ist eine Brücke sowohl zu dem von Georgescu-Roegen betonten entropischen Charakter des Wirtschaftens als auch zu Silvio Gesells Alternativmodell einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft mit einem „verderblichen“ Geld, das den Geldfetischismus überwindet.

Alles im Raumschiff Erde ist endlich, begrenzt und vergänglich, das heißt es unterliegt einer „normalen“ Entropie. Nur das Geld nimmt in diesem Raumschiff eine Ausnahmestellung ein: Während organisches Leben einem Prozess des Werdens und Vergehens unterliegt, ist das Geld unverderblich und unvergänglich; es braucht dem Entropiegesetz nicht zu gehorchen. Und nicht nur das, es kann sich auch noch grenzenlos durch Zins und Zinseszins exponentiell vermehren. Das krebsartige Wuchern der Geldvermögen und das davon erzwungene Mitwachsen der Produktion führen zu einer „unnormal“ überhöhten Entropie. Mit der Vergeudung verfügbarer Energie geraten sowohl die Natur als auch der soziale Organismus zunehmend in Unordnung.

Eine Anwendung des thermodynamischen Ansatzes von Nicholas Georgescu-Roegen nicht nur auf die real-, sondern auch auf die geldwirtschaftliche Seite des zerstörerischen Wachstums führt zu Silvio Gesells Überlegung, das Geld so umzugestalten, dass es seine Ausnahmestellung und damit Machtposition über Mensch und Natur verliert. Es soll ebenfalls dem Gesetz vom entropischen unterstellt werden, indem die Geldzeichen in periodischen Abständen einen der „normalen“ En-

11 Hans Christoph Binswanger, Die Dynamik der Geldwirtschaft – Zur Frage eines Wachstumszwangs, in: ders., „Geld und Natur ...“, wie Fußnote 6, S. 108/109

12 Hans Christoph Binswanger, Von der Versorgungswirtschaft zur Erwerbswirtschaft – Von Walras zurück zu Aristoteles, in: ders., „Geld und Natur ...“, wie Fußnote 6, S. 127 (vgl. auch die Seiten 90, 133 und 184).

tropie entsprechenden Prozentsatz ihres Nennwerts verlieren. Damit wird der Widerspruch zwischen fehlender Entropie beim Geld und überhöhter Entropie in der Realwirtschaft gelöst.

Es mag Zufall sein, dass ein solcherart vergängliches Geld zeitweise ausdrücklich „Schwundgeld“ bezeichnet wurde. Ursprünglich sprach Gesell von „rostenden Banknoten“: „Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, kann allein als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther sich bewahren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. Man gibt dann nur noch die eigene Ware gegen Geld her, weil man das Geld als Tauschmittel braucht, nicht weil man vom Besitz des Geldes einen Vorteil erwartet.“<sup>[13]</sup> Schwund- bzw. „entropisches“ Geld hat nicht mehr die Fähigkeit, sich durch Zins und Zinseszins grenzenlos zu vermehren. Und seine Menge lässt sich so regulieren, dass die Kaufkraft der Währungseinheiten absolut stabil wird – und zwar unabhängig davon, ob das Sozialprodukt wächst, stagniert oder schrumpft. Es übt keinen Zwang zum Wachstum mehr auf die Wirtschaft aus, so dass es möglich wird, Produktion und Konsum mit ressourcenschonenden Technologien auf ein naturverträgliches Volumen sich einpendeln zu lassen.

Eine Änderung des Geldes hat auch Auswirkungen auf die ökonomische Vorstellung, Werte in Geldform aufbewahren und ihrem natürlichen Schwund ausweichen zu können. Sie ist ohnehin obsolet, weil sich das herkömmliche „nicht-entropische“ Geld wegen der fehlenden Kontrolle über seinen Umlauf mengenmäßig nicht so steuern lässt, dass seine Kaufkraft stabil bleibt. Nicht die Geldzeichen selbst, sondern die Kaufkraft soll wahren und zum Wertaufbewahrungsmittel werden, das heißt zu einem Medium, welches Werte vor dem Zahn der Zeit schützt. „Entropisches“ Geld befreit Entscheidungen über das Sparen und Investieren von widersprüchlichen Zins- und Inflationserwartungen.

13 Vgl. Silvio Gesell, Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat, in: Gesammelte Werke Band 1, Hann.-Münden 1988, S. 51ff – ders., „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Gesammelte Werke Band II, 1991, S. 240; Der Ausdruck „Schwundgeld“ wurde später vermieden, weil er von Kritikern Gesells zuweilen in diffamierender Weise als Synonym für Inflationsgeld verwendet wurde.

Bei einer Nullinflation und einem Gleichgewichtszins von nahe Null wird eine verlässliche Zukunftsvorsorge für Ausbildung, Krankheit und Alter möglich, weil der Geldwert auch in 50 oder 100 Jahren genau so stabil bleibt wie ein Meter und ein Kilogramm.

Diese hier nur kurz skizzierten Zusammenhänge sind an anderen Stellen näher beschrieben.<sup>[14]</sup> Anstelle von Wiederholungen geht es hier nur um den Versuch, über den Weg der Thermodynamik Verständnis für Silvio Gesells „Schwundgeld“ zu wecken und Möglichkeiten einer Lösung ökologischer Probleme anzudeuten, die sich aus einer

Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung..., wie Fußnote 13, S. 178-194 und S. 238-246, - Dieter Suhr, Geld ohne Mehrwert – Die Befreiung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Frankfurt 1983; drs.: Optimale Liquidität, Frankfurt 1986; - Helmut Creutz, Das Geldsyndrom – Ernst Winkler, Von einer Mutation unseres Wirtschaftssystems – Werner Onken, Vom Tableau Economique zur ökologischen Kreislaufwirtschaft

Verknüpfung der Gedanken von Georgescu-Roegen, Binswanger und Gesell ergeben könnten. Besonders erwähnt sei nur noch, dass Gesells Modell einer alternativen Wirtschaftsordnung sich nicht nur vom „Geldfetischismus“ der Schulökonomie unterscheidet. Auch die Einstellung zum Boden ist darin anders. Im Gegensatz zur Neoklassik und zum Postkeynesianismus wird darin der Boden nicht mehr als Handelsware und Spekulationsobjekt betrachtet. Es gibt auch ideengeschichtliche Verbindungslinien zwischen Gesell und den alten Physiokraten, ohne dass deren Ansicht über die alleinige Produktivität des Bodens übernommen worden wäre. Zwar wurde die Rolle des Kapitals im Produktionsprozess anders interpretiert als in der Ökonomie; aber noch steht eine Neuformulierung der Produktionsfunktion aus, welche Arbeit und Natur als produktive Kräfte und das Kapital als dienendes Hilfsmittel beschreibt. Außerdem bedarf

dieses Alternativmodell insofern noch dringend der Erweiterung, als nicht nur die Bodenflächen, sondern auch die im Boden liegenden Schätze an nutzbarer Energie vor der räuberischen Kommerzialisierung geschützt werden müssen. 

#### Zum Autor

Diplom Ökonom Werner Onken



Der Redakteur der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ betreut das „Archiv für Geld- und Bodenreform“ der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“. Seit 1983 trug er rund 6000 Bücher, Broschüren und Zeitschriften in deutscher Sprache und in anderen Sprachen zusammen. Ende 2007 zog dieses Archiv in die Bibliothek der Universität Oldenburg ein, wo er es für Interessierte zugänglich macht.

Webseite: [www.sozialoekonomie.info](http://www.sozialoekonomie.info)  
E-Mail: [onken@sozialoekonomie.info](mailto:onken@sozialoekonomie.info)

## Archiv für Geld- und Bodenreform

Sondersammlung in der  
Bibliothek der  
Carl von Ossietzky-Universität

Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg  
Raum B 232 im Saal 6 auf der Ebene 2



#### Kontakt:

Werner Onken, Dipl.-Ökonom  
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg  
Fon: 0441 – 36 111 797  
eMail: [onken@sozialoekonomie.info](mailto:onken@sozialoekonomie.info)  
Web: [www.sozialoekonomie.info](http://www.sozialoekonomie.info)



# Wozu denken, wenn man googeln kann?

## Wie die Marktmacht von Konzernen die Demokratie aushöhlt

Pat Christ

*Im kommenden Jahr kann er 15-jähriges Bestehen feiern, der „Verein zur Förderung der Suchmaschinen-Technologie und des freien Wissenszugangs“ (SuMa). Seit 2004 setzt sich die in Hannover etablierte Organisation dafür ein, dass das digitale Wissen der Welt ohne Bevormundung durch Staaten und Konzerne frei zugänglich ist. Dieses Ziel zu verfolgen, entpuppt sich zunehmend als Kampf gegen Windmühlenflügel. Denn Alternativen zum globalen Oligopol Google schrumpfen kontinuierlich.*

Bereits vor zehn Jahren warnten Wissenschaftler wie der Informatiker Hermann Maurer von der TU Graz vor der Gefahr, die dadurch entsteht, dass weltweit mehr als die Hälfte der monatlichen Suchabfragen über Google abgesetzt werden. Maurer forderte auf Basis einer von ihm erstellten Studie, die das österreichische Infrastrukturministerium unterstützt hatte, Google zu zerschlagen. „Jeder, der die Situation betrachtet, muss sich dessen bewusst sein, dass Google in noch nie dagewesener Art Macht angehäuft hat und damit unsere Gesellschaft in Gefahr bringt“, warnte der Informatiker Ende 2007.

Solche Appelle wurden weithin ignoriert. Heute weist Google weltweit einen Marktanteil von fast 90 Prozent auf. Die Suchmaschine ist zum Synonym für das Recherchieren im Internet geworden. In Deutschland sucht nahezu niemand mehr mit Hilfe anderer Suchmaschinen. 95 Prozent aller Anfragen laufen über Google.



Wer im Internet etwas suchen möchte, tut dies in Deutschland in 95 Prozent der Fälle mit der Suchmaschine Google.

Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ. Außer letztes Foto „FLiXBUS“ (s. Ende)

### Besser als in Afrika?

Das Unternehmen selbst gibt es indessen nur noch als Tochterfirma: Seit Oktober 2015 gehört Google zur US-amerikanischen Holding Alphabet Inc. mit Sitz im Silicon Valley. Alphabet ist, was seinen Marktwert anbelangt, nach Apple und Amazon das weltweit drittgrößte Unternehmen. Rund 765 Milliarden Dollar ist es wert. Deutschland hingegen ist mit knapp zwei Billionen Euro verschuldet.

Seit Jahren versucht die EU-Kommission, gegen die Marktmacht von Google anzugehen. Mitte Juli schritt sie zur Tat und verhängte eine Geldbuße in Höhe von 4,34 Milliarden Euro. Der Grund: Google legt Herstellern von Android-Geräten und Betreibern von Mobilfunknetzen seit 2011 rechtswidrige Einschränkungen auf. „Google hat Android dazu verwendet, die markt-

beherrschende Stellung seiner Suchmaschine zu festigen. Dadurch wurde Wettbewerbern die Möglichkeit genommen, innovativ und konkurrenzfähig zu sein“, so Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

### Unter Googles Diktat

Konkret zwingt Google Handy-Hersteller, die eine Google-Lizenzierung haben möchten, den App-Store, die App Google-Suche sowie die Browser-App von Google auf den Geräten vorzinstallieren. Außerdem floss viel Geld an Firmen und Mobilfunknetzbetreiber, wenn diese ausschließlich die App Google-Suche auf ihren Geräten vorinstallierten. Schließlich hinderte Google Produzenten, die Google-Apps auf ihren Geräten vorinstallieren wollten, daran, andere Smartphones zu verkaufen, die über eine von Google nicht genehmigte

Android-Version betrieben werden. Bereits 2004 hat die Dudenredaktion „googeln“ in das wichtigste deutsche Wörterbuch aufgenommen. Der Suchmaschinenbetreiber erreichte 2006 – aus Markenschutzgründen –, dass die ergänzende Erklärung von „im Internet, besonders in Google suchen“ geändert wurde in „mit Google im Internet suchen“.

Eigentlich sollte es so viel Marktmacht nicht geben dürfen. In Deutschland wurde deshalb vor 60 Jahren das Bundeskartellamt gegründet. Seitdem unterliegen Zusammenschlüsse der Fusionskontrolle. *„Doch die greift nicht in hochkonzentrierten Märkten“*, erklärt Tobias Lettl, Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Uni Potsdam. Um den Wettbewerb im IT-Sektor sowie im Pestizid- und Saatgutgeschäft wiederzubeleben, sollten endlich staatliche Eingriffe erlaubt werden, um Konzernstrukturen zu entflechten, fordert er.

Weil die Situation immer bedenklicher wird, gründeten 24 Organisationen zu Jahresbeginn das Bündnis „Konzernmacht beschränken“. *„Je größer die Konzerne, desto mehr Macht und finanzielle Mittel haben sie, die Politik und Märkte in ihrem Sinne zu beeinflussen“*, erklärt dazu Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die dem Bündnis angehört. Die Marktkonzentration gerade im Agrarsektor gefährde nicht nur die Demokratie, sondern auch die Ernährungssouveränität der Menschen.



Das Bündnis „Konzernmacht beschränken“ fordert von der Politik einen Wandel in der Wirtschaftspolitik, um den gefährlichen Trend zu immer mehr Marktkonzentration zu stoppen.

## Bayer schluckt Monsanto



Obwohl solche Bedenken an die Politik herangetragen wurden, genehmigte die EU-Kommission am 21. März dieses Jahres die Übernahme des Unternehmens Monsanto durch die Bayer AG. Etwa im selben Zeitraum gab sie die Fusionen von Dow, dem bis dahin zweitgrößten Chemiekonzern der Welt, mit DuPont sowie für ChemChina und Syngenta frei. Die Auflagen der EU-Kommission zwingen Bayer zwar, große Teile seines Saatgut- und Pestizidgeschäfts abzugeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie aber von BASF gekauft. Geschieht dies tatsächlich, kontrollieren in Zukunft vier Konzerne einen sehr großen Teil des globalen Markts für Saatgut und Pestizide.



Im März genehmigte die EU-Kommission die Übernahme von Monsanto durch die Bayer AG.

Die Marktkonzentration geht jedoch noch weiter: Saatgut- und Pestizidhersteller versuchen derzeit, mit Anbietern von Landmaschinen zu fusionieren. Die sind wegen ihrer Daten über Bodenbeschaffenheit, Zustand der Kulturpflanzen und Ernteerträge attraktiv. Die EU-Kommission versucht, auch hier regulierend einzugreifen. So muss Bayer der BASF eine Lizenz seiner IT-Plattform zur digitalen Steuerung der Landwirtschaft erteilen. *„Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Auflagen ausreichen, um einen funktionierenden Wettbewerb zu sichern, wenn zentrale Produktionsmittel, Daten und Technologien von wenigen Großunternehmen kontrolliert werden“*, warnt die Grünen-Fraktion im Bundestag.

Je größer Unternehmen werden umso mehr Lobbykraft haben sie. Auch das beunruhigt die Grünen. *„Das enorme Druckpotential von Megakonzerne auf*

*die Agrarpolitik erschwert den Kurswechsel hin zu ökologisch verträglichen Produktionsweisen mit einer deutlichen Reduktion des Pestizideinsatzes“*, legen sie dar. Dass die Zulassung von Glyphosat verlängert wurde, spricht nach Ansicht der Fraktion Bände. In Entwicklungsländern führe der Einfluss auf eine konzernfreundliche Saatgutregulierung dazu, dass Kleinbauern der Marktzugang erschwert wird: *„Hunger und Armut werden so verschärft.“*

## Patente auf Pflanzen



Parallel zu diesen Entwicklungen steigt die Zahl an Patenterteilungen durch das Europäische Patentamt auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere zugunsten der Agrarriesen ständig an. Und das, obwohl solche Patente der EU-Biopatentrichtlinie zufolge eigentlich verboten sind. *„Wenn die Ernährung ganzer Volkswirtschaften von ein paar wenigen Konzernen abhängig ist, die auf immer weniger Sorten von Kulturpflanzen setzen, stellen sich grundsätzliche Fragen zur Ernährungssouveränität und Nahrungssicherung“*, warnen die Grünen.



Europa erscheint machtlos im Kampf gegen die Wirtschaftsgiganten.

Dass die Politik dem ameisenschleichen Treiben der Giganten so lange fast untätig zusah, bedeutet einen Verrat an Prinzipien, die man sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Im „Ahlener Programm“ des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone, das am 3. Februar 1947 verabschiedet wurde, heißt es ausdrücklich, dass die Politik in Zukunft keine *„Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte“* mehr dulden will. Von 1933 an, erinnert das Programm, bekamen große Unternehmen, die sich zusammantaten, einen monopolartigen Charakter: *„Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar.“*

Das Ahlener Programm fordert eine grundlegende Gesundung der Wirtschaft, die wieder ausschließlich dem Menschen dienen soll. Im Kapitel „Neue Struktur der deutschen industriellen Wirtschaft“ wird Konzernen eine Absage erteilt. „Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen“, heißt es wörtlich. Das alles erscheint heute, im Zeitalter der Megakonzerne, wie ein Märchentraum aus längst vergangener Zeit.



Das Ringen der Politik mit den immer marktmächtigeren Konzernen gleicht dem Kampf des David gegen Goliath.

## Immer mehr Marktmacht

Inzwischen kontrollieren nur noch etwa 150 Konzerne die Hälfte der weltweiten Wirtschaft. Parallel versuchen institutionelle Investoren, ihre Macht zu vergrößern. Dies ist vor allem im Chemiesektor bedenklich. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung halten institutionelle Investoren rund 60 Prozent des Gesamtwerts dieser Branche.



Der geplante Zusammenschluss der Ketten Edeka und Kaiser's/Tengelmann gehört zu den wenigen Fusionen, die in den letzten Jahren vom Bundeskartellamt verhindert wurden.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden beim Bundeskartellamt insgesamt 2.440 Unternehmenszusammenschlüsse angemeldet, heißt es im jüngsten Tä-

chtigkeitsbericht der Behörde. Gerade einmal 19 Anmeldungen wurden in einem sogenannten Hauptprüfverfahren näher untersucht. Ein einziges Mal wurde ein Fusionsbegehren verweigert – nämlich der Zusammenschluss von Edeka und Kaiser's/Tengelmann.

Auf dem rasant gewachsene Fernbusmarkt kam es in Berichtszeitraum zu einer neuen Machtzusammenballung: Die Firma FlixBus entwickelte sich zum einzigen großen Fernbuslinienanbieter in Deutschland. Dass dies fusionsrechtlich nicht geprüft werden konnte, liegt nach Aussage des Bundeskartellamts vor allem an dem findigen Geschäftsmodell des Unternehmens. Demnach betreibt FlixBus keine eigenen Busse – der Betrieb firmiert als reine Buchungs- und Marketingplattform. Die Linien werden von 150 überwiegend mittelständischen Subunternehmern bedient. Deren Umsätze lagen letztlich unter den „Aufgreifschwelle“ der Fusionskontrolle.



Smarte Geschäftsideen, wie sie etwa von FlixBus gesponnen wurden, können Fusionskontrollen verhindern.

Nur sehr langsam reagiert der Gesetzgeber auf derartige Entwicklungen. So bereitet das Wirtschaftsministerium im Augenblick die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GBW) vor. Die Bundesregierung will im kommenden Jahr die näheren Inhalte hierzu festlegen. Außerdem soll eine „Kommission Wettbewerbsrecht 4.0“ eingesetzt werden. Während all dies überlegt und vorbereitet wird, schreiten die Konzentrationsprozesse nahezu ungehemmt voran.

### Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

#### Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

### Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“

Oldenburg 2018, 110 S., Softcover € 16,00 ISBN 978-3-933891-31-0

Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könn-

ten seine Geld- und Bodenreformvorschlage angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.  
E-Mail: post@dieterfauth.de  
(Lieferung frei Haus).



NEU

# „Zur Zukunft des Bargeldes: Reform oder Abschaffung?“



## 62. Mündener Gespräche vom 27. bis 28. Oktober 2018 in Wuppertal

Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

*In den letzten Jahren traten die US-amerikanischen Ökonomen Larry Summers und Kenneth Rogoff sowie der deutsche Ökonom Peter Bofinger mit der Forderung an die Öffentlichkeit, im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung das Bargeld ganz abzuschaffen und sich damit einer Entwicklung anzuschließen, die besonders in Schweden schon sehr weit vorangeschritten ist. Banknoten und Münzen seien in Zeiten der Digitalisierung archaische, altmodische Zahlungsmittel, die besser durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ersetzt werden könnten. Außerdem förderten sie dunkle Geschäfte auf Schwarzmärkten sowie in den kriminellen Bereichen des Frauen-, Drogen- und Waffenhandels. Tatsächlich könnte die Existenz von 200er und 500er Scheinen diese dunklen Geschäfte ebenso erleichtern wie die Steuerhinterziehung. Deren tiefere Ursache ist das Bargeld allerdings nicht. Problematisch ist vielmehr die Eignung der größeren Scheine zur Hortung von Geld.*

Trotz aller Erleichterungen durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ist das Bargeld besonders bei der Zahlung von kleineren und mittleren Beträgen in Deutschland nach Angaben der Deutschen Bundesbank noch immer das beliebteste Zahlungsmittel. Seine Abschaffung würde die Anonymität der Zahlungsvorgänge aufheben und die Menschen in einem wesentlichen Teil ihrer ökonomischen Existenz den technischen Möglichkeiten einer totalen Überwachung ausliefern.

Sollte das Bargeld also wirklich abgeschafft werden? Oder wäre es vielleicht sinnvoller, es im Sinne der Geldreformvorschläge von Gesell, Keynes & Co. zu reformieren? Seine Belegung mit einer Liquiditätsgebühr – Keynes sprach von „*künstlichen Durchhaltekosten des Geldes*“ - könnte gerade in den gegenwärtigen Zeiten negativer Leitzinsen eine Möglichkeit bieten, die Hortung von Geld in größerem Stil zu unterbinden. Dann könnten die Notenbanken die Menge des in den Verkehr gegebenen Bargeldes stabilitätsgerecht an die Bedürfnisse der Realwirtschaft anpassen. Sie könnten die Inflation im Wege einer exakten Geldmengensteuerung ohne die Gefahr eines Abgleitens in eine Deflation auf null senken. Und zugleich könnten sie die kurzfristigen Zinsen noch tiefer als die bisherigen Null- und Negativzinsen in die Richtung von -5 % senken, dadurch einen deutlich negativen Leitzins ermöglichen und dafür sorgen, dass die Zinsen für langfristige Geldanlagen in geringer Bandbreite um null pen-

deln. Dann würde das Geld – endlich! – ein verteilungsneutrales Mittel des wirtschaftlichen Austausches. Und eine gerechtere Verteilung würde schließlich gleichsam von selbst auch den Nährboden für kriminelle Geschäfte austrocknen.

Abschaffung oder Reform des Bargeldes? In Anknüpfung an die wissenschaftlichen Debatten in den USA und Deutschland sollen bei den 62. Mündener Gesprächen Argumente und Gegenargumente sorgfältig abgewogen werden. Zur Beteiligung an diesen Gesprächen laden wir Sie sehr herzlich ein. 🌊

Übernachtung/Verpflegung im Tagungshaus buchbar. Alle Infos dazu in einem ausführlichen Anmeldeformular mit Preisliste im Internet unter: <https://t1p.de/MueGe2>

Tagungsgebühr: 25,- €

Weitere Informationen und Programm zum Download: <https://t1p.de/MueGe>

### Tagungsort:

Silvio-Gesell-Tagungsstätte  
Schanzenweg 86  
42111 Wuppertal

Tel.: 0 20 53 - 42 37 66

Fax: 0 20 53 - 42 37 99

E-Mail: [ab@sgt-wuppertal.de](mailto:ab@sgt-wuppertal.de)

Homepage: <http://sgt-wuppertal.de>



Die 63. Mündener Gespräche werden vom 23. März bis zum 24. März 2019 ebenfalls in Wuppertal stattfinden. Das Thema dann: „Krieg & Frieden“

## Das Programm (Änderungen vorbehalten)

### Samstag, 27. Oktober 2018

- 9:15 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**  
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt
- 9:30 Uhr **Makroökonomische Bedeutung des Bargeldes im Geldsystem**  
Andreas Barke, LMU München
- 10:45 Uhr **Kaffeepause**
- 11:00 Uhr **Zukunft des Bargeldes – als Komplementärwährung?**  
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen
- 12:30 Uhr **Mittagspause**
- 14:30 Uhr **Abschaffung oder Reform des Bargeldes? – Was sagen US-amerikanische Ökonomen dazu?**  
Beate Bockting, Redaktion „Fairconomy“, Greven bei Münster
- 16:00 Uhr **Kaffeepause**
- 16:30 Uhr **Zur praktischen Einführung einer Liquiditätsgebühr auf das Bargeld**  
Thomas Seltmann, wiss. Mitarbeiter (Photovoltaik) der Verbraucherzentrale NRW, Düsseldorf; s. a.: <https://t1p.de/bargebuehr/>
- 18:00 Uhr **Abendpause**
- 20:00 Uhr **Robert Eislers Reformvorschlag: Beitrag zu Geldreform-Debatten mit dem Ziel der Überwindung von Arbeitslosigkeit, Nullzinsgrenze und Krise**  
Dr. Ferdinand Wenzlaff (Uni Hamburg) & Anne Löscher (Uni Siegen)

### Sonntag, 28. Oktober 2018

- 9:15 Uhr **Warum staatliche Währungen langfristig privaten Kryptowährungen überlegen sind**  
Dr. Max Danzmann, Frankfurt/M.
- 10:15 Uhr **Kaffeepause**
- 10:45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12:30 Uhr **Ende der Tagung**

# Automatismen des Niedergangs

Günther Moewes

*In den Jahren 2010 bis 2015 hat die „Humane Wirtschaft“ vier Aufsätze von mir zum Thema „Superreiche“ veröffentlicht.<sup>1)</sup> Die soziale Ungleichverteilung ist seitdem noch schneller fortgeschritten als allgemein erwartet wurde. Gleichzeitig haben wir einen weltweiten politischen Rechtsruck erlebt, sowie autoritäre, maföse, antidemokratische Tendenzen, zunehmende Unregierbarkeit und „failed states“. Auch Klimawandel, Artensterben, Zerstörung und Vermüllung von Landschaft und Meeren sind dramatisch fortgeschritten. Es stellt sich die Frage: Besteht zwischen dem Entstehen einer neuen globalen Superklasse und diesen Fehlentwicklungen ein Zusammenhang? Lösen extreme Anhäufungen von Reichtum unter Umständen einen politischen und kulturellen Niedergang aus? Tatsächlich gibt es dafür ja eklatante geschichtliche Beispiele: etwa das späte Rom oder das vorrevolutionäre Zarentum in Russland. Beeinflusst die Superklasse inzwischen die ökonomische und politische Entwicklung? Hat sie eine Strategie? Gibt es irgendwo eine Führungszentrale? Sprechen sich US-amerikanische, russische und chinesische Superreiche untereinander ab? Telefonieren sie miteinander?*



Natürlich gibt es direkte Einflussnahme. Es gibt die Stiftungen und Thinktanks. Die lassen „Untersuchungen“ anfertigen, geben Berichte heraus und veranstalten Spendengalas, „Arbeitsessen“ und Tagungen, in deren luxuriöser Atmosphäre sich Politiker, Ökonomen und Medienleute gern sonnen. Dort eingeladen zu werden, verleiht das Gefühl von Elite und Wichtigkeit. Man kann z.B. sehr genau nachzeichnen, wie von hier aus seinerzeit der Neoliberalismus befördert wurde. Vor allem aber werden hier über scheinbar wissenschaftliche Vorträge die zahlreichen ökonomischen Pseudotheorien in die Welt

1 Beiträge von Günther Moewes zum Thema

„Superreiche“ in der „**HUMANEN WIRTSCHAFT**“ (HW):

1.) „Rede eines Superreichen“, HW 02/10, S. 44–47

2.) „Die Oligarchen kommen“, HW 03/14, S. 4–8

3.) „Die neue Superklasse, Teil 1“, HW 01/15, S. 19–23

4.) „Die neue Superklasse, Teil 2“, HW 02/15, S. 13–21

gesetzt, die dann über die „sozialen Netzwerke“ sehr schnell Verbreitung finden. Dort werden elementare ökonomische Zusammenhänge gezielt in ihr Gegenteil verkehrt (siehe Kasten). Eine andere wichtige Einflussnahme erfolgt über den Aufkauf von Medien. Der heutige Zustand der SPD hat auch damit zu tun, dass sie seinerzeit äußerst leichtsinnig ihre hauseigenen Medien verkauft hat. Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument sind schließlich die Banken und vor allem die Schattenbanken. Von ihnen wird das private Großkapital ganz gezielt gebündelt und vermehrt. Angesehene Wirtschaftshistoriker und kritische Ökonomen sind zu dem Schluss gekommen, dass die traumatischen Erfahrungen, die große Teile der Bevölkerungen in den USA und anderswo mit der Finanzkrise 2008 gemacht haben, einen nicht unerheblichen Anteil am heutigen politischen Rechtsruck haben.

Dennoch erklären diese direkten Einflussnahmen nur einen sehr geringen Teil der tatsächlichen Macht der Superreichen. Diese beruht zum weitaus größeren Teil auf ökonomischen Mechanismen, die größtenteils vor sehr langer Zeit installiert wurden und den Superreichen ständig lautlos in die Hände arbeiten, ohne dass diese besonders etwas dazu tun müssten.

1.) Konzentrationsautomatismen von Geld und Kapital. Geld will zu Geld. Größe hat einen überproportionalen Hang, selbsttätig noch mehr Kapital an sich zu ziehen. Große Unternehmen können kleinere aufkaufen. Ganz große können inzwischen sogar noch größere aufkaufen. Je größer das Kapital, desto größer die Streuungsmöglichkeit, desto geringer das Anlagerisiko, desto größer die Vermehrungschance. Keine noch so gesellschaftsdienliche Arbeit kann da mithalten. Staaten müssen versuchen, Industrien an sich zu ziehen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Industriereiche Staaten haben in der Regel eine bessere Infrastruktur und deshalb eine größere Chance, noch mehr Industrien aus industriearmeren Staaten an sich zu ziehen. Alle Märkte führen ohne staatliche Regulierung

stets automatisch in immer größere Konzentration. Alle Konzentration führt aber automatisch zu entsprechender Dekonzentration an anderer Stelle, vorrangig an einer schwächeren.

Ohne staatliches Eingreifen können sich die Reichen diese automatische Tendenz zu immer größerer Ungleichverteilung genüsslich zunutze machen. Die derzeit bereits erreichten Verteilungsunterschiede können ohnehin nur noch mit einer gehörigen Portion Menschenverachtung gerechtfertigt werden. In Deutschland verdienen Vorstandsmitglieder inzwischen im Durchschnitt 71-mal so viel wie das Durchschnittsgehalt ihrer Unternehmen. 2005 war es noch 42-mal so viel. Wie viel mal so viel ist das erst gegenüber Geringverdienern, Armutsrentnern oder Hartz-IV-Empfängern? In Einzelfällen verdient ein Vorstandschef das 232-fache des Durchschnittsgehalts seiner Arbeitnehmer (Deutsche Post). Dabei sind das eigentliche Problem noch nicht einmal die Einkommen, sondern vielmehr die Vermögen. Das Nettovermögen aller Deutschen betrug 2007 im Durchschnitt 88 000 Euro. In einer Grafik, in der diese 88 000 Euro 1,76 cm hoch wären, müssten die damaligen 20,7 Milliarden von Theo Albrecht 4,14 km hoch sein. Wo die höchsten Einkommen noch das 232-fache des Durchschnitts betragen, betragen die höchsten Vermögen das 232 000-fache des Durchschnitts und das 20-Milliardenfache gegenüber den 50% Vermögenslosen. Natürlich sind Einkommensunterschiede gerechtfertigt. Ein Arbeiter kann nicht ohne weiteres die Tätigkeit eines Vorstandsvorsitzenden ausführen, der aber sehr wohl die eines Arbeiters. Es ist eine Frage der Dimension.

Dahinter steht eine Auffassung, die die Schuld für Armut nicht der zynischen Verteilungspolitik und der mangelhaften Besteuerung und Rückverteilung leistungslos erzielter privater Milliardengewinne sucht, sondern in der Unfähigkeit und mangelnden Anstrengung der Armen. Und die Schuld für Obdachlosigkeit nicht im fehlenden bezahlbaren Wohnraum, sondern in der angebotenen Unfähigkeit der Obdachlosen.

2.) Koppelung der Existenzberechtigung an die zurückgehende Arbeit. Im jetzigen System der Marktautomatismen müssen Staaten versuchen, Industrien an sich zu ziehen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Sie können das nur durch Lohndumping. D.h. sie müssen den Unternehmen geringere Löhne garantieren als an deren bisherigem Standort. Das ist der erste Zusammenhang zwischen den Konzentrationsautomatismen des Kapitals und der fortschreitenden Entwertung der Arbeit. Die geschilderte Konzentrationstendenz auf der Kapitalseite erzeugt immer Dekonzentration auf der Arbeitsseite. Das Sozialprodukt kann zwar wachsen. Es ist aber zu jedem Einzelzeitpunkt eine endliche, feste Größe. Innerhalb dieser festen Größe muss steigender Reichtum auf der anderen Seite immer steigende Armut auf der anderen Seite erzeugen. Und umgekehrt. Ohne staatliches Gegensteuern führt auch dieser Automatismus in immer größere Ungleichverteilung. Dieser Automatismus wird überdies durch die Übertragung von Menschenarbeit an Maschinen verstärkt, weil dadurch die Nachfrage nach Menschenarbeit fortwährend verringert wird. Und weil die Renditen der Maschinen von der Kapitalseite allein beansprucht werden.

3.) Freier Welthandel und Globalisierung haben nicht die überwiegend positive Funktion, die Ihnen angedichtet wird. Wenn deutsche Autos nach Japan und japanische nach Deutschland transportiert werden, ist das Hauptergebnis Umweltbelastung infolge vermeidbaren Transports. Oder: Mit billigen Lebensmitteln werden afrikani-

sche Kleinbauern kaputtgemacht. Am Ende pflücken sie für Hungerlöhne auf süditalienischen Plantagen jene Billigtomaten, die ihre heimische Existenz vernichtet haben. Fluchtursachen beseitigen heißt auch, diese Art von Welthandel zu unterbinden.

4.) Klimawandel und Zerstörung des Globus resultieren aus den o. a. Automatismen. Zum einen versucht die Kapitalseite die Natur ihren Rendite-Gesetzmäßigkeiten zu unterwerfen. Zum anderen koppelt sie trotz steigender Maschinenarbeit und steigender Sozialprodukte die Existenzberechtigung der Bevölkerungsmehrheiten weiter an die Voraussetzung Menschenarbeit. Sie kann auf diese Weise vermeidbare oder sogar schädliche Arbeiten (wie Rüstung) als lebensnotwendig darstellen. Ohne ein garantiertes Grundeinkommen können sie von den Einkommensabhängigen nicht abgelehnt werden. In Nordrhein-Westfalen sind bereits über zwei Drittel der Insekten und Vögel infolge der Insektizide verschwunden. Rachel Carson hatte das 1962 in ihrem berühmten Buch „*Der stumme Frühling*“ vorausgesagt.

**Fazit: Wir sehen jetzt, worin die verlässliche Strategie der neuen Superklasse vor allem besteht: Im voraus-eilenden Gehorsam von Politik und Mainstream-Ökonomie. Der Erfolg von Trump und AfD ist die Folge der Vernachlässigung und unterschwelligen Verachtung der Unterschicht durch Parteien, Eliten und Mittelschicht. Man gewinnt die Vernachlässigten nicht dadurch zurück, dass man sie scheinheilig „untere Mittelschicht“**

**nennt wie Obama. Auch nicht, indem man, statt zu Obdachlosen, Alleinerziehenden, Suppenküchen und Tafeln zu gehen, in Berliner Edelcafés „Bewegungen“ mit Intellektuellen gründet, selbst wenn diese noch so recht haben. Auch nicht, indem man „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ schreit und sich nur um die kümmert, die schon welche haben. Auch nicht, indem man die Noteinkommen dann und wann durch verächtliche Centbeträge erhöht, die verursachenden leistungslosen Milliardenereinkommen der Superreichen aber unangetastet lässt. Und dann mit erhobenem Zeigefinger vorrechnet, dass sich die Cent-Beträge für die Armen zu Milliarden addieren. Genau hier liegt der ganz enge Zusammenhang zwischen Superreichen, Armut und Rechtsruck.**

#### Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus.

Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013).

Webseite:

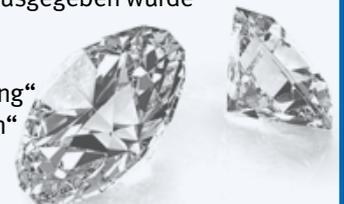
[www.guenthermoewes.de](http://www.guenthermoewes.de)

### Die Ausreden der Superreichen – Wie man die Ökonomie auf den Kopf stellt

1. „Die steigende Flut hebt alle Boote“
2. „Wenn man die Reichen gewähren lässt, tropft für die Armen genug herunter“ (*trickle-down-theory*)
3. „Eine Gesellschaft floriert, wenn möglichst viele Reiche sich entfalten können“ (*Thatcher*)
4. „Wenn wir die Schwachen mitziehen wollen, brauchen wir viele Starke, die ihnen etwas abgeben“ (*Regierungserklärung der Physikerin Merkel*)
5. „Reiche geben viel Geld für Taxis, Restaurants, Trinkgelder und Kunst aus, das sonst nicht ausgegeben würde“
6. „Wenn ich eine Jacht baue, schaffe ich Arbeitsplätze und mache viele andere reicher“
7. „Es liegt nun einmal in der menschlichen Natur, neidisch zu sein auf die, die mehr haben“
8. „Wir arbeiten unglaublich hart. Keiner macht sich eine Vorstellung von unserer Verantwortung“
9. „Früher konnte nur jemand per Gottesgnadentum König sein. Heute kann jeder reich werden“
10. „Wer ein regelmäßiges Einkommen hat, wird faul, weil er um nichts mehr kämpfen muss“
11. „Wenn man die Reichen nur lässt, schaffen sie Reichtum für alle“

Die Zitate 4–11 stammen aus der TV-Sendung „Die Macht der Superreichen“, Phoenix, 15. 09. 2018, 20:15 Uhr

**Richtig ist:** Das Sozialprodukt ist zu jedem Einzelzeitpunkt endlich. Das Geld, das die Reichen nicht hätten, wäre nicht verschwunden. Es hätten vielmehr andere, die es für Schulesen, Bildung, Infrastruktur, Bedürftige, öffentliche Sicherheit oder anderes ausgeben würden.



# „Wirtschaft und Gesellschaft“ – 2019

**Jetzt anmelden!**

**Neustart der Seminarreihe zur Vermittlung  
und Erarbeitung von Grundlagenwissen**

Redaktion

**Interessierte jeden Alters erlangen hier das Rüstzeug für die aktive Befassung mit Problemstellungen und Lösungsvorschlägen zum Geld- und Finanzsystem, der Bodenordnung und weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft.**

Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und David Fiedler und ist ein Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. in Bad Boll, an dem der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V., Essen und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e. V. mitwirken.

Schulungsmaterial, Abschluss-Zertifikat und die Möglichkeit zum Besuch weiterer Aufbaukurse werden geboten.

Die Seminare sind einzeln buchbar oder im Ganzen. Nach den hier angezeigten Seminaren sind ab April 2019 weitere, zum Teil darauf aufbauende Seminarwochenenden geplant. Die Teilnahmegebühr beträgt pro Wochenende 50,- €, für Schüler und Studenten 25,- €. Ermäßigungen sind auf Anfrage möglich.

Das Komplett-Verpflegungspaket während des gesamten Seminars (alle Mahlzeiten am Samstag und Sonntag, sowie alkoholfreie Ta-

gungsgetränke, heiß und kalt) kostet 39,- €. Zusätzlich können preiswerte Übernachtungen in der Tagungsstätte gebucht werden. Anreise Freitag ist möglich. Nähere Informationen siehe Anmeldeformular.

**Veranstaltungsort:**

**Silvio-Gesell-Tagungsstätte  
Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal  
<https://sgt-wuppertal.de>**

Nähere Informationen und Anmeldung unter:  
<https://lernort-wuppertal.de> und  
<https://humane-wirtschaft.de>

**Infotelefon: 0 20 53 - 42 37 66**

**E-Mail: [redaktion@humane-wirtschaft.de](mailto:redaktion@humane-wirtschaft.de)**

**Termine**

26. / 27. Jan. 2019

**Themen**

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

23. / 24. Febr. 2019

Auswirkungen einer Geldreform  
im Sinne Silvio Gesells

## 26. und 27. Januar 2019

Die Anschauung, die wir durch unseren täglichen Umgang mit dem Geld haben, ist Ausgangspunkt dieses Seminars. Diese Alltagserfahrung wird gesprächsweise vertieft. Durch ein streng systematisches Vorgehen (siehe nachfolgendes Programm) lernen wir dabei die Funktionen des Geldes als Tauschmittel, als Wertmesser und als Wertaufbewahrungsmittel besser zu verstehen.



Weil sich die Funktionen des Geldes teils gegenseitig stützen, teils aber auch stören, stehen sie zueinander in einem spannungsreichen Verhältnis, das man als ein „magisches Dreieck“ bezeichnen kann. Erst wenn man die Fragen zu diesem Beziehungsgeflecht systematisch stellt, tragen sie den Keim zu ihrer Beantwortung in sich und leiten über zu Einsichten in die grundlegende Bedeutung des Geldes für Arbeitsteilung und Wohlstand, Konjunktur und Beschäftigung.

Die gewonnenen Erkenntnisse lenken immer wieder den Blick auf die Politik der

## Auftaktveranstaltung: Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

Notenbanken, ihre Erfolge, aber auch ihre Misserfolge und deren Ursachen. Dabei zeigt sich, dass die hartnäckigen Stockungen im Kreislauf der Volks- und der Weltwirtschaft mit tiefsitzenden Vorurteilen über das Geld und seine Funktionen zusammenhängen, die auch in Wissenschaft und Politik fest verankert sind.

Die Überwindung dieser Vorurteile setzt voraus, dass mehr Menschen die Eigenschaften und Eigenarten des Geldes und die notwendigen Reformen verstehen und lernen, andere darüber aufzuklären. Unsere Tagung bietet die Möglichkeit, sich die dafür notwendigen Kenntnisse und Argumente zu erarbeiten. Durch ihren Aufbau gibt sie nicht nur eine grundlegende Einführung in die Thematik, sondern zugleich eine systematische Anleitung und Hilfestellung für Fortgeschrittene, die selbst andere an die Problematik heranführen wollen.

Auch für aktuelle Diskussionen um negative Zinsen, Abschaffung des Bargeldes, Vollgeld usw. vermittelt die Tagung notwendige Beurteilungsgrundlagen.



**Referenten:** Jeweils Einführungsreferate von **Fritz Andres** und **Jobst von Heynitz** oder **David Fiedler**, (alle SffO, Bad Boll).

**Begleitend zum Seminar gibt es folgende Schriften der „Fragen der Freiheit“ :**

- Heft 216 Geldstrom und Warenstrom
- Heft 234 Konjunktur durch Inflation?
- Heft 249 Deflation durch stabilen Euro?
- Heft 265 Wieviel Inflation?
- Heft 269 Regiogeld
- Heft 270 Silvio Gesell und J. M. Keynes
- Heft 276 Hang zur Liquidität
- Heft 281 Wirtschafts- und Finanzkrise

Alle zum Preis von 3,- €/Heft zu beziehen über das Seminar für freiheitliche Ordnung, <http://www.sffo.de> oder während der Veranstaltung.



**SEMINAR FÜR  
FREIHEITLICHE  
ORDNUNG e. V.**

**Das Programm 26. und 27. Januar 2019:****Freitag, 25. Januar 2019**

Möglichkeit zur Anreise, Zeit für Gespräche vor der Tagung, Zeit, um gemeinsame Pläne zu schmieden.

(Übernachtungsmöglichkeiten von Freitag auf Samstag sind gegeben)

**Samstag, 26. Januar 2019**

- 10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema  
 10:15 Uhr Das Geld  
 - als vollkommenes Tauschmittel  
 - als vollkommener Wertmaßstab  
 - als vollkommener Wertaufbewahrer  
 11:00 Uhr Pause  
 11:15 Uhr Was wir zu erwarten haben,  
 - wenn das Geld als Tauschmittel versagt  
 - wenn das Geld als Wertmesser versagt  
 - wenn das Geld als Wertaufbewahrer versagt  
 12:00 Uhr Die Abbildung der Geldfunktionen  
 in der Verkehrsgleichung von Irving Fisher  
 12:30 Uhr Mittagspause

- 14:30 Uhr Getränke und Gespräche im Tagungsraum  
 15:00 Uhr Stützen oder stören sich die Funktionen des Geldes als  
 - Tauschmittel und Wertmesser?  
 - Tauschmittel und Wertaufbewahrer?  
 - Wertmesser und Wertaufbewahrer?  
 16:00 Uhr Pause  
 16:45 Uhr Das magische Dreieck meistern  
 - mit inflationärem Gleichgewicht  
 - durch Altern statt Abschaffung des Geldes  
 18:00 Uhr Abendessen  
 20:00 Uhr Der Hang der Sparer zur Liquidität  
 als Ursache der Finanzkrisen

**Sonntag, 27. Januar 2019**

- 9:30 Uhr Staatliches Geld und privat geschaffene  
 Zahlungsmittel – Optimierung des Zahlungsverkehrs  
 oder geldpolitisches Problem?  
 10:30 Uhr Pause  
 11:00 Uhr Gemeinsamer Tagungsrückblick  
 12:00 Uhr Abschluss

**23. und 24. Februar 2019**

Eine Reform der Geldordnung, die den Geldumlauf verstetigt, führt zu einem geschlossenen Geldkreislauf. Das hat dann vielfältige Wirkungen, durch die sich die Gesellschaft grundlegend verändert.

Diese Wirkungen treten nicht ungerichtet ein, sondern entfalten sich in gesetzmäßiger Folge. Sie sind zugleich Argumente für die Reform der Geldordnung. Die sachgerechte Darstellung der Auswirkungen ist daher für die Verbreitung der Reformidee von großer Bedeutung.

Zentraler Ansatzpunkt ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die stets in Geld stattfindet. Ihre Verstetigung wird in wenigen Jahren zur Vollauslastung der Angebotsseite der Wirtschaft, insbesondere zur Vollbeschäftigung der Arbeit führen. Die segensreichen Auswirkungen dieses Entwicklungsschrittes werden leider in der Regel nicht mitgedacht. Insbesondere wird übersehen, dass Vollbeschäftigung den wirtschaftlichen Wettbewerb von einem Existenzkampf in ein auch menschlich akzeptables Geschehen verwandelt und so in erheblichem Maße zur inneren Befriedigung der Gesellschaft beiträgt. Die langfristig zu

**Auswirkungen einer Geldreform im Sinne Silvio Gesells**

erwartende Sättigung des Kapitalmarkts wird schließlich die Zinseinkünfte senken und dadurch die Einkommensverteilung und folglich auch die Vermögensverteilung in der Gesellschaft grundlegend verändern.

Die Vermehrung des Kapitals nimmt diesem seine Machtstellung in der Gesellschaft. Das wird sich insbesondere dort zeigen, wo Kapital und Arbeit aufeinandertreffen: in den Unternehmen. Das Sinken der Zinsen wird sich zudem weit über den Bereich der Wirtschaft hinaus auswirken, z. B. in neuen Möglichkeiten der privaten Kulturfinanzierung.

Anders als beim Kapital ist beim Boden und den Naturschätzen die Knappheit unvermeidlich. Aus ökologischen Gründen muss sie hier sogar noch verschärft werden. Die auch hier bestehenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse können daher nicht durch Überwindung der Knappheit aufgehoben, sondern nur durch geeignete Reformmaßnahmen neutralisiert werden.

In der Tagung wird die Reform der Geldordnung selbst nur einleitend dargestellt. Dagegen soll das weite Feld ihrer Auswirkungen systematisch entwickelt und seminaristisch

erarbeitet werden. Ein Blick auf die Finanzkrise, ihre Wurzeln in unserer Geld- und Bodenordnung sowie die aus ihr zu ziehenden Lehren rundet die Tagung ab.

**Referenten:** Jeweils Einführungsreferate von **Fritz Andres** und **Jobst von Heynitz** oder **David Fiedler**, (alle SffO, Bad Boll).

**Begleitend zum Seminar gibt es folgende Schriften der „Fragen der Freiheit“:**

- Heft 221 Die Eurowährung wagen?  
 Heft 234 Konjunktur durch Inflation?  
 Heft 244 Nationale und internationale Geldordnung  
 Heft 246 Grundlagen der europäischen Währungsunion  
 Heft 249 Deflation durch stabilen Euro?  
 Heft 265 Wieviel Inflation?  
 Heft 269 Regiogeld  
 Heft 281 Wirtschafts- und Finanzkrise  
 Heft 282 Der Euro und die Staatsschuldenkrise

Alle zum Preis von 3,- €/Heft zu beziehen über das Seminar für freiheitliche Ordnung, <http://www.sffo.de> oder während der Veranstaltung.

**Nächster Termin: 30./31. März 2019**  
 Die Zukunft der Unternehmensverfassung  
 unter dem Einfluss der Geldreform

**Das Programm 23. und 24. Februar 2019:**

Auch hier Anreise und Unterkunft bereits Freitag 22. Februar möglich.

**Samstag, 23. Februar 2019**

- 10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema  
 10:15 Uhr Von der Selbstversorgung und dem Naturaltausch zur arbeitsteiligen Geldwirtschaft  
 10:45 Uhr Den Geldkreislauf zu schließen,  
 ist das unmittelbare Ziel der Geldreform  
 11:15 Uhr Kaffeepause  
 11:30 Uhr Durch Dauerkonjunktur zur Vollbeschäftigung  
 12:30 Uhr Gemeinsames Mittagessen in der Tagungsstätte  
 14:30 Uhr Getränke und Gespräche im Tagungsraum  
 15:00 Uhr Von der Vollbeschäftigung zur Sättigung des Kapitalmarkts: das Sinken des Zinses

- 16:45 Uhr Kaffeepause  
 17:15 Uhr Die Überwindung des Kapitalismus  
 verschärft die Privilegien aus Naturbesitz – was tun?  
 18:00 Uhr Abendessen  
 20:00 Uhr Die Finanzkrise – eine Krise des Kapitalismus und der  
 heutigen Bodenordnung, nicht der Marktwirtschaft

**Sonntag, 24. Februar 2019**

- 9:00 Uhr Kaufen – Leihen – Schenken:  
 Neue Perspektiven in einer Welt negativer Zinsen  
 9:45 Uhr Wirtschaftswachstum nach der Geldreform  
 10:30 Uhr Kaffeepause  
 11:00 Uhr Zusammenfassendes Rundgespräch:  
 Hindernisse und Chancen für eine Befreiung  
 der Marktwirtschaft vom Kapitalismus  
 12:00 Uhr Ende der Tagung

# „Wirtschaft und Gesellschaft“

**Jetzt anmelden!**

## Seminarreihe zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen

Interessierte jeden Alters erlangen hier das Rüstzeug für die aktive Befassung mit Problemstellungen und Lösungsvorschlägen zum Geld- und Finanzsystem, der Bodenordnung und weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und David Fiedler und ist ein Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. in Bad Boll, an dem der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V., Essen und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e. V. mitwirken.

Schulungsmaterial, Abschluss-Zertifikat und die Möglichkeit zum Besuch weiterer Aufbaukurse werden geboten.

Die Seminare sind einzeln buchbar oder im Ganzen. Ab Februar 2018 sind weitere aufbauende Seminarwochenenden geplant. Die Teilnahmegebühr beträgt pro Seminarwochenende 50,- €, für Schüler und Studenten 25,- €.

Das Komplett-Verpflegungspaket während des gesamten Seminars (alle Mahlzeiten am Samstag und Sonntag, sowie alkoholfreie Tagungsgetränke, heiß und kalt) kostet 39,- €

Zusätzlich können preiswerte Übernachtungen in der Tagungsstätte gebucht werden. Anreise Freitag ist möglich. Nähere Informationen siehe Anmeldeformular.

### Veranstaltungsort:

**Silvio-Gesell-Tagungsstätte**  
Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal  
<https://sgt-wuppertal.de>

Nähere Informationen und Anmeldung unter:  
<https://lernort-wuppertal.de> und  
<https://humane-wirtschaft.de>

Infotelefon: 0 20 53 - 42 37 66  
E-Mail: [redaktion@humane-wirtschaft.de](mailto:redaktion@humane-wirtschaft.de)

Weitere Termine siehe Seite 22/23 in dieser Ausgabe

## 20. und 21. Oktober 2018

## Sozialwissenschaftliche Überblicke und Querschnittsbetrachtungen

Die Zunahme ökologisch, sozial, ökonomisch und politisch bedingter Konflikte auf der Erde ist nicht zuletzt ein Spiegel der Zerrissenheit unserer Sozialwissenschaften. Wenn an den Hochschulen die einzelnen Wissenschaften immer weniger miteinander zu tun haben, sich immer weiter auseinanderentwickeln und sich zuletzt nicht mehr miteinander verständigen können, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in einer Welt, in der alles mit allem zusammenhängt, die Probleme immer größer werden.

Gleichzeitig scheint der Mensch in den Sozialwissenschaften immer mehr aus dem Blick zu geraten, obwohl er doch im Zentrum jeder Sozialgestaltung steht oder stehen müsste. Vielleicht ist dieser Verlust des Mittelpunkts sogar die eigentliche Ursache für die Zersplitterung der Wissenschaften.

Mit Überblicken und Querschnittsbetrachtungen soll gleichsam horizontal und durch menschenkundliche Orientierung vertikal versucht werden, den zentrifugalen Zersplit-

terungstendenzen entgegenzuwirken und die Idee eines Sozialen Ganzen als Organismus sichtbar und verständlich werden zu lassen.

Die Tagung bildet den Abschluss des Kurses über Grundfragen von Wirtschaft und Gesellschaft und bietet Interessierten zugleich die Möglichkeit, sich einen Überblick über den ab Januar 2019 beginnenden neuen Kurs zu verschaffen.

**Referenten:** Fritz Andres, Kirn; David Fiedler, Andernach (beide SffO, Bad Boll).

### Das Programm 20. und 21. Oktober 2018:

#### Samstag, 20. Oktober 2018

10:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
10:15 Uhr	Das Bild des Menschen im Spiegel der Sozialordnung
11:00 Uhr	Pause
11:15 Uhr	Besitz und Nutzung – Querschnittsbetrachtungen durch verschiedene Sozialbereiche
12:30 Uhr	Gemeinsames Mittagessen in der Tagungsstätte
14:30 Uhr	Kaffeeangebot im Tagungsraum
15:00 Uhr	Gleichheit und Freiheit/Verschiedenheit, Ungleichheit und Gleichmacherei im Wertequadrat
16:15 Uhr	Pause
16:45 Uhr	Macht und Recht: Ergänzung oder Widerspruch?
18:00 Uhr	Abendessen

20:00 Uhr Das Ganze und die Teile in verschiedenen Bereichen der Sozialordnung – und wohin man kommt, wenn man beides nicht auseinanderhält

#### Sonntag, 21. Oktober 2018

9:00 Uhr	Die Interdependenz der Ordnungen und die Dreigliederung des sozialen Organismus
9:45 Uhr	Mechanismus und Organismus in Natur und Gesellschaft
10:30 Uhr	Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft: die menscheitsgeschichtliche Bedeutung sozialer Reformen am Beispiel der Bodenreform
11:00 Uhr	Schlussdiskussion
12:00 Uhr	Tagungsende

## Gesprächs- und Leserkreise

Kontakt über unsere Geschäftsstellenleiterin **Frau Erika Schmied** in unserer Geschäftsstelle in **Neustadt a. d. Aisch**.

### Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

**Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis**

Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.  
Kontakt: Mark Brill E-Mail: [dortmund@humane-wirtschaft.de](mailto:dortmund@humane-wirtschaft.de)

### Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag, 19 Uhr Diskussionsrunde, Wichtel in Böblingen  
(Kurzlink zur Anfahrt: <https://t1p.de/wichtel>)

Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, in Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: [stuttgart@humane-wirtschaft.de](mailto:stuttgart@humane-wirtschaft.de)

### Jeden ersten Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen

**Stammtisch/Leserkreis • Im Malzhaus • Alter Teich 7**

• 08527 Plauen • Kontakt: Andreas Wunderlich  
• E-Mail: [plauen@humane-wirtschaft.de](mailto:plauen@humane-wirtschaft.de)

E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de)

Telefon: (09161) 87 28 672

### Wuppertal, jeden dritten Mittw. im Monat, 17 - 19 Uhr

**Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive** und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <http://lernort-wuppertal.de>

### Biberach a. d. Riß, jeden dritten Dienstag im Monat

**Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“**

Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.

Ort: **TG-Heim Restaurant, Adenauerallee 11, 88400 Biberach a. d. Riß** Infos: S. Späth 01 76 - 61 50 74 53

E-Mail: [Sebastian.Spaeth@bund.net](mailto:Sebastian.Spaeth@bund.net)

Informationen im Internet: <http://t1p.de/bund-biberach>

## Hochschule Fulda, Freitag 12. Oktober 2018

### „MONNETA vor Ort: Nachhaltige Finanzwirtschaft“

Vortrag und Podiumsdiskussion u. a. mit Prof. Dr. Isabel Feichtner, Universität Würzburg, Prof. Dr. Carsten Müller, FH Fulda, Dr. Leander Bindewald, Universität Cumbria (Komplementär- und Kryptowährungsexperte), Tobias Plettenbacher

Moderation: Kathrin Latsch, Journalistin, Geschäftsführerin von MONNETA

Weitere Infos: <https://monneta.org/event/podiumsdiskussion-und-monneta-treffen/> oder E-Mail an: [info@monneta.org](mailto:info@monneta.org)

## Wuppertal, Sa. 20. bis So. 21. Oktober 2018

### Seminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen

zum Thema: „**Sozialwissenschaftliche Überblicke und Querschnittsbetrachtungen**“ (Details s. S. 24 und online)

Die Zunahme ökologisch, sozial, ökonomisch und politisch bedingter Konflikte auf der Erde ist nicht zuletzt ein Spiegel der Zerrissenheit unserer Sozialwissenschaften. Wenn an den Hochschulen die einzelnen Wissenschaften immer weniger miteinander zu tun haben, sich immer weiter auseinanderentwickeln und sich zuletzt nicht mehr miteinander verständigen können, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in einer Welt, in der alles mit allem zusammenhängt, die Probleme immer größer werden.

## Zürich (Schweiz), 26. und 27. Oktober 2018

**Short Course: Currency Innovation** – In this Lab we will unravel the nature of the money as we know it. And we will examine and experiment with novel currencies as social technologies to empower the economies of transition that are needed for social justice and sustainable development. Workshop in English, more information and registration here (limited early bird tickets and discounts available): <http://stride-learning.ch/stride-labs-currency-innovation/>

## Wuppertal, Sa. 27. und So. 28. Oktober 2018

### 62. Mündener Gespräche „Zukunft des Bargeldes – Abschaffung oder Reform?“

U. a. mit: Jörg Gude, Andreas Barke, Johann Walter, Beate Bockting, Thomas Seltmann, Ferdinand Wenzlaff, Max Danzmann

Weitere Details auf Seite 19 in dieser Ausgabe. Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Informationen und Anmeldung unter: <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

## Vormerken!

Wuppertal, Sa. 26. und So. 27. Januar, sowie Sa. 23. und So. 24. Februar 2019

**NEUSTART** der Seminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Details s. Seiten 22 und 23 in dieser Ausgabe, sowie online)

## Vormerken!

Wuppertal, Sa. 23. und So. 24. März 2019

**63. Mündener Gespräche „Krieg und Frieden“** – Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Informationen und Anmeldung unter: <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

## Vormerken!

Seidenstetten (Österreich), 26. Bis 28. April 2019

„**Seidenstettner Tage der Fülle**“ – Seit 2015 kommen jährlich ExpertInnen, VertreterInnen von NGOs und Menschen, die an der Finanzordnung interessiert sind, nach Seidenstetten, um sich untereinander über Hoffnungen und Wege zu mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt auszutauschen.

Anmeldung für die Teilnahme und organisatorische Fragen: **Josefa Maurer, Tel.: +43 (0) 7477 44731 ([maurerjosefa@gmx.at](mailto:maurerjosefa@gmx.at))**

# Nichtwähler ins Parlament

Werner Peters

**„Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tode geweiht.“**

David Van Reybrouck

Reybroucks Buch „Gegen Wahlen. – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist.“ ist 2013 in Amsterdam erschienen, die deutsche Ausgabe im Wallstein-Verlag zuerst 2016, inzwischen in vierter Auflage 2017, was für die Aktualität der in dem Buch vertretenen These spricht. Ich selbst habe von dem Buch erst nach der Abfassung meines Artikels erfahren und fühle mich natürlich dadurch bestätigt in meiner These, dass es an der Zeit ist, über die Zusammensetzung des Parlaments aufgrund von und ausschließlich durch Wahlen nachzudenken.

Das parlamentarische System, das als Grundpfeiler und Garant einer den Bürgerwillen repräsentierenden Demokratie gilt, befindet sich eindeutig in einer Krise. Hauptursache hierfür ist der Verlust an Legitimität und Funktionalität des Instrumentes, das die repräsentative Zusammensetzung der parlamentarischen Gremien garantieren soll: der Wahl.

Das Vertrauen in Wahlen als faire und geeignete Vermittler zwischen den Vorstellungen der Bürger und deren Umsetzung in der Politik kommt von verschiedenen Seiten unter Druck. So zeigt sich inzwischen auch in Deutschland – in anderen westlichen Ländern schon seit langem und viel deutlicher – dass die Wahlen nicht mehr in der Lage sind, in den Parlamenten klare politische Verhältnisse herzustellen. Das mühsame Ringen um eine neue Regierung nach der letzten Bundestagswahl ist ein solches besorgniserregendes Zeichen für diese Unfähigkeit. In den Bundesländern werden wegen der Zersplitterung der Parlamente nach den Wahlen bereits die abenteuerlichsten Koalitionen ausprobiert, um das – möglicherweise überholte? – Schema von Regierungsmehrheit und Opposition herzustellen.

Das Ansehen der Wahl leidet auch darunter, dass selbst die finstersten Autokraten offensichtlich das Bedürfnis haben, ihre Ermächtigung mit diesem Instrument zu legitimieren. Man könnte vordergründig von einem Sieg der Demokratie sprechen, dass inzwischen auch Diktatoren sich vor der Notwendigkeit gestellt sehen, sich ihre Position durch ein Votum des Volkes bestätigen zu lassen. Tatsächlich aber beschädigt es das Vertrauen in Wahlen, wenn man beobachten muss, wie total sie manipuliert und verfälscht werden können.

Den größten Bedeutungsverlust erfährt die Institution der Wahl allerdings durch die Tatsache, dass immer mehr Bürger von diesem Instrument, das ihnen Repräsentation im Parlament verschaffen soll, keinen Gebrauch mehr machen.

Die mit Abstand größte Partei ist die Partei der Nichtwähler. Und sie wächst ständig an. Die etablierten Parteien stehen hilflos vor diesem Phänomen, das sich zu einer Legitimationskrise der Demokratie auswächst. Das Problem wird durchaus ernst genommen, aber die bisherigen und geplanten Gegenmaßnahmen sind unwirksam, weil sie nur ein Kurieren am Symptom sind. Man muss an die Wurzeln gehen und

die Fehler im System aufdecken und korrigieren. Die Parteiendemokratie alten Zuschnitts ist am Ende. Die aus unterschiedlichen Motivlagen begründete Wahlverweigerung stellt die Legitimität der Volksvertretung in Frage. Warum also nicht darüber nachdenken, wie die Nichtwähler im Parlament repräsentiert werden können? Man könnte per Los (nach Aristoteles das demokratische Prinzip!) entsprechend der Stimmzahl der Nichtwähler aus einem Pool interessierter Bürger Abgeordnete als Repräsentanten derjenigen, die sich nicht mit einer Partei identifizieren, in das Parlament entsenden. Ein zweifellos radikaler Vorschlag, aber kein undemokratischer. Im Gegenteil – er würde dazu führen, das demokratische System zu beleben, das derzeit dabei ist, zu einer Parteienoligarchie, sprich: Post-Demokratie zu verkommen.

## Die Ausgangslage

Man hat die Tatsache der ständig abnehmenden Wahlbeteiligung bis in die jüngste Zeit als eine zwar unschöne und bedauerliche, aber letztlich normale Erscheinung einer reifen Demokratie hingenommen. Die etablierten Parteien haben sich damit abgefunden, da es im Endeffekt ihre Macht nicht gefährdete, werden doch bei der Mandatsverteilung

lung die Nichtwähler nicht berücksichtigt, sondern die Sitze proportional nur aufgrund der abgegebenen Stimmen vergeben. Auf diese Weise ist den Parteien entgangen, dass ihre Basis, die Grundlage ihrer Legitimation, immer schwächer geworden ist.

Nun haben zwei Ereignisse deutlich gemacht, dass es sich bei der mangelnden Wahlbeteiligung nicht um ein nebensächliches Phänomen handelt, sondern dass sie die Substanz der Demokratie berührt. Zum einen hat es bei einigen der letzten Landtagswahlen und auch bei der Bundestagswahl eine spürbare Steigerung der Wahlbeteiligung gegeben, die allerdings ausschließlich einer Partei am rechten Rand des politischen Spektrums zugutegekommen ist. Offensichtlich ist also die abnehmende Wahlbeteiligung eine klare Absage an das bisherige Parteiensystem und damit auch an die Art und Weise, wie die etablierten Parteien Demokratie praktizieren. Das wird auch durch das andere Ereignis bestätigt, dass nämlich diese Parteien so stark an Zustimmung verloren haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, „normale“ Regierungsmehrheiten herzustellen, sondern sich zu den abenteuerlichsten Formationen „Rot-RotGrün“ und „RotGrünGelb“ zusammenschließen müssen.

Der Verschleiß der Parteien, der sich in diesem Phänomen zum Ausdruck bringt, ist aber nicht nur deren Problem, sondern eine Gefahr für die Demokratie als solche. Wer diese Warnzeichen ernst nimmt, muss darüber nachdenken, wie unsere demokratische Praxis grundlegend anders als nach dem bisherigen Parteiensystem organisiert werden kann. Es geht dabei um zwei Aufgaben, die sich vermutlich ergänzen: die faktische Allmacht der Parteien in der politischen Praxis brechen und die Nichtwähler in den politischen Prozess einbeziehen.

Dabei ist es mit kosmetischen Korrekturen nicht mehr getan, es bedarf schon einer echten Systemveränderung.

Nun hat das Wort Systemveränderung bei uns einen bösen Ruf, sogar einen gefährlichen Klang. Es weckt Erinnerungen an die revolutionären Slogans der 60er und 70er Jahre, als protestierende Studenten die von ihnen massiv

kritisierte Gesellschaftsordnung durch ein Regierungssystem ersetzen wollten, das – in ihren Augen – dem (vermeintlichen) Willen des Volkes mehr entsprechen würde. Vielleicht kann man sich dem Thema der Systemveränderung im politischen Kontext etwas unbefangener nähern, wenn man nicht von Systemveränderung spricht, sondern von Veränderungen am System oder innerhalb des Systems. Denn da Systeme welcher Art auch immer nicht starr sind, sondern als menschliche Schöpfungen alle menschlichen Faktoren wie Unvollkommenheit, Beeinflussbarkeit, Endlichkeit in sich tragen, müssen sie praktisch ständig neu justiert werden, um in veränderten äußeren Bedingungen angemessen zu funktionieren.

Dem trägt auch unser politisches System Rechnung, ohne dass es jedes Mal offen zum Ausdruck kommt. Die gegenwärtige politische Praxis unseres Regierungs- und unseres parlamentarischen Systems hat sich stark verändert seit der Inkorporation vor bald siebzig Jahren und hat nur wenig Ähnlichkeit mit der im Grundgesetz formulierten Theorie. Aus der „Mit“-wirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes ist ein veritables Monopol der Parteien in der Politik geworden. Die grundgesetzlich gesicherte Gewissensfreiheit des Abgeordneten ist dem Fraktionszwang zum Opfer gefallen. Dies sind nur besonders herausragende Beispiele. Die meisten solcher Veränderungen am System sind mehr oder weniger unbemerkt und vor allem ohne nennenswerten Widerstand eingetreten und sind inzwischen etablierter Teil des Systems, ohne dass man sich der Tatsache einer Systemveränderung oder Veränderung am System bewusst ist.

Manche Veränderungen wurden auch durch einen bewussten Akt vollzogen, z. B. als 1953 die seit den ersten Bundestagswahlen 1949 getrennt für jedes Bundesland geltende Fünf-Prozent-Hürde per Bundeswahlgesetz auf die bundesweit abgegebenen gültigen Stimmen bezogen wurde. Auch diese Änderung am System gilt jetzt, nachdem sie sich etabliert hat, als originärer Teil des Systems. Koalitionsverträge, die es in der Anfangszeit des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik nicht gegeben hat und die

die grundgesetzlich garantierte Freiheit des Abgeordneten erheblich einschränken, sind inzwischen ein nicht mehr hinterfragter Teil der politischen Praxis, die sich bis in die Kommunalpolitik ausgebreitet hat.

Das gegenwärtige System ist nicht mehr in der Lage, die Erwartungen der Bürger an eine repräsentative demokratische Praxis zu erfüllen: Eine wachsende Zahl von Menschen bezweifelt, dass der politische Wille der Bürger/-innen umgesetzt wird. Dieser Zweifel manifestiert sich in einer zunehmenden Wahlenthaltung, die inzwischen nicht mehr nur stumm ist, sondern sich immer stärker auch klar und deutlich in diesem Sinne äußert.

### Das Phänomen Nichtwähler

Das Phänomen der Nichtwähler ist zu komplex, als dass es mit einer einfachen Erklärung abgehandelt werden kann. So soll die in der Literatur vertretene Gegenposition, dass die Nichtteilnahme an der Wahl auch als ein Zeichen von Zufriedenheit mit den Verhältnissen gesehen werden kann, nicht völlig zurückgewiesen werden. Natürlich führt eine politische Situation, in der es vielen Menschen gut geht und in der große, kontroverse Themen fehlen, zu Gleichgültigkeit und Desinteresse am politischen Prozess und senkt die Bereitschaft zur Partizipation, und wenn es auch nur um das Ankreuzen des Wahlscheins geht.

Aber schon die nächste Kategorie der Nichtwähler, die man mit einem Neologismus das abgehängte Prekariat nennt, hat einen Grund für seine Gleichgültigkeit gegenüber dem Wahlakt, der auf die Dysfunktionalität des politischen Systems hinweist. Man kann ihn auf die einfache Formel bringen: „Warum soll ich mich für ein politisches System interessieren, wenn dieses sich nicht für mich interessiert?“ Auch wenn dies keine bewusste Erkenntnis, sondern eher ein dumpfes, aber nichtsdestoweniger tief empfundenes Gefühl ist: Offenbar fühlt sich das Prekariat von der Politik nicht ausreichend repräsentiert und hat insofern auch deutlich weniger Interesse, am politischen Prozess teilzunehmen.

Unübersehbar aber ist die dritte Gruppe der Nichtwähler, die sich aus dem politischen Prozess ausgeklinkt haben, weil sie für sich erkannt haben – ob zu Recht oder Unrecht, mag im Moment noch unentschieden bleiben –, dass das politische System nicht mehr funktioniert, dass es sich verharzt hat, intransparent geworden ist und jedenfalls nicht mehr in der Lage, auf die politischen Probleme der Gesellschaft die richtigen Antworten zu geben. Der Kreis dieser Menschen reicht von blasierten Intellektuellen, die glauben, es sich leisten zu können, von oben herab die Unfähigkeit der Politiker zu kritisieren, aber es sich ansonsten in der von diesen gestalteten Gesellschaft sehr wohl sein lassen (insofern sind sie mit der ersten Gruppe verbunden) über die wachsende Zahl der „Wutbürger“, die in ohnmächtigem Zorn ihren Unmut in Leserbriefen, Blogs, Demonstrationen zum Ausdruck bringen, bis zu einer Vielzahl politischer Initiativen, die teilweise monokausal (z.B. der Verein „Mehr Demokratie“ mit seiner Kampagne für Volksentscheide) teilweise generell das System reformieren wollen oder am System Veränderungen vorschlagen, um es wieder gangbar und funktionsfähig zu machen.

Wenn wir uns im Folgenden auf einen einzigen Aspekt konzentrieren – eine Parlamentsreform – so soll damit nicht der Anspruch erhoben werden, dass die hier vorgeschlagene Veränderung am System ein Allheilmittel ist. Ein Hauptargument für unseren Vorschlag ist, dass er genau dort ansetzt,

wo das Symptom erscheint, nämlich bei der offensichtlich immer weiter abnehmenden Wahlbeteiligung.

### **Vielfalt demokratischer Systeme**

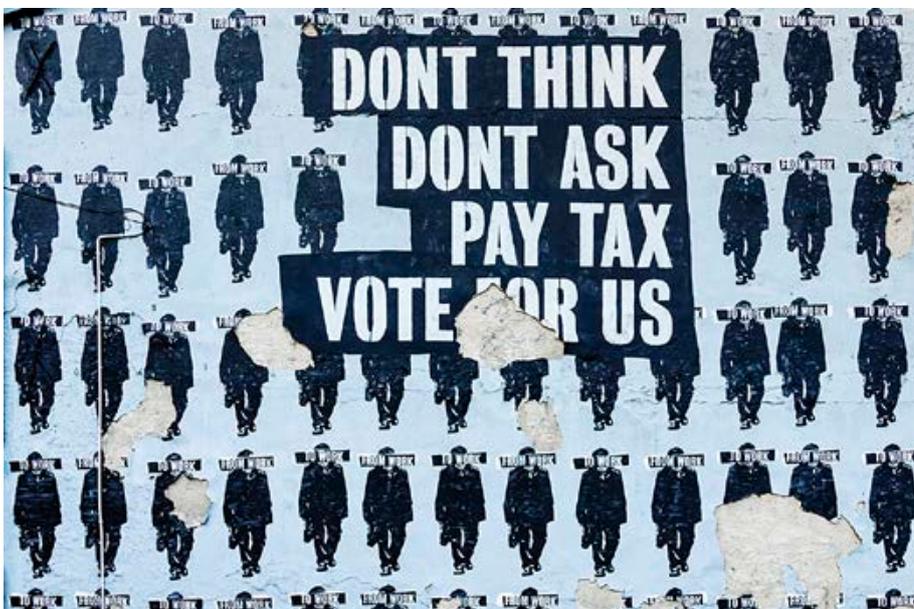
Wenn es bei der Fülle der Beobachtungen zur Demokratie eine Aussage gibt, der alle Interpreten zustimmen müssen, so ist es die, dass es die Demokratie nicht gibt. Es gibt seit ihrem Erscheinen in der politischen Realität und in den Schriften der politischen Philosophen und Politologen eine Vielfalt von politischen Systemen, die den Anspruch erheben, die Idee der Demokratie zu verwirklichen. Selbst wenn wir die durchaus nicht kleine Zahl derjenigen Gebilde außer Acht lassen, die unter der Bezeichnung Volksdemokratien oder einem anderen hochtrabenden Namen ihre im Grunde totalitäre Struktur verbergen, gibt es eine Vielfalt von unterschiedlichen Staats- und Regierungsformen, die alle den Anspruch erheben können, als genuin demokratisch zu gelten. Die verschiedenen Ausformungen von Demokratie, die sich bei den einzelnen Völkern herausgebildet haben, sind stark durch Geschichte und Tradition bedingt und spiegeln auch die Mentalität der Bürger des jeweiligen Staates wider. Als Beispiel hierfür mag das englische System mit seiner strikten Bevorzugung des Mehrheitswahlrechts hinreichen.

Die Idee der Demokratie und ihre Ausgestaltung ist aber nicht nur sozusagen horizontal variabel, indem sie bei verschiedenen Völkern in verschiede-

ner Gestalt auftritt, sie ist auch vertikal im Laufe der Geschichte starken Veränderungen unterworfen gewesen. Mit anderen Worten, die Demokratie ist immer auch ein Produkt ihrer Zeit, abhängig von den allgemeinen Zeitumständen und von dem Selbstverständnis der Menschen als Teil des Staates. So konnte sich, um wieder ein Beispiel zu nennen, seinerzeit eine Staatsform durchaus demokratisch nennen, die den Frauen das Wahlrecht verweigerte, weil für die damalige Zeit die Stellung der Frau in der gesamten Gesellschaft nicht gleichrangig war und ihnen deshalb auch politischer Einfluss nicht zugestanden wurde.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich erste Schlüsse ziehen: Veränderungen innerhalb eines demokratischen Systems sind nicht nur kein Eingriff in oder gar Angriff auf die Demokratie, sondern im Gegenteil wesensmäßiger Bestandteil der Idee der Demokratie, die eben kein unverrückbarer Fixpunkt ist, sondern ein lebendiges Gebilde, das sich den gesellschaftlichen Veränderungen und der politischen Bewusstseinsbildung der Staatsbürger anpassen muss. Je höher entwickelt das politische Bewusstsein eines Volkes ist, desto offener muss das System für Veränderungen sein und desto weitreichender können solche Veränderungen ausfallen, ohne das demokratische System zu beschädigen.

Dies alles gilt natürlich unter dem Vorbehalt, dass der Kern dessen, was Demokratie ausmacht, dabei intakt bleibt. So erhebt sich die Frage erneut, was Demokratie jenseits der vielfältigen Formen, die es im Laufe der Geschichte gegeben hat und die sich heute auf der Welt präsentieren, in seinem innersten Wesen darstellt. Eine erste Antwort gibt der Name und die Geschichte ihres ersten Auftretens im antiken Griechenland. Der Name bedeutet Volksherrschaft und setzt sich ab vom Begriff der Aristokratie, was Herrschaft der besten, vornehmsten (Bürger) über die anderen beinhaltet. Schließlich gibt es in der griechischen politischen Philosophie (und Praxis) noch die Staatsform der Monarchie, in der einer allein über alle anderen bestimmt. Es ist hier nicht der Platz, über die unterschiedlichen Begriffe „*kratein*“ und „*archein*“ weiter nachzuforschen, nur so viel, was ein bestimmtes Licht auf den Begriff



Demokratie werfen könnte, dass in dem Wort „*archein*“ eine Art ursprüngliche Herrschaft sich manifestiert, während in „*kratein*“ das Prozessuale der Machtansammlung mitschwingt.

Es ist wichtig zu wissen, dass die Demokratie sich als letzte dieser Staatsformen gebildet hat, und zwar als Reaktion und in Revolte gegen die beiden lange etablierten politischen Systeme. Die Geburt der Idee der Demokratie hängt eng mit der ersten abendländischen Aufklärung zusammen, in der die Griechen (ausgehend von Ionien) sich zum ersten Mal rational mit der Natur, der Welt und der Stellung des Menschen in diesen auseinandersetzten. Die Aufklärer stellten die hergebrachte Ordnung in Frage, nach der ein erblicher Führer oder der Kreis der Vermögenden (die „*aristoi*“ waren nicht die moralisch Hervorragenden, sondern die wirtschaftlich Bestimmenden) über den Rest der Bevölkerung herrschen soll. Wie dieser revolutionäre Gedanke entstanden ist, dass die Menschen das Recht und auch die praktischen Möglichkeiten haben, ihr gesellschaftliches Schicksal selbst zu organisieren, bleibt im Dunkeln, auf jeden Fall breitete er sich von Ionien ausgehend in der ganzen griechischen Welt aus und wurde – natürlich gegen heftige Widerstände – in verschiedenen Städten, insbesondere in Athen, in die Tat umgesetzt.

## Auslösung, Wahl & Abstimmung

Die athenische Demokratie gilt als das Muster der Demokratie, und in der Tat lassen sich an ihr viele Aspekte, vor allem der Kern des demokratischen Gedankens, aber auch ihre Schwächen und Fehler herausarbeiten. Die athenische Demokratie war direkte Demokratie, alle Bürger waren an politischen Entscheidungen unmittelbar beteiligt. Repräsentative Gremien wurden per Los besetzt. Aristoteles stellt als besonderes Merkmal der Demokratie heraus, dass in ihr das Los über den Zugang zu öffentlichen Ämtern entscheidet, während die Wahl ein aristokratisches Element sei.<sup>[1]</sup> Um allen Bürgern die politische Partizipation zu ermöglichen, wurden sie für die Teilnahme an Volksversammlungen aus der Staatskasse alimentiert.

Das war sozusagen eine frühe Form, der politischen Lethargie entgegenzuwirken, die sich heute in Wahlenthaltung manifestiert.

In der Realität war die athenische Demokratie allerdings keineswegs total egalitär, sondern faktisch eine Mischform, insofern aristokratische und sogar monarchische Elemente mitschwangen. In ihrer Blütezeit wurde die athenische Demokratie beherrscht von einem hochkompetenten, charismatischen Führer, Perikles, dem das Volk über zwanzig Jahre lang die Leitung der Staatsgeschäfte anvertraute. Als nach seinem Tod dieser Gegenpol zur reinen Volksherrschaft wegfiel, wurde die athenische Demokratie immer mehr zur Beute von Demagogen und Usurpatoren, um schließlich von der Niederlage im Peloponnesischen Krieg in den zumindest vorläufigen Untergang mitgerissen zu werden.

Wenn man die athenische Demokratie als Muster einer demokratischen Verfassung nimmt, so kann man als Kern und Wesen des demokratischen Systems konstatieren, dass alle die Polis betreffenden („politischen“) Entscheidungen, d. h. alles was das Leben der Bürger im Staat betrifft, durch die Bürger selbst getroffen werden. Auch die quasi-monarchische Staatsführung des Perikles war demokratisch, indem sein politisches Handeln im Ganzen und in den Details jeweils durch die Volksversammlung abgesegnet werden musste. Die direkte Demokratie ist eine wünschenswerte Form der Demokratie (allerdings, wie oben angedeutet, mit durchaus gefährlichen Aspekten), gehört aber nicht zum Wesenskern der Demokratie, so lange gewährleistet ist, dass der Wille des Volkes in geeigneter Form nicht nur repräsentiert, sondern auch umgesetzt wird.

An dieser Stelle beginnt sich die Geschichte der Demokratie zu verästelnd mit den unterschiedlichsten Versuchen, die Aufgabe der Repräsentation des Volkswillens durch geeignete Instrumente und Prozesse zu erfüllen. Das Parlament, das an die Stelle der direkten Entscheidung durch das Volk tritt, gewinnt seine demokratische Legitimation nur dadurch, dass es sich als repräsentatives Organ der Volksmeinung bestätigen lassen kann. Parlamentarismus und Demokratie sind keineswegs

deckungsgleich. Es gab und es gibt Parlamente, die nicht gewählt und insofern auch nicht repräsentativ sind, sondern deren Mitglieder ernannt werden. Das britische House of Lords ist Teil des Parlaments, aber nicht demokratisch, was insofern für die Qualität der Demokratie in Großbritannien nicht erheblich ist, da sein Einfluss auf die Gesetzgebung minimal ist. Im neu geschaffenen Parlament von Myanmar ist ein Viertel der Sitze vorab für Mitglieder des Militärs reserviert, eine echte Repräsentation des Volkes durch Wahlen also nicht gegeben.

## Güte und Verlässlichkeit der Repräsentanz

Der Parlamentarismus scheint in unseren Massengesellschaften die einzig praktische Möglichkeit darzustellen, Demokratie durch Repräsentation des Volkswillens zu verwirklichen. Die Herausforderung besteht darin, ein politisches System zu schaffen mit Instrumentarien und Prozessen, die es dem Volk ermöglichen, sich durch Wahlen in der Repräsentation durch die Parlamente wiederzufinden. Hierbei stößt sich der Wunsch nach möglichst perfekter Repräsentation mit dem Bedürfnis nach einigermaßen stabilen Verhältnissen in den Parlamenten, was zu verschiedenen Maßnahmen führt, die Zahl der im Parlament vertretenen Gruppen (oder sogar Einzelpersonen) einzuschränken. Die bekanntesten Formeln sind einerseits das Mehrheitswahlrecht und andererseits die Sperrklausel. Zweifellos ist das Verhältniswahlrecht unter dem strikten Aspekt der Repräsentativität demokratischer als das Mehrheitswahlrecht, aber es soll hier keine Rangfolge aufgestellt werden. Entscheidend ist, ob ein System objektiv geeignet ist und es in der Praxis auch erreicht, dass sich der Wille der Wählerschaft angemessen in der Zusammensetzung des Parlaments widerspiegelt.

Was ist nun, wenn eine wachsende Zahl von Menschen von sich aus, d. h. freiwillig sich ausschließt aus diesem Prozess, repräsentiert zu werden? Es gibt zwar eine zahlreiche Literatur, die sich mit intentionalen (d. h. von ihren Schöpfern gewollten) und kollateralen (d. h. sich unglücklicherweise aus dem System ergebenden) Formen der Fehlrepräsentation von Wählerstimmen be-

<sup>1</sup> Aristoteles, *Politeia* IV 1294b

schäftigt, aber kaum solche, die sich mit dem Phänomen auseinandersetzt, was der freiwillige Verzicht auf Repräsentation für die Qualität der Demokratie in dem betreffenden System bedeutet. Das hat seinen Grund darin, dass dieses Phänomen (noch?) nicht als systemisches Problem gesehen wird, das auf Fehler im System hinweist und möglicherweise sogar Auswirkungen auf die Demokratie als solche hat, sondern ausschließlich unter dem akzidentellen Gesichtspunkt der Menschen und ihrer Motivation, nicht zur Wahl zu gehen.

Neuerdings finden sich Hinweise in den Medien, die eine Aufmerksamkeit für die systemische Problematik andeuten. Während bei den Berichten über Wahlergebnisse schon seit längerem immer wieder von einer „Partei der Nichtwähler“ gesprochen wird, die fast oder sogar mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten auf sich vereinigt, wird seit einiger Zeit auch eine Statistik aufgeführt, bei der die Prozentzahlen der Parteien nicht mehr nur auf die Wähler (das gültige Ergebnis für die Sitzverteilung im Parlament) bezogen werden, sondern daneben auch auf die Wahlberechtigten, was teilweise – die Repräsentation der Bevölkerung betreffend – schockierende Zahlen produziert. Die CDU/CSU kommt bei der letzten Bundestagswahl statt auf 32,9 % nur auf 25,9 %, die SPD (20,5 % Stimmenanteil) hat nur 15,6 % der Wahlberechtigten für sich gewinnen können. Insgesamt vertreten die in den Bundestag eingezogenen Parteien nur 76 % der wahlberechtigten Bürger. (In der letzten Legislaturperiode waren es sogar nur 60 %, weil FDP und AfD wegen der Sperrklausel den Einzug ins Parlament ganz knapp verpassten und ihre Wähler nicht repräsentiert waren).

## Nichtwähler – Signal für einen Fehler im System?

Es gibt derzeit drei Arten, wie das politische Establishment, d. h. Politiker, Medien und Politische Wissenschaft auf das Problem der wachsenden Zahl der Wahlverweigerer reagiert:

Die übliche Reaktion, die bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse den Politikern zu entnehmen ist, erschöpft sich in Bedauern über das Symptom (die geringe Wahlbeteiligung), ohne sich mit den Gründen auseinanderzu-

setzen, geschweige denn irgendwelche Konsequenzen zu ziehen.

Daneben gibt es zahlreiche, durchaus ernst gemeinte Reformvorschläge und auch einige Maßnahmen, die aber alle ein Kurieren am Symptom sind und sich nicht ernsthaft mit den tiefer liegenden Ursachen auseinandersetzen.

Schließlich gibt es eine dritte Haltung, die zwar nicht offen ausgesprochen wird, aber aus dem Verhalten und der Verweigerung einer grundlegenden Diskussion des vorhandenen Problems geschlossen werden muss, nämlich trotzig das systemische Defizit bestreiten, das sich in der Wahlverweigerung manifestiert. Man könnte diese Haltung etwas grob so formulieren: „Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Menschen die Chance der Teilnahme nicht wahrnehmen, die ihnen unser demokratisches System bietet.“

Eine solche Reaktion (oder besser: „Nicht“-Reaktion) ist allerdings nicht mehr zu rechtfertigen und auf die Dauer auch nicht haltbar, wenn der freiwillige Verzicht großer Teile der Bevölkerung, in den Parlamenten repräsentiert zu sein, durchaus begründet ist: Nämlich damit, dass das System sich von dem, was man unter Demokratie versteht, entfernt hat und darüber hinaus – zumindest nach Meinung der Wahlverweigerer – nicht mehr in der Lage ist, Antworten auf die Zukunftsfragen der Gesellschaft zu geben. Mit anderen Worten, man bezweifelt, dass das System, wie es sich derzeit darstellt, noch eine Demokratie ist. Man stellt die Systemfrage.

Es ist unübersehbar, dass in Deutschland wie in nahezu allen westlichen Demokratien eine weit verbreitete Desillusionierung stattgefunden hat – verglichen etwa mit den Hochzeiten der Identifikation mit der Demokratie in den 60er und 70er Jahren. Der Verlust an Glauben, dass ein demokratisches System gerechte Verhältnisse und Wohlstand schafft, hatte in einzelnen Ländern unterschiedliche Auslöser, aber durchgehend dieselben Auswirkungen und Erscheinungen: Distanz bis hin zum Zynismus gegenüber den handelnden Politikern und der Funktionsweise des Systems. In den USA hat vor allem der Vietnamkrieg das Urvertrauen der Bürger in ihre Regierung und

die Funktionsweise der Demokratie zerstört und die Gesellschaft zutiefst verunsichert und zerrissen zurückgelassen. In Deutschland (und Europa) hat vor allem die Durchsetzung der neoliberalen Politik mit ihren Folgen für den bisher als garantiert empfundenen Sozialstaat zu einer tiefen Verunsicherung der Bürger bezüglich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft geführt und das Gefühl wachsen lassen, dass die Politiker und das bestehende System weder fähig noch in der Lage sind, die Gesellschaft entsprechend den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten.

## Parteienoligarchie, Lobbyismus & intransparente Mega-Strukturen ...

Es sind drei Bereiche, an denen die Bürger das Abweichen vom demokratischen Ideal – um es einmal sehr neutral zu formulieren – festmachen. Da ist zum einen die Entwicklung der Demokratie hin zu einer Parteienoligarchie. Die Parteien sind nicht mehr nur „Mit“-wirkende an der Willensbildung des Volkes, sondern haben sich praktisch ein Monopol verschafft über alle politischen Institutionen einschließlich des Parlaments, wo sie als einzige Akteure den Bürgerwillen repräsentieren dürfen. Dabei nutzen sie dieses Privileg in erster Linie, um ihre eigene Position zu befestigen. Sie befinden sich praktisch in einem immerwährenden Wahlkampf, bei dem die Sachbezogenheit der politischen Entscheidungen notgedrungen oft auf der Strecke bleibt. Überhaupt haben viele Bürger ihr Vertrauen darin verloren, dass Politik nach Sachgesichtspunkten entschieden wird. Darauf ist gleich noch näher einzugehen.

Durch die Fokussierung auf die eigenen und die Parteiinteressen haben sich Politiker und Parteien im Gefühl der Bürger abgekoppelt von den Wünschen und Erwartungen der Gruppen, um deren Stimmen sie werben.

Der zweite Sündenfall gegen die Demokratie ist das Abdanken der Politik gegenüber der Wirtschaft. Nicht nur hat der Einfluss der Lobbyisten auf die Gesetzgebung ungeahnte Ausmaße angenommen (Lobbyisten werden eingeladen, ganze Gesetzgebungspakete zu formulieren), generell hat die Türöff-

nung für die neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihren weitreichenden Regulierungen die Einflussmöglichkeiten der Politik immer weiter beschränkt. Es sieht auch so aus, als ob die Politik resigniert hätte und keinen Versuch mehr unternimmt, den Trend umzukehren, obwohl die verheerenden Folgen für den bisher als Legitimationsbasis der Demokratie empfundenen Wohlfahrtsstaat unübersehbar geworden sind. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Liberalisierung und Privatisierung des Staates weiter fortgeführt werden soll. Darüber hinaus wird den Politikern nicht zu Unrecht unterstellt, dass sie mit der Fülle und der Komplexität der politischen Entscheidungen überfordert sind und deshalb gar nicht in der Lage sind, sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Dazu kommt, dass sie eingebunden sind in Fraktions- und Koalitionszwänge, was sie außerstande setzt, wahre Repräsentanten der Bürger zu sein, von denen sie erwarten, dass sie sie wählen. Es ist nicht verwunderlich, dass viele Menschen inzwischen von einer Scheindemokratie sprechen – die politische Wissenschaft hat hierfür auch schon den Begriff der Postdemokratie gefunden – in der Kuhhandel und organisierte Verantwortungslosigkeit herrschen, nicht aber die angekündigte Repräsentation des Bürgerwillens.

Der dritte Aspekt, der eine zunehmende Skepsis der Bürger gegen das bestehende politische System hervorruft, ist die zunehmende Einbindung der Politik in ein europäisches Regelwerk, das nur unzureichend demokratisch legitimiert und kontrollierbar ist. Anfänglich begeistert begrüßt, erweist sich die europäische Einigung in ihrer Umsetzung für die Bürger als eine intransparente Bürokratie, die der eigenen parlamentarischen Repräsentation mehr und mehr Rechte nimmt und unter dem Stichwort Wettbewerbserleichterungen die neoliberale Wirtschaftsordnung in Europa durchsetzt.

Die Katastrophe um den Euro, der aus politischen Gründen und gegen wirtschaftliche Vernunft eingeführt wurde, zeigt nun auch dem einfachen Bürger, dass die gewählten Vertreter des Volkes weder einen Ausweg wissen aus dieser Krise noch, wenn sie ihn wüssten, in der Lage wären, ihn durchzusetzen, da das Gesetz des Handelns ih-

nen völlig entglitten ist und von nicht legitimierten Bürokraten wie dem Chef der EZB und der Chefin des IWF exekutiert wird. Es ist völlig nachvollziehbar, dass sich in vielen Ländern ein Ruf nach Re-Nationalisierung politischer Entscheidungen bemerkbar macht. Eine solche Wiedergewinnung nationaler Souveränität über wichtige Lebensbereiche der Bürger würde zweifellos auch das Interesse an der Mitwirkung am politischen Geschehen wieder beleben, das sich angesichts des zunehmenden Bedeutungsverlustes der nationalen Repräsentanten mehr und mehr verflüchtigt hat.

### ... vs. autonomes Bürger/innen-Engagement

Dieser gefühlte – und durchaus reale – Mangel an Vertretung der eigenen Interessen durch die gewählten Körperschaften ist eine der Hauptquellen für die in den letzten Jahrzehnten immer zahlreicher und immer offensiver auftretenden politischen Organisationen außerhalb der Parlamente, die sich in drei Formen manifestieren. Da sind einmal die Bürgerinitiativen, die wie bei Stuttgart 21 bundesweite Symbolkraft bekommen in Ihrer Zuspitzung zwischen technologisch möglichen und wirtschaftlich wünschenswerten Projekten einerseits und den Wünschen und Vorstellungen der Bürger am Ort. Viele solcher Bürgerinitiativen, wie etwa die Organisationen gegen Stromtrassen und Windkraftanlagen, sind weiträumig vernetzt und hochprofessionell besetzt.

Eine andere Kampffront gegen die Politik des etablierten Systems sind die zahlreichen, teilweise weltweit organisierten NGOs wie Greenpeace oder Attac, die teils schon in ihrem Slogan („eine andere Welt ist möglich“) ihr Misstrauen und ihre Distanz gegenüber den gewählten Repräsentanten deutlich machen.

Eine dritte Form, den Willen der Bürger auf andere Weise als durch Wahlen zu sammeln und politisch wirksam werden zu lassen, sind die Internet-basierten Protest-Kampagnen wie Avaaz und Campact, die vor bestimmten politischen Entscheidungen Hunderttausende, ja, Millionen Unterschriften sammeln, die sie den Entscheidungsträgern vorlegen, oft mit dem Erfolg,

dass beabsichtigte Projekte, die auf den Protest dieser Menschen stoßen, aufgegeben werden.

Diese inzwischen weit verbreitete Form, sich politisch einzumischen, hilft vielleicht, Frustration über das Geschehen in der etablierten Politik zu mildern, kann aber nicht als Ersatz für fehlende Repräsentation im demokratischen System hingehen, im Gegenteil, sie ist ein offensichtliches Symptom dafür, dass viele Menschen daran zweifeln, dass die „Willensbildung des Volkes“ in den Parlamenten zum Tragen kommt.

Die Bürgerinitiativen und die anderen genannten Organisationen versuchen *de facto* eine direkte Beteiligung an der Machtausübung zu erreichen, weil sie dem repräsentativen System, das ihnen von außer- und antidemokratischen Kräften beeinflusst erscheint, nicht mehr zutrauen, gemeinwohlorientierte Politik zu betreiben.

Inzwischen wird in der Literatur die Rückkehr zu vordemokratischen Entscheidungsstrukturen nicht nur ernsthaft diskutiert, sondern von manchen auch als Ausweg aus der Krise der Demokratie befürwortet. Man akzeptiert den derzeitigen Verfallzustand der Demokratie als die neue Realität und fordert geradezu autoritäre Formen der politischen Entscheidungsfindung, da sich die klassische (parlamentarische) Demokratie als unfähig erweist, die großen und immer drängender werdenden Probleme der Menschheit zu lösen, wie zum Beispiel die Klimakatastrophe. Wenn man die Maßnahmen im Rahmen der weltweiten Bankenkrise und das Krisenmanagement zur Euro-Rettung betrachtet, wo die Parlamente nur noch abnicken durften, was die selbst ernannten oder institutionalisierten Experten vorgegeben haben, so wird deutlich, dass diese Vorstellung von der Zukunft der Demokratie bereits gegenwärtig ist.<sup>[2]</sup>

In diesem Szenario stellen die eben erwähnten Protestbewegungen dann sozusagen den Restbestand der Demokratie dar, die dann nicht mehr über

<sup>2</sup> Ein eher unvermutetes Plädoyer für ein Regierungssystem mit einer Art „Rat der Weisen“ anstelle der zähflüssigen repräsentativen Demokratie findet sich bei Hans Jonas. In letzter Zeit hat vor allem Rudolf Bahro diese Gedanken wieder aufgegriffen und in seinen Schriften verbreitet.

Repräsentation funktioniert, sondern wo sich Bürger mit ihren Kampagnen direkt in das politische Geschehen einmischen.

## Repräsentanz der Nichtwähler



Wenn man weiterhin daran festhält, dass sich das Prinzip der Demokratie in der Umsetzung des politischen Willens – moderiert durch die Parteien – verwirklicht durch gewählte Repräsentanten in den Parlamenten, dann muss, wenn eine bedeutende Zahl von Bürgern sich verweigert, in dieser Weise repräsentiert zu werden, eine Reform genau bei diesem Aspekt der Repräsentation ansetzen. Angesichts des dramatischen Auseinanderdriftens zwischen der durch Wahlen ermittelten Repräsentanz und den aufgrund der Wahlenthaltung großer Bevölkerungsteile tatsächlichen Verhältnissen ist ein Kurieren am Symptom nicht mehr hilfreich; es müssen schon radikale Maßnahmen ergriffen werden. Ein solcher zweifellos radikaler Reformvorschlag geht dahin, die Nichtwähler nach ihrer prozentualen Größe in den parlamentarischen Gremien zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag scheint auf den ersten Blick geradezu obszön. „Warum sollten wir auf diejenigen besonders eingehen, die sich nicht an den Wahlen beteiligen? Sie sind es doch, die sich den angebotenen Möglichkeiten verweigern, sich vertreten zu lassen!“ Dieser Einwand lässt sich aber nur halten, wenn man nicht bereit ist zu akzeptieren, dass der Grund für die Wahlenthaltung im System selbst liegt, genauer gesagt darin, dass das System nicht mehr repräsentativ ist und darüber hinaus auch sich als zunehmend funktionsunfähig erweist. Dann ist die Wahlenthaltung eben nicht ein Abweichen von der demokratischen Norm, sondern ein Symptom für eine krisenhafte Veränderung des Systems, die auch nur durch eine Veränderung am System behoben werden kann. Wenn man einmal die aufkommenden negativen Affekte und Argumente für einen Moment beiseiteschiebt, so ist dieser Vorschlag, die Nichtwähler entsprechend ihrer Zahl bei der Zusammensetzung der Parlamente zu berücksichtigen, unter dem Gesichtspunkt der Repräsentation absolut schlüssig. Eine große Gruppe von Bürgern, die sich (freiwillig, ja! aber mit guten Gründen) der Repräsentation

entzogen hat, wird in irgendeiner Form in den politischen Entscheidungsgremien repräsentiert.

Bevor ich auf die zahlreichen Einwände gegen diesen Vorschlag zur Reform unseres demokratischen Systems eingehe, möchte ich ganz kurz die praktische Umsetzung einer solchen Beteiligung der Nichtwähler im parlamentarischen Geschehen darstellen.

Eine radikale Lösung, die auch schon öfter, wenn auch nur von Außenseitern, in die politische Diskussion gebracht wurde, wäre je nach Anteil der Stimmenthaltungen die Anzahl der Parlamentssitze zu reduzieren. Ein Rückgang des absoluten Stimmenanteils bedeutete dann für die Parteien den Rückgang lukrativer Parlamentsposten – ein möglicher Ansporn für sie, Politik attraktiver zu gestalten.

Ebenso denkbar wäre die Einführung einer ausdrücklichen Nein-Stimme, nach deren Stimmenanteil die Sitze im Parlament unbesetzt bleiben könnten. Beide Modelle bringen zwar das Gewicht der Nichtwähler deutlich zum Vorschein und haben auch gewisse politische und finanzielle Auswirkungen auf die Machtbasis der etablierten Parteien, sie leiden aber darunter, dass sie nicht wirklich zu einer Repräsentation der Nichtwähler im parlamentarischen Geschehen beitragen.

Eine echte Beteiligung der Nichtwähler könnte dadurch erreicht werden, dass unter den politisch aktiven und interessierten Nichtwählern eine entsprechende Anzahl als Abgeordnete ausgelost werden, die dem Stimmenanteil der Nichtwähler bei der jeweiligen Wahl entspricht. Bei der Ermittlung dieses Potentials an politisch aktiven und interessierten Nichtwählern braucht man keine Tests und Aufnahmeprüfungen vorzunehmen, es reicht, wenn sich Menschen offiziell registrieren lassen als Nichtwähler, die nichtsdestoweniger am politischen Geschehen teilnehmen wollen. Allein dieser Akt ist ein Beweis für Interesse an und Engagement für die Politik und die demokratische Kultur.

Die Abgeordneten der Nichtwähler werden bezahlt wie die anderen Abgeordneten. Möglicherweise erhalten sie etwas bessere Bedingungen bei der Altersversorgung und bei der Übergangs-

regelung, damit die Entscheidung, für eine Zeit aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis auszusteigen, leichter möglich ist. Über einzelne Details kann man dann weiter nachdenken, wenn dieser Vorschlag ernsthaft diskutiert wird und eine Chance auf Realisierung besteht. Wichtig ist nur festzuhalten, dass der Status eines durch Los bestimmten Deputierten den gleichen Rang hat wie der des gewählten Abgeordneten. In diesem Sinne wird an die Praxis der athenischen Demokratie erinnert und an die Feststellung des Aristoteles, dass das Lösen das eigentlich demokratische Verfahren ist.

## Einwände, die sich entkräften lassen



Nun zu den Einwänden. Mit dem wichtigsten haben wir uns schon auseinandergesetzt. Die Berücksichtigung der Nichtwähler bei der Verteilung der Parlamentssitze ist keineswegs systemwidrig. Die Wahlgesetze stehen in der freien Entscheidung des Gesetzgebers und zeigen eine große Bandbreite bei der Zuweisung der Parlamentssitze auf der Basis der Wahlergebnisse. Obwohl beim Mehrheitswahlrecht im Extremfall die Hälfte der Wählerstimmen unberücksichtigt bleiben kann, ist es als demokratisches System akzeptiert. So bewegt sich auch die Zuweisung von Sitzen an die Nichtwähler innerhalb des demokratischen Systems und verbessert sogar noch seine Wirkung, indem sie neben den etablierten Parteien auch andere Teile der Gesellschaft als Teilnehmer am politischen Geschehen zulässt. Nebenbei würde damit auch wieder der Zustand hergestellt, den das Grundgesetz wohl intendiert hat, indem es formuliert, dass die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes nur „mit“wirken.

Ein weiterer Einwand geht dahin, dass mit der Zulassung einer großen Zahl unabhängiger und ungeordneter zusätzlicher Vertreter die Parlamentsarbeit völlig unübersichtlich und chaotisch werde und eine verlässliche, geordnete Gesetzgebung und Regierungspolitik unmöglich sei. Diesem allzu generellen Vorwurf sollte man im Detail nachgehen. Zum einen wird bezweifelt, dass das Parlament in dieser neuen Zusammensetzung in der Lage ist, eine Mehrheit für einen Regierungschef zusammenzubringen. Dahinter steht der

geheime Verdacht, dass es sich bei der durch Los entstandenen Gruppe der Nichtwähler-Vertreter um Menschen handelt, die entschlossen sind, das Parlament lahmzulegen. Diesem Verdacht steht aber die Art des Verfahrens entgegen, wie diese Abgeordneten aus der Mitte des Volkes gewählt werden. Es wird sich im Großen und Ganzen um normale, vernünftige Menschen handeln, die keinen weiteren persönlichen oder politischen Ehrgeiz haben, als für die begrenzte Zeit von einer Wahlperiode ihrer Verantwortung möglichst gerecht zu werden. Insofern dürfte der/die Spitzenkandidat(in) der stärksten Partei, wenn es ihm/ihr eventuell auch noch gelingt, eine andere Partei dazuzugewinnen, keine größeren Probleme als bisher haben, für die Wahl eine Kanzlermehrheit zusammenzubringen. Im Übrigen könnte man mit wenig Aufwand auch den Schritt zur Direktwahl des Regierungschefs mit vollziehen, der ja nur das in neue Rechtsform bringen würde, was praktisch seit der Gründung der Bundesrepublik politische Praxis ist, nämlich dass die Wahlen zum Bundestag vielleicht nicht nur, aber doch in erster Linie Kanzlerwahlen sind.

Schwieriger stellt sich schon die Frage der Fähigkeit der Regierung, ihr Gesetzgebungsprogramm durchzusetzen. Aber auch hier lässt sich bezweifeln, dass das derzeitige Verfahren mit Koalitionsverträgen und Fraktionszwang demokratischer ist als das, was in der skizzierten Zusammensetzung des Parlaments mit teils Parteivertretern, teils Parlamentariern auf der Basis von Losentscheid zu erwarten wäre. Die derzeitige Praxis, bei der am Anfang einer Legislaturperiode die Spitzen der zukünftigen Regierungsparteien die Agenda für die kommenden vier Jahre teilweise bis ins Detail festlegen, hat zu einer völligen Entmachtung des Parlaments geführt, das selbst Gesetze beschließt, die von einer Mehrheit der eigenen Regierungsfractionen als kontraproduktiv und unsinnig empfunden werden (Betreuungsgeld; Pkw-Maut). Die Rolle der Oppositionsparteien in einem derartig festgelegten Macht-Ohnmachts-Verhältnis ist auf mehr oder weniger wirkungslose verbale Attacken beschränkt. Von einem Austausch von Ideen, einem gemeinsamen Ringen um die besten Problemlösungen für das Gemeinwohl, von einer Kontrolle der Regierung durch das

Parlament, dessen Mehrheit sich als Schutzwall für die Regierung aufführt, von all diesen wesentlichen Aspekten des Parlamentarismus, in dem sich die Demokratie verwirklichen soll, gibt es kaum eine Spur.

Insofern stellt das Aufbrechen dieser fossilen Strukturen durch den Zustrom neuer Mitglieder für das Parlament schon für sich ein Mehr an Demokratie dar. Zu prüfen ist, wie weit dieses Mehr an Demokratie das Regieren unhandlich macht oder gar unmöglich. Da ist zunächst dem Mythos entgegenzutreten, dass eine Regierung in einem parlamentarischen Regierungssystem scheitert, wenn sie ihr Gesetzgebungsprogramm nicht Punkt für Punkt durchbringen kann. Soweit eine Regierung einer geschlossenen Oppositionsfront gegenübersteht, ist das natürlich zutreffend, das gilt aber nicht für jedes einzelne Gesetz. Auch hier ist eher das Gegenteil richtig. Es täte einer Regierung eher gut, wenn sie für manche ihrer Vorhaben im Parlament fundierte Kritik erhielte, so dass sie entweder davon Abstand nehmen oder ihre Entwürfe gründlich überarbeiten würde. Im Vergleich zu diesem Modell wird das demokratische Prinzip jedenfalls derzeit weitaus mehr auf den Kopf gestellt durch die im deutschen Bundestag gängige Praxis, die parlamentarische Opposition aus den eigenen Reihen damit zum Schweigen zu bringen, dass sie mit Hinweis auf den ominösen Koalitionsvertrag zum Schulterschluss mit der Regierung aufgefordert wird, weil sonst deren Glaubwürdigkeit oder gar ihre Existenz gefährdet sei.

Die Anwesenheit einer großen Menge von sogenannten einfachen Bürgern, deren Sicht auf die Politik nicht durch eine jahrelange Karriere professionalisiert und notgedrungen verengt ist, wird die Mitglieder der etablierten Parteien und ihre Vertreter in der Regierung dazu zwingen, ihren Blick zu erweitern und die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung wieder direkt wahrzunehmen.

An die Stelle starrer Koalitionsverträge, die im Parlament abgearbeitet werden, tritt das möglicherweise mühsame, aber die Akzeptanz der politischen Entscheidungen fördernde Bemühen, mit unabhängigen „Politikern“ über das Gemeinwohl zu disku-

tieren und einen gemeinsamen Weg zu finden. Dies könnte der Anfang einer Entwicklung sein, der den Parlamentarismus aus seinem öden Konfrontationssystem zwischen Regierungsparteien und Opposition, das sich in Scheingefechten ohne materielles Ergebnis ergeht, hin zu einem Konsenssystem führt, in dem alle im Parlament vertretenen Gruppen an Entscheidungen mitwirken.

Im Gegensatz zu den zahlreichen Vorschlägen zur Beseitigung offensichtlicher Schwachstellen der derzeitigen demokratischen Praxis, um der unbestreitbaren Anfälligkeit der Demokratie für nicht sachgerechte und nicht gemeinwohlorientierte Entscheidungen ein Gegengewicht zu geben, wie etwa die Einführung einer zweiten oder dritten Kammer aus Experten oder eine Viergliederung des demokratischen Systems, ist der hier gemachte Vorschlag der Repräsentation der Nichtwähler im Parlament ohne großen Eingriff ins System oder gar dessen Umbau möglich. Er hätte aber dieselbe Wirkung für die Verbesserung der demokratischen Politik: der Einfluss der Parteien, die – das liegt in ihrer Natur – nicht nur die Interessen des Volkes, sondern auch ihre eigenen verfolgen – würde zurechtgestutzt; der Einfluss der Lobbyisten auf die Gesetzgebung würde stark zurückgedrängt; die Politik bekäme mehr Freiraum gegenüber den Forderungen der Wirtschaft, weil ein echtes Gegengewicht entstünde, wenn die Bürger ihre Interessen über ihre Vertretung im Parlament direkt geltend machen können; die Parteien würden sich neu definieren müssen, weil ihre Monopolstellung verloren ist, mehr noch, sie werden ihre Existenzberechtigung beweisen müssen, wenn die Bürger die Möglichkeit haben, nicht nur protestierend, sondern politisch wirksam sich dafür entscheiden zu können, keine der konkurrierenden Parteien zu wählen, sondern sich anderweitig vertreten zu lassen. Das vielleicht Wichtigste ist ein neues Verständnis der Bürger von Politik, indem sie direkt in das politische Geschehen integriert werden; die Akzeptanz der Politik und der Demokratie allgemein würde enorm anwachsen und zur Befriedigung der Gesellschaft beitragen. Das demokratische Leben würde bereichert, weil unter denen, die sich derzeit von der Teilnahme an Wahlen

abgewandt haben, sehr viele politisch aktive Menschen befinden, die in Protestgruppen und Bürgerinitiativen das zu verwirklichen suchen, was sie als echte Demokratie bezeichnen. Durch ihre Re-Integration in den demokratischen „Mainstream“ würde auch den gerade in diesen Protestgruppen auftretenden Sehnsüchten nach eher autoritären Alternativen zur Demokratie in Form von Expertenkammern u. ä. der Boden entzogen.

All diese Vorzüge, denen leicht noch einige weitere nachzuschoben wären, sind natürlich keine Garantie, nicht einmal ein Indiz, dass dieser Vorschlag irgendwann in naher Zukunft einmal umgesetzt werden könnte. Solchen Illusionen gebe ich mich nicht hin. Es wäre schon viel gewonnen, wenn diese Idee, nachdem sie die ersten Schauer aufgrund ihrer Radikalität und ihrer – aber eben nur scheinbaren – Anstößigkeit überwunden hat, in der politischen Literatur, in den Medien, in Seminaren und Tagungen, in denen man sich mit der Problem der wachsenden Wahlenthaltung beschäftigt, aufgegriffen und diskutiert würde. Denn dann könnte irgendwann, wenn der Anteil von Nichtwähler/innen bei Wahlen eine solche Dimension erreicht hat, dass man – wenn man die Demokratie retten will – an radikalen Reformen nicht mehr vorbeikommt, diese Idee ernsthaft als Möglichkeit begriffen werden.

### **(Undemokratische) Angst der Parteien vor Konkurrenz**

Im Moment spricht alles gegen eine solche Entwicklung. Die Parteien scheinen sich einzugraben in ihren Bunker und sind im Gegenteil bemüht, aufkommende Konkurrenz zu ihrer Macht mit allen Mitteln niederzuhalten. Ein Beispiel dafür ist die geradezu fanatische Energie der Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag, die Wiedereinführung der Sperrklausel bei den Kommunalwahlen durchzusetzen, weil angeblich die Arbeitsfähigkeit der Kommunalparlamente durch zu viele unterschiedliche Teilnehmer gefährdet sei. Nachdem sie zwei Mal beim Verfassungsgericht mit ihren Gesetzen gescheitert sind und sich von diesem haben erklären lassen müssen, dass dieses im Übrigen vorgeschobene Argument nicht gegen

die demokratisch garantierte politische Chancengleichheit aufgewogen werden kann, bereiten sie jetzt eine Verfassungsänderung vor, um ihr Vorhaben durchzusetzen, ein extremes Beispiel von Machthunger, verbunden mit Angst und Verblendung.

Möglicherweise gewinnt aber die Idee der Repräsentation der Nichtwähler im Parlament gerade von daher irgendwann bei den etablierten Parteien sogar Zuspruch, wenn ihnen klar wird, dass dadurch das Aufkommen neuer aus Protest und Frustration entstandener Parteien deutlich an Dynamik verliert. Denn wenn die engagierten Bürger, die sich von den Parteien nicht mehr vertreten wissen, die Möglichkeit haben, ihre Positionen, ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse, ihre Interessen, ihre Kritik direkt im Parlament zur Sprache zu bringen und damit unmittelbar in den politischen Prozess einfließen zu lassen, entfällt die Notwendigkeit, hierfür den mühsamen Weg der Gründung einer eigenen Partei zu wählen.

Dabei kann es für die Parteien nur gut sein, wenn sie in der politischen Auseinandersetzung mit neuen, frischen Ideen konfrontiert werden. Und für die Entwicklung der Demokratie ist Offenheit allemal besser als der Versuch, die eigenen Positionen zu verteidigen. In Monheim, einer Stadt zwischen Düsseldorf und Köln, wurde 2009 ein junger Mann, der erst seit der vorigen Wahl mit seiner als Schüler gegründeten Partei PETO im Stadtrat saß, zum Bürgermeister gewählt, weil er mit 29 % die meisten Stimmen erhalten hatte und die damalige Landesregierung die Stichwahl des direkt gewählten Bürgermeisters abgeschafft hatte. Offensichtlich hat er sich in der Leitung der Stadtgeschäfte hervorragend bewährt und das Vertrauen der Bürger gewonnen, denn bei den nächsten Wahlen wurde er mit 80 % der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zumindest die Stadt Monheim hat davon profitiert, dass Strukturen im demokratischen System geöffnet wurden, die neuen Kräften die Möglichkeit boten, sich durchzusetzen. Die anschließende nordrhein-westfälische Regierungskoalition aus SPD und Grünen hat dann die Stichwahl des Bürgermeisters wieder eingeführt – wohl, damit solche Unfälle nicht wieder passieren.

Die Menschen als Individuen, wie auch in ihrer Gesamtheit als Gesellschaft, haben die Tendenz, Probleme zu verdrängen. Dieser Prozess kann verschiedene Formen annehmen, zum einen, indem man das Problem zwar anerkennt, aber hofft, dass es sich von selbst erledigt, die zweite Möglichkeit ist, sich mit kosmetischen Korrekturen zufrieden zu geben. Am gefährlichsten ist es, sich einzureden, dass es eigentlich gar kein Problem gibt. Menschen, die Probleme verdrängen, werden krank, Gesellschaften, die sich ihren Problemen nicht stellen, geraten in Zerfall. Die Demokratie ist ein System, das davon lebt, dass es sich ständig erneuert, indem es sich mit den Veränderungen in der Gesellschaft auseinandersetzt. Eine Bunkermentalität, die ein so gravierendes Problem wie die wachsende Wahlenthaltung der Bevölkerung nicht als Herausforderung annimmt, sich zu verändern, geht fundamental gegen den demokratischen Geist und ist eine Bedrohung für das Überleben als demokratische Gesellschaft. 

**Zum Autor**  
Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

**Buchveröffentlichungen u. a.:**

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>

# Sirenenklänge

## Gedanken-, Spruch- und Liedgut des Krieges

Friedrich Müller-Reißmann

*Hasse die Bösen und misstraue allem Fremden,  
zweifle niemals an dir selbst und stelle deine Ehre über alles,  
halte Kompromisse für Verrat und Entgegenkommen für eine List.*

### Si vis pacem para bellum

„Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg“ haben wir von den alten Römern gelernt. Die Philosophie dahinter: Die anderen müssen Angst vor dir haben, dann tut dir keiner was. Dieses Argument der „Abschreckung“ dient bis heute der Rechtfertigung der (Hoch)-Rüstung. Argumentationshilfe bekommt dieses Argument von grausamen geschichtlichen Erfahrungen des Überfallenwerdens (s. u. das Hunnensyndrom).

Die Geschichte zeigt aber auch überdeutlich, dass der Hochgerüstete sich selten mit dem Schutz zufrieden gibt, den seine Waffen versprechen, sondern diese dazu nutzt, sich Vorteile auf Kosten der weniger „Wehrfähigen“ zu verschaffen. Doch das wird von den Machthabern und Regierungen selten offen ausgesprochen; man bekommt fast immer nur das Gerede von der (nationalen) Sicherheit zu hören. „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“ (s. u.).

„Schlimmer als der Krieg ist die Furcht vor dem Krieg“ sagte Seneca. Wie ist diese irritierende Aussage des römischen Philosophen zu interpretieren? Wenn wir uns vor dem Krieg fürchten, werden die anderen mit uns machen können, was sie wollen, und ihre Ziele gegen uns durchsetzen. Pragmatische Schlussfolgerung: Fürchte dich nicht, aber schüre die Furcht der anderen und nutze sie für deine Ziele!

Ob ein Starker sich damit begnügt, sicher zu sein vor Übergriffen anderer, oder seine Stärke zu Übergriffen auf Schwächere missbraucht, ist eine Frage des Charakters. Das gilt für alle konkurrierenden menschlichen Akteure, Individuen, Kollektive, Clans, Nationen. Was letztere betrifft, so bedürfte es eines unbeschädigten nationalen Selbstbewusstseins ohne Überheblichkeit und Sendungsbewusstsein. Hat je eine starke Nation im unserem Kulturkreis eine solchen Charakter echter innerer

Stärke und Souveränität besessen? Vielleicht die USA über längere Strecken im 19. Jahrhundert. Die heutige USA, wirtschaftlich abhängig von den Ressourcen der halben Welt aufgrund ihrer verschwenderischen Lebensform, macht keinen Hehl daraus, dass sie ihre militärische Stärke braucht, damit die anderen nicht wagen, sich der rücksichtslosen Verfolgung amerikanischer Interessen zu widersetzen. Die militärische Stärke, die in der Doktrin der Abschreckung dient, dient in der Praxis der Einschüchterung.

Ähnlich janusköpfig sind auch die Geheimdienste. In offiziellen Verlautbarungen laufen sie unter dem Etikett Sicherheit und Schutz der Bevölkerung, dienen der „Aufklärung“, der „Spionageabwehr“, der Verhinderung von Terroranschlägen, der Gewinnung von notwendigen Nachrichten usw. In der Praxis sind sie in vielen Staaten Repressionsapparate, Organisationen zur Einschüchterung derselben Bevölkerung, die angeblich durch sie geschützt werden soll. In der DDR wurde die STASI offiziell als „Schild und Schwert der Partei“ bezeichnet, worin sich fast so etwas wie Ehrlichkeit zeigte; man gab zu, dass es um mehr als Schutz ging. Der Volksmund sprach drastisch vom „VEB Horch und Greif“.

### Lieb Vaterland, magst ruhig sein

Es braust ein Ruf wie Donnerhall,  
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall:  
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!  
Wer will des Stromes Hüter sein?

Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,  
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Durch Hunderttausend zuckt es schnell,  
Und Aller Augen blitzen hell,  
Der deutsche Jüngling, fromm und stark,  
Beschirmt die heil'ge Landesmark.

Er blickt hinauf in Himmelsau'n,  
Wo Heldengeister niederschau'n,  
Und schwört mit stolzer Kampfeslust:  
„Du Rhein bleibst deutsch wie meine Brust“.

„Und ob mein Herz im Tode bricht,  
Wirst du doch drum ein Welscher nicht;  
Reich wie an Wasser deine Flut  
Ist Deutschland ja an Heldenblut. ...“<sup>[1]</sup>

<sup>1</sup> Strophe 1 bis 4 und Refrain aus „Die Wacht am Rhein“, deutsches Volks- und Soldatenlied von 1870.

Obwohl das Lied von Kriegspathos, Heldenverehrung, Blut- und Todesmystifizierung, nationaler Überheblichkeit nur so strotzt, verkauft es sich als eine Art Wiegenlied fürs Vaterland: Sei unbesorgt und ruhig, denn die Kampfeslust von frommen, starken und todesmutigen Helden behütet dich wie die wachende Mutter das schlafende Kind. Dabei bestand aller Grund zur höchsten Besorgnis und Wachsamkeit gegenüber der tödlichen Gefahr, die durch solches Säbelrasseln heraufzog.

Als 1870 der Deutsch-Französische Krieg ausbrach, wurde dem Lied eine Strophe hinzugefügt, die später im Ersten Weltkrieg Kriegspostkarten zierte:

So führe uns, Du bist bewährt;  
In Gottvertrau'n greif' zu dem Schwert,  
Hoch Wilhelm! Nieder mit der Brut!  
Und tilg' die Schmach mit Feindesblut!

Das berühmte Lied „Die Wacht am Rhein“ aus dem 19. Jahrhundert ist ein schönes Beispiel der „Schutz- und Trutz- Ideologie“ und entlarvt diese in ihrer Verlogenheit und Gefährlichkeit.

Man mag das „romantische Weltbild“, wie es dieses Lied widerspiegelt, als typische Ausgeburt des 19. Jahrhunderts belächeln und heute als gänzlich überholt ansehen, in Wahrheit können wir unser „rationales Weltbild“ nur mit großem persönlichem Mut und politischem Engagement gegenüber den immer wieder dominierenden Vorstellungen behaupten, dass ein Leben in Sicherheit und Freiheit, Wohlstand und Stabilität nicht ohne Blutvergießen zu haben ist. Die rationale Gegenposition lautet, dass unsere Sicherheit und Freiheit und alle anderen Werte für uns nur dann gewonnen und bewahrt werden können, wenn wir sie auch den anderen zubilligen. Dieser Glauben hat es nach wie vor äußerst schwer, eine hinreichend große Zahl von „Sympathisanten“ zu finden, und wird von vielen als verräterisch, feige, ehrlos und naiv diffamiert.

### Das Hunnensyndrom

Die Hunnen haben in der zweiten Hälfte des 4. und der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts halb Europa in Angst und Schrecken versetzt. Sie verkörperten in ihrer Vorgehensweise und ihren Auswirkungen auf die betroffenen Zeit-

genossen rund 80 Jahre lang ein Phänomen, was wir heute als Terrorismus bezeichnen würden. Dass da plötzlich von einem unbekanntem Irgendwo, aus Gebieten, die man nie betreten hatte, massenhaft gut bewaffnete und rücksichtslose Männer, denen man nie etwas getan hatte, über einen hereinbrachen und brandschatzend und massakrierend ganze Landstriche verwüsteten, hat sich tief in das kollektive europäische Gedächtnis eingegraben. Die später (seit dem 8. Jahrhundert, am massivsten zwischen 800 und 1050) immer wieder unberechenbar mit ihren Drachenbooten anlandenden Wikinger, die über die Flüsse bis weit ins Inland raubend und mordend vordrangen, oder die ungarischen Reiterstämme, die im 10. Jahrhundert Mitteleuropa heimsuchten, sind Beispiele für Ereignisse, die in unseren Breiten das Schreckensbild des unerwarteten Überfalls verfestigt haben. Der Mongolensturm im 13. Jahrhundert hat diesem Schrecken eine apokalyptische Dimension gegeben. (Für Russland führte er zum Alptraum einer 200 Jahre währenden grausamen Fremdherrschaft, die schwere Traumata im russischen Volk hinterlassen hat, und, so sagt man, den russischen Charakter und die russische Politik bis in die Gegenwart in vielerlei Hinsicht und nicht nur im Blick auf Fragen militärischer Rüstung prägen). Der Hunneneinfall zeigt wie kaum ein anderes historisches Ereignis, dass man unverschuldet mit Krieg überzogen werden kann, und scheint dazu zu zwingen, immer gewappnet zu sein. Das Hunnentrauma ist gewissermaßen ein Archetyp der geschichtlichen Ereignisse, auf die die politische Rechtfertigung für die Rüstung immer zurückgreifen kann. Jede Weltregion und jede Zeit hat ihre eigenen „Hunnen“. Das „Hunnensyndrom“ ist bis in Gegenwart virulent und wirkungsmächtig, obwohl es heute in einer vielfältig und wechselseitig verflochtenen Welt völlig obsolet geworden ist. Es gibt keine unbekannteten und unberührten Gebiete, in denen sich hinter unserem Rücken und ohne unsere Mitwirkung eine tödliche Gefahr für uns zusammenbraut. Und auch die Geschichte liefert eine Überfülle von Anschauungsmaterial dafür, dass Kriege und Gewalt in einem komplexen Wechselspiel entstehen, an dem man selber als Mitspieler schuldhaft beteiligt ist. Anders als jene terrorisierenden Hunnen, die aus östlichen Steppen

über Menschen hereinbrachen, die diese Steppen nie betreten, geschweige denn ihrer Bodenschätze beraubt oder mit Bomben beworfen haben, entsteht der heutige Terrorismus - und es ist hier ganz überwiegend vom islamistischen Terrorismus zu reden - nicht in einer terra incognita, sondern in Gebieten, die Jahrhunderte lang brutaler Interessenwahrnehmung von Seiten jener ausgeliefert waren und noch sind, die sich heute vor ihm ängstigen und ihn zur Rechtfertigung eines monströsen Sicherheits- und Überwachungsapparates benutzen.

### Der Frieden muss bewaffnet sein

Das Gedicht „Der Friedensheld“ von Wilhelm Busch gehörte zum obligatorischen Stoff des Literaturunterrichts in der DDR. Als der Fuchs den Igel auffordert, im Interesse des Friedens seine Stacheln abzulegen, antwortet dieser: *„Lass dir erst deine Zähne brechen, dann wollen wir uns weiter sprechen.“ Und alsogleich macht er sich rund, schließt seinen dichten Stachelbund und trotzt getrost der ganzen Welt, bewaffnet, doch als Friedensheld.“* Der Igel versinnbildlichte die große „friedliebende Sowjetunion“, die zwar hochgerüstet ist, aber keinen bedroht. Die Stacheln des Igels dienen nur zum Schutz, im Unterschied zu den Zähnen des Fuchses, Sinnbild des aggressiven amerikanischen Imperialismus. Solange es den gibt, gilt die Parole „Der Frieden muss bewaffnet sein“. In unzähligen Varianten in den unterschiedlichsten Staaten finden wir die Phrase „Unsere Waffen dienen nur der Verteidigung“. In den USA hält sie auch zur Begründung des Waffenbesitzes der Bürger her. Nach einem erneuten Amoklauf an einer Schule wird der Ruf nach der Bewaffnung aller Lehrer laut und ein Sprecher der Waffenlobby verkündet: *„Ein bewaffneter Böser kann nur durch einen bewaffneten Guten aufgehalten werden.“*

### Heilige Zwecke?

Der Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel“ ist unendlich oft in seinen verheerenden Konsequenzen kritisiert und als moralisch haltlos entlarvt und widerlegt worden. Mein Unbehagen gegenüber diesem Spruch beginnt schon früher, indem ich frage, was das

eigentlich für Zwecke sind, deren Heiligkeit sich auf die Mittel überträgt und sie, so grässlich und unmenschlich sie auch sein mögen „heilig“. Anders ausgedrückt: Muss die Kritik nicht damit beginnen, die Vorstellung der Heiligkeit selbst kritisch zu durchleuchten? Eine besondere Heiligkeit wurde immer wieder dem Vaterland zugesprochen, für das zu sterben „süß und ehrenvoll“ sei. (Auf den religionsgeschichtlichen Hintergrund und die Frage, inwieweit die Vorstellung vom „Sterben fürs Vaterland“ auf das archaische Menschenopfer zurückzuführen ist, mit denen man irgendwelche Gottheiten zu besänftigen und sein Schicksal günstig zu beeinflussen hoffte, gehe ich hier nicht ein.)

### Dulce et decorum est pro patria mori



Das „Vaterland“ führt wahrscheinlich die Liste der „letzten“, der „heiligen“ Werte an, die herhalten mussten, den Krieg und das Sterben im Krieg politisch zu rechtfertigen. Es ist bemerkenswert, dass die „Heimat“ auf dieser Liste eine eher untergeordnete Rolle spielt. An der „Heimatfront“ schufteten die Frauen, und nach der Heimat sehnten sich die Kriegsmüden und Kriegsgefangenen. Für die Heimat jedoch lassen Kriegsideologen, Politiker und Militärs die Menschen eher selten sterben, dafür umso häufiger „fürs Vaterland“. Das scheint auf den ersten Blick verwunderlich, ist doch die Heimat für die Menschen die wesentlich konkretere, fassbarere erlebte und geliebte Wirklichkeit, während das „Vaterland“ ein ideologisch-politisches Konstrukt ist. Man erkennt das auch sehr schön daran, dass ein „Heimatloser“ als ein echt bedauernswerter Mensch angesehen wird, während ein „vaterlandsloser Geselle“ als ein politisch verdächtiges, moralisch minderwertiges Subjekt gilt. Man sollte doch meinen, dass sich die Heimat viel besser eignet, die Hingabe bis in den Tod wirkungsvoll zu motivieren. Auf den zweiten Blick ist diese Affinität zwischen dem „Vaterland“ und dem „Sterben für“ jedoch überhaupt nicht verwunderlich. Denn die Vorstellung des „Sterbens für“ ist selbst ein ideologisch-politisches Konstrukt; real ist nur das Sterben, und das ist eine Realität völlig unabhängig von den großen Verdiensten, die man diesem Sterben zuschreibt.

Bemerkenswert ist auch, dass die Soldaten immer nur fürs Vaterland sterben. Nie habe ich aus derselben Quelle vernommen, dass die „Helden“ fürs Vaterland erblindeten, Arme oder Beine verloren, zu körperlichen Krüppeln oder seelischen Wracks wurden. Ja, mit „Gefallenen“ kann sich das Vaterland schmücken, mit Krüppeln und „Zitterern“ jedoch ist „kein Staat zu machen“. Aber auch Sterben ist nicht gleich Sterben. Die Abertausenden, die verhungert sind, weil der Krieg ihre Ernährungsbasis zerstört hat, sind zwar auch Kriegsoffer, aber gewissermaßen Opfer ohne Altar, auf dem sie dargebracht werden; sie sind eben nicht „fürs Vaterland“ verhungert und verdienen keinen geweihten Platz im Gedächtnis der Nation.

Wenn man genauer wissen will, was dieses „für“, das dem Sterben auf dem Schlachtfeld einen Sinn geben soll, eigentlich meint, ist man schnell „am Ende seines Lateins“. Geht es einfach nur um das größtmögliche Loyalitätsbekenntnis, das dem Vaterland erbracht werden kann? Nach dem Motto: „Mein Vaterland ist mir so heilig, dass ich sogar mein Leben für es hergeben würde“? Nein, hier geht es um die Rechtfertigung realen tausendfachen Sterbens. Bedeutet dieses „für“ vielleicht „anstelle“? Eigentlich drohte dem Vaterland der Tod, aber statt seiner sind unzählige opferbereite „Vaterländer“ gestorben und haben ihr Vaterland vor dem Sterben bewahrt? Was für ein Unsinn! Und doch findet sich solcher *Un*-Sinn in der viel zitierten letzten Strophe des Gedichtes „Tod fürs Vaterland“ von einem unserer größten Dichter, Friedrich Hölderlin:

Und Siegesboten kommen herab: Die Schlacht  
Ist unser! Lebe droben, o Vaterland,  
Und zähle nicht die Toten! Dir ist,  
Liebes! nicht Einer zu viel gefallen.

Entkleidet vom schwülstigen, mystifizierenden Pathos könnte man nüchtern formulieren: Die Soldaten, die auf dem Schlachtfeld ihr Leben einsetzen und sterben, erhöhen die Lebens- und Entwicklungschancen ihres Vaterlandes, indem sie es vor Versklavung und Ausplünderung bewahren oder ihm Zugang zu neuen Ressourcen eröffnen? Das macht schon eher Sinn. Jedenfalls für den Fall des Sieges. So ist auch in dem besagten Hölderlin-Gedicht der Sieg in der Schlacht die Grundvoraus-

setzung des Ganzen. Was aber, wenn der „Feind“ siegt?! Für was haben dann die vielen ihr Leben geopfert? Sinnlose Opfer – das ist wohl gerade für die leidtragenden Hinterbliebenen, vor allem für die Mütter der Geopferten eine so unerträgliche Vorstellung, dass sie mit unfassbarer „Unbeirrbarkeit“ an dem „Fürs Vaterland“ festhalten. Niemand hat das Recht, den Glauben zu verhöhnen, den gequälte Herzen brauchen, um weiterleben zu können.

Aus der gleichen Achtung vor dem Leben ist es jedoch politisch geboten, die Verlogenheit des Mythos vom „Sterben fürs Vaterland“ zu entlarven. Was haben denn die zwei Millionen junger Deutschen oder die zwei Millionen junger Russen, die „für ihr Vaterland“ im Ersten Weltkrieg starben, für dieses an Gutem bewirkt? Sie haben den Boden für Faschismus und Stalinismus bereitet, die unsagbares Leid über ihre Eltern und Kinder, Brüdern und Schwestern gebracht haben, vom Zweiten Weltkrieg ganz zu schweigen, der ihr Vaterland in Schutt und Asche legte. Sind dafür die jungen Männer 1914-1918 massenhaft gestorben? Wie lässt Schiller im „Wallenstein“ die in den Kampf ziehenden Reiter singen?

„Und setzet ihr nicht das Leben ein,  
nie wird euch das Leben gewonnen sein“!

Welches und wessen Leben? Ich sehe nur Tod und Elend, die die Soldateska<sup>2</sup> in den Kriegen über lebendige Wesen gebracht hat.

Wenn noch heute englische Nationalisten die in der verlorenen Schlacht von Hastings 1066 umgekommenen Engländer als Helden ehren, die „für ihr Vaterland starben“, so hat dieses „Sterben für“ jeden vernünftigen Bezug zur Realität verloren und ist zum nationalistischen Mystizismus geworden und in nebulöse Verklärung entrückt. Eine Botschaft steckt dennoch darin: Lasst euch nicht verwirren von der Behauptung, in zukünftigen Kriegen gäbe es keine Sieger mehr. Auf den Sieg kommt es nicht an. Das Sterben fürs Vaterland trägt seinen Sinn in sich selbst!

Was die Opfer „fürs Vaterland“ bewirkt haben, ist fast immer das genaue Ge-

<sup>2</sup> Der Begriff Soldateska stammt aus dem Italienischen und bedeutet „zügelloser Soldatenhaufen“ bzw. „rohes Kriegsvolk“. – Wikipedia

genteil von dem, was erhofft und versprochen wurde. Sie haben die Zukunft des Vaterlandes nicht weiter und offener gemacht, sondern eingengt und verschlossener. Die Opfer binden die Zukunft an die Vergangenheit. Der Vater, der ursprünglich einem Krieg sehr skeptisch gegenüberstand, ist plötzlich bereit, nachdem der erste Sohn das Leben dabei verloren hat, auch noch den zweiten und dritten Sohn für seine Fortsetzung zu opfern, in der Hoffnung, dass der Krieg zu einem Ende gebracht wird, welches dem Tod des ersten Sohnes doch noch einen Sinn gibt. Die zweiten Söhne müssen sterben, damit die ersten nicht umsonst gestorben sind! Opfer bewirken, dass man sich nur sehr schwer von den Fesseln der Vergangenheit befreien und neue Wege einschlagen kann.

Das „Sterben für Vaterland“ hat bei zahllosen Dichtern und Schriftstellern eine anklagende, kritische, ironische, bitterböse, sarkastische Bearbeitung gefunden. Das wohl bekannteste Beispiel ist der 1928 erschienene und 1930 in Amerika verfilmte Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque. Er hat eine Woge von Wut und Hass bei den deutschen Nationalisten ausgelöst. 2013 erschien der Antikriegsroman „Süß und ehrenvoll“ von Avi Primor, dem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland.

Die große Menge der literarisch wertvollen, menschlich erschütternden Antikriegsliteratur hat es bis zum heutigen Tag nicht vermocht, die Vorstellung vom notwendigen Einsatz des Lebens und der Gewaltanwendung für höhere Zwecke aus der Welt zu schaffen. Noch immer lässt der Aufschrei der Mehrheit auf sich warten.

Die giftige Pflanze des Nationalismus ist noch lange nicht mit Stumpf und Stiel ausgerissen, im Gegenteil, sie scheint heute eher wieder aufzublühen und ihren Samen zu streuen.

Deprimierend, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass sich viele berühmte und brillante Geister, Schriftsteller und große Naturwissenschaftler, darunter Nobelpreisträger wie Gerhart Hauptmann oder Thomas Mann, Fritz Haber oder Max Planck als wenig widerständig gegen die nationalistische Begeisterung zu Beginn des 1. Weltkrieges erwiesen

und sich teilweise sogar mit Wort und Tat in den Dienst des Wahnsinns gestellt haben. Doch es gab auch die, die sich klar distanziert und mit all ihren Kräften gegen den nationalen Wahn und den Krieg gestemmt haben, wie Heinrich Mann, Stephan Zweig, Herrmann Hesse, Arthur Schnitzler, Romain Rolland.

Aber auch die meisten derer, die sich 1914 gegen den Krieg geistig und politisch engagiert haben und ihn zu verhindern trachteten, verweigerten sich praktisch nicht der Verteidigung des Vaterlandes und waren wohl noch meilenweit davon entfernt, sich von der Notwendigkeit, das Vaterland um jeden Preis zu verteidigen zu müssen, innerlich zu distanzieren, und wagten nicht, eine echte pazifistische Alternative gedanklich zu entwickeln. Die Idee der nationalen Pflicht zur Landesverteidigung scheint viel fester und tiefer in unserer Kultur verankert zu sein als alle Abscheu vor dem Krieg. Ich fürchte, das ist auch heute, 100 Jahre später, noch genauso.

### **„Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so“ – der Realist stimmt ein in die Kriegsgesänge**

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt“. Obwohl die „Realisten“ mit dem Idealismus eines Friedrich Schiller wenig anfangen können, dieses Zitat greifen sie gern auf. Die Vorstellung, sagt der „Realist“, sich in dieser Welt aus allen kriegesischen Handlungen und Gewaltanwendungen herauszuhalten zu können, ist eine blauäugige Illusion. „Der Mensch ist böse von Jugend an“ steht schon in der Bibel (Gen 28,1). Die Welt ist nun mal voller „böser Nachbarn“ Wer da glaubt, durchzukommen, ohne „mit den Wölfen zu heulen“, ist nicht nur naiv, sondern sträflich leichtsinnig. „Unter Schuftten ehrlich zu bleiben, ist sehr gefährlich“. sagte Friedrich II. von Preußen, als er 1740 in Schlesien einfiel.

Der Realist sieht die „bösen Nachbarn“ und „Schufte“ allorts und übersieht, dass er selbst für die anderen ein Nachbar ist und entscheiden kann, ob er für sie ein böser oder ein guter Nachbar ist und ob er ehrlich bleibt oder zum Schuft wird. Der Realist hält es sich zugeute, dass er „realistisch“ sieht, wie die Welt nun mal ist. Und blendet aus,

dass er Mitspieler in dieser Welt ist und mitverantwortlich dafür, wie sie ist. Wir wissen, was z. B. dieser eine Mensch, jener Friedrich II. mit seiner Entscheidung von 1740, Schlesien zu annektieren, ausgelöst hat. Der Schritt beschwor den Siebenjährigen Krieg herauf und führte zum Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht, was wiederum dem später entstehenden deutschen Nationalstaat von Anfang an ein militaristisches Gepräge gab. Man beugt sich zwar ins Gefilde reiner Spekulation, aber trotzdem könnte man sich einmal die Frage stellen, ob nicht die europäische Geschichte friedlicher verlaufen wäre, wenn seinerzeit Friedrich II. nicht als „Schuft“ und Eroberer gehandelt hätte. Eine so weite Linie in die Zukunft zu ziehen mag müßig sein, da eine unübersehbare Vielzahl von Faktoren mitspielt, aber eines steht für mich fest: den Tausenden jungen Männern, die in drei Schlesischen Kriegen ihr Leben verloren oder zu Krüppeln wurden, wäre dieses Schicksal erspart geblieben, hätte Friedrich II. sich 1740 anderes entschieden, wozu er die Freiheit hatte.

Was bei Schiller in schöner Allgemeinheit die „bösen Nachbarn“ sind, wird in den verschiedenen Ideologien zu bestimmten konkreten Feindfiguren. Im Marxismus sind es die „Ausbeuterklasse“, der „Klassenfeind“, die „herrschende Klasse“, die die Völker aufeinander hetzt, die „Imperialisten“ usw. Nehmen wir z. B. das berühmte Brechtgedicht „An die Nachgeborenen“, die um Nachsicht gebeten werden, dass die Kämpfer für die bessere Welt nicht „ohne Gewalt auskommen“ konnten, denn sie lebten „wahrlich in finsternen Zeiten“ voller Hunger, Mord und Krieg: *„Ach, wir, die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein“.*

Mir erzählte nach der „Wende“ ein Mann, der einen ziemlich hohen Posten in der DDR innehatte, dass er schon lange von großen Zweifeln geplagt worden sei und die Art und Weise, wie mit Andersdenkenden umgesprungen wurde, verabscheute. Dass er sich aber immer wieder mit dem genannten Brechtzitat beschwichtigt habe.

In der Drei-Groschen-Oper sagt Brecht: „Wir wären gut anstatt so roh, doch die Verhältnisse, sie sind nicht so“. In ih-

rer je eigenen Tonart und Melodie haben die „Realisten“ in allen Lagern und Systemen das Lied von den Verhältnissen gesungen, die sie zu Handlungen zwängen, die sie eigentlich nicht gut heißen. So beteuerte Adenauer 1957 in der Debatte um die Wiederbewaffnung seine tiefe Verabscheuung des Krieges, um hinzuzufügen, man müsse aber angesichts der Gefahr aus dem Osten „realistisch“ sein.

Für uns heute ist es vor allem der Terrorismus, der uns angeblich nur noch eine einzige Weise der Reaktion lässt. Und selbst manche „freie Geister“, die über den Lagern und Systemen stehen, stimmen in dieses Lied ein: Was bliebe denn anderes übrig, wenn z.B. ein „durchgeknallter Möchtegern“ vom Schlage eines Kim Jong Un über eine hochgerüstete Armee verfügt, als zu versuchen, ihn durch militärische Drohungen in Schranken zu halten? Ja, „Realismus“ fesselt an das „Faktische“ so stark, dass die Faszination des Möglichen verblasst und der Elan erlahmt, nach neuen Handlungsweisen zu suchen. So erweist sich der nüchterne „Realismus“ als hartnäckiger Bundesgenosse der Gewalt und ergänzt ungewollt, aber wirkungsvoll die glühenden Idealisten, die zur Verteidigung „heiliger Werte“ mit allen Mitteln aufrufen. Dabei sollte doch der Realismus gerade den militärischen Abenteuern entgegentreten und hier das warnende Licht der Skepsis leuchten lassen, anstatt vorzugsweise immer dann zur Stelle zu sein, wenn das Projekt „Frieden schaffen ohne Waffen“ zur Diskussion steht.

Der Realist hält sein Misstrauen für eine Konsequenz aus gemachten Erfahrungen, es ist jedoch mehr eine Ursache für zukünftige Erfahrungen in einem doppelten Sinne: kognitiv und real. Wenn jemand dem guten Wetter misstraut und einen Regenschirm mitnimmt, dann setzt sich der Misstrauische weder eine schwarze Brille auf, die ihm den blauen Himmel verdunkelt, noch zieht sein Regenschirm den Regen an. In der Interaktion zwischen menschlichen Individuen und Gruppen hingegen ist das Misstrauen eine „schwarze Brille“, die das Bild des anderen verdunkelt, das Negative groß und das Positive klein erscheinen lässt. Das Misstrauen erzeugt Feindbilder. Und es zieht das

Negative gewissermaßen an, indem es den anderen zu Wut, Trotz, Verärgerung, Verweigerung und seinerseits zu Misstrauen provoziert. Das Misstrauen gegenüber anderen frei handelnden Subjekten ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Sie bewirkt, dass der, dem das Misstrauen entgegenschlägt, sich so verhält, dass sich der Misstrauische voll bestätigt fühlt. Mit Feindbildern schafft man sich seine „böse Nachbarn“.

Das Wort „Realität“ leitet sich von dem lateinischen Wort „res“ ab und für den Realisten ist die Welt etwas, was aus Objekten, Dingen, Sachen besteht. Die Tatsachen stehen im Fokus seines Interesses. Seine Lieblingsworte heißen „objektiv“, „sachlich“, „realistisch“. Auf den ersten Blick bedeutet „Wirklichkeit“ dasselbe wie „Realität“, aber doch verrät es einen ganz anderen Blickwinkel auf die Welt und das Leben, wenn man dem Wort „Wirklichkeit“ den Vorzug gibt. „Wirkungen“ gehen nicht nur von den res aus, sondern auch von unseren Worten, Gedanken, Hoffnungen und Ängsten, Träumen usw.

### Der Krieg ist der Vater aller Dinge



Neben den „heiligen Werten“, die alle Mittel rechtfertigen, und dem „Realismus“, der uns trotz aller guter Absichten zur Einsicht zwingt, dass man, so leid es einem auch tut, das Mittel der „Gewalt“ in den „finsternen Zeiten“, in denen wir leben, nicht ausschließen kann, gibt es noch ein drittes großes Pro-Kriegsklischee, das sich hartnäckig hält: die Vorstellung von der „kreativen Zerstörung“. Kaum ein Mensch, der einmal das Wort des griechischen Philosophen Heraklit gehört hat, dass „der Krieg der Vater aller Dinge“ sei, bei dem dieser „Wurm“ nicht im Kopf stecken bleibt und in irgendeiner Gehirnwinding sein Unwesen treibt. Man muss sich dazu nicht die offene Ideologisierung des Krieges im Sinne eines Ernst Jünger zu eigen machen, der den Krieg als „schöpferische Kraft“, als „Stahlgewitter“ sieht, das die Gesellschaft von Dekadenz und fauler Selbstgefälligkeit reinigt. Normalerweise ist dieser „Wurm“ eher lichtscheu und wirkt unterschwellig und weniger spektakulär durch seine Einflüsterungen: Wer hätte noch nicht von Städten gehört, die schöner und prächtiger wie-

deraufgebaut worden seien, nachdem ein Krieg sie in Schutt und Asche gelegt hat? Nicht von den großen ökonomischen und kulturellen Aufschwüngen nach grausamen Kriegen und blutigen Eroberungen? Den Einflüsterungen dieses Wurmes kann man sich schwer entziehen. „Es gibt nichts Böses, das nicht auch sein Gutes hat“. „Fortschritt gibt es nicht ohne die durchaus schmerzhaften Zerstörungen des Alten, von liebgewordenen Gewohnheiten, vertrauten schönen Traditionen, überkommenen Orientierungen, Sicherheiten, sozialen Errungenschaften usw.“ Auch von Menschenleben?

In dem Filmklassiker „Der Dritte Mann“ von 1949 rechtfertigt sich der gewissenlose „Held“, der im Nachkriegs-Wien mit knappen Antibiotika seine Geschäfte macht und dabei den Tod zahlloser Kinder in Kauf nimmt, gegenüber seinem entsetzten Freund genau mit diesem Klischee: „Denk dran, was Mussolini gesagt hat: In den dreißig Jahren unter den Borgias hat es nur Krieg gegeben, Mord und Blut, aber dafür gab es Michelangelo, Leonardo da Vinci und die Renaissance. In der Schweiz herrschte brüderliche Liebe, fünfhundert Jahre Demokratie und Frieden. Und was haben wir davon? Die Kuckucksuhr!“

\*\*\*

Alle Kriegsgesänge werden von einer monotonen grauen Stimme untermalt:

**„Kriege hat es immer gegeben – Kriege wird es immer geben“.**



#### Zum Autor

Friedrich Müller-Reißmann



Jahrgang 1940, Studium Physik (Leipzig, Saarbrücken), ev. Theologie (Tübingen, Bonn), theoretische Informatik (Karlsruhe).

Langjähriger Mitarbeiter des Pestel-

Instituts für Systemforschung, Hannover. Schwerpunkte: Systemalternativen und Kriterien zu ihrer Bewertung. Systemstudien für Kommunen, Bundestag, Europaparlament. Mitbegründer des Öko-Instituts Freiburg.



Gero Jenner

Komposition von Martin Bangemann zusammengestellt aus folgenden Bildern: • (Donald Trump) von Shealah Craighead - White House, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=63768460> • (Xi Jinping) von Antilong - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=33807498> • (Vladimir Putin) CC-BY 4.0 - Pressedienst des Präsidenten der Russischen Föderation - Ausschnitt aus einer anderen Datei: Vladimir Putin and Nikol Pashinyan (2018-05-14) 02.jpg, CC-BY 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=69089907>

*Wie Unternehmen funktionieren und welche Voraussetzungen dazu erfüllt sein müssen, das weiß man heute ziemlich genau. Produzierende Betriebe sind auf eine Infrastruktur angewiesen, die eine verlässliche Zufuhr von Energie und Grundstoffen (oder Vorprodukten) erlaubt. Hinzukommen muss in der Regel noch ein staatliches Ausbildungssystem, das dem Unternehmen ein entsprechendes „Humanmaterial“ anbietet. Unternehmen verfügen über einen Entscheidungsspielraum, was die Aufteilung des erwirtschafteten Gewinns unter Mitarbeitern und Eigentümern betrifft, hier kann der Staat lenkend eingreifen, aber das gilt nicht im Hinblick auf das Verhalten eines Betriebs zu seiner Umwelt.*

Hier ist der Entscheidungsspielraum so eng wie bei einem Motor, der nur dann verlässlich und dauerhaft läuft, wenn er konstant mit Energie und Rohstoffen gefüttert wird. Da gibt es keine Abstimmung und keine Demokratie. Im Wesentlichen wird Unternehmenspolitik daher auf monarchische bis diktatorische Art betrieben. Einzig der japanische Kapitalismus beschränkt mit dem sogenannten Ringi-System, wo alle wichtigen Entscheidungen den einzel-

nen Abteilungen zur Abstimmung vorgelegt wurden, zeitweise einen anderen Weg – gerade solange wie die japanischen Betriebe so billig produzierten, dass sie der Konkurrenz gegenüber einen bedeutenden Preisvorsprung besaßen – da konnten sie sich ein so schwerfälliges System noch leisten. Inzwischen gehört die innerbetriebliche Demokratie auch in Japan der Vergangenheit an.

### Moderne Industriestaaten gleichen großen Konzernen

Für die Zufuhr an Energie und mineralischen Rohstoffen sind sie auf ein weltweites Versorgungsnetz angewiesen, das möglichst reibungslos funktionieren muss. Eine Störung, wie sie etwa die Ölkrise von 1973 auslöste, bringt jede Wirtschaft spätestens dann zum Absturz, wenn auch die heimischen Speicher leer sind. Um das zu verhindern, unterhalten die USA nicht nur Militärbasen überall in der Welt – insgesamt zwischen 800 und 1000 –, sondern sorgen zudem dafür, dass nach Möglichkeit freundlich gesinnte Regime an den neuralgischen Punkten des Globus für Ordnung sorgen. Diktaturen scheinen sich zu diesem Zweck am besten bewährt zu haben.

### American Way of Life

Diese grundsätzliche Ausrichtung der amerikanischen Politik steht außerhalb jeder demokratischen Debatte, denn es geht ja um nichts Geringeres als den amerikanischen *Way of Life*, der ohne unablässigen Zustrom an Rohstoffen und Energie eben nicht denkbar ist (auch wenn die Abhängigkeit durch die Schieferölförderung zeitweise gemildert wurde). Über diese Ausrichtung entscheidet nicht länger das Volk, sondern der *Deep State*, wozu der Militärisch-Industrielle Komplex und das eine Prozent der reichsten Amerikaner gehört, die bekanntlich durch ihre Wahlspenden darüber entscheiden, wer in ihrem Land auch nur die Chance erhält, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Die USA sind eine Plutokratie mit dem formalen Apparat einer Demokratie. Sie sind es nicht deswegen, weil der Staat von einer neuen Aristokratie in einem Staatsstreich gekapert wurde, sondern weil das Land sich zu einem Mega-Unternehmen entwickelte, das nur dann reibungslos funktioniert, wenn es den weltweiten Güterstrom, auf dem sein Reichtum beruht, rund um die Uhr überwacht und jede Stö-

rung sofort beseitigt. So gesehen ist der Präsident der US nichts anderes als der Aufseher eines großen Konzerns, allerdings ausgestattet mit ungleich größerer Macht, denn um seine Unternehmenspolitik durchzusetzen, steht ihm der mächtigste Militärapparat der Welt zur Verfügung.

### In China springt die Parallele von Staatsapparat und Unternehmen noch mehr in die Augen

In keinem anderen Land wird so rational, so wissenschaftlich orientiert, so systematisch geplant wie im Reich der Mitte. Das angestrebte Ziel ist eindeutig definiert und deswegen sind es auch die Methoden, mit denen man es erstrebt. Seinen Bürgern will China materiellen Wohlstand, seinem Militär Überlegenheit, seiner Politik größtmögliche Mitsprache auf der Weltbühne sichern. Der „Sozialismus chinesischer Prägung“ – tatsächlich handelt es sich um einen zentral gelenkten Kapitalismus –, hat sich bis heute glänzend bewährt. Nicht anders als ein erfolgreiches Unternehmen nutzt und fördert die Partei die Eigeninitiative der Bürger, wenn es um produktive Ideen und Erfindungen im Rahmen der zu realisierenden Ziele geht, diese selbst aber werden grundsätzlich von oben festgelegt, und zwar diktatorisch über die Köpfe der Betroffenen hinweg. So kann dieses System mühelos Flughäfen, Bahnlinien, Straßen nach eigenem Ermessen an jedem Punkt des Landes aus dem Boden stampfen, ohne auf Proteste Rücksicht zu nehmen. Die Parallele zu modernen Industrieunternehmen ist unübersehbar, denn auch dort gibt es einerseits die zentrale Planung, andererseits wird die freie Entfaltung der privaten Initiative gefördert. China ist nichts anderes als die ins Gigantische projizierte Inkarnation des vorherrschenden Betriebsmodells. Nur in einem Punkt geht die chinesische Führung anders vor als der Manager eines westlichen Konzerns. Mitarbeiter, die sich seinen Zielen nicht fügen, setzt Letzterer nur auf die Straße – der chinesische Staat lässt sie in Arbeitslagern verschwinden oder bringt sie auch einfach um.

### Das Großunternehmen China hat in kürzester Zeit atemberaubende Fortschritte zu verzeichnen

Das Regime Xi Jinpings (dem Mann mit dem sympathischen Gesicht eines gutmütigen Großpapas) ist brutal, aber sein Erfolg lässt sich nicht bestreiten. Nicht nur, dass es der Regierung gelang, gleichsam über Nacht ein funktionierendes Rentensystem aus dem Boden zu stampfen, welches den größten Teil der Bevölkerung umfasst; in unüberbietbarem Tempo hat es zugleich eine moderne medizinische Versorgung bereitgestellt, das größte und modernste Eisenbahnnetz der Welt installiert und mittlerweile macht es der NASA mit seinen Weltraumplänen ernsthafte Konkurrenz. China – Jahrtausende lang ein Staat von philosophierenden Literaten, die für das Militär nichts als Verachtung übrig hatten – ist zudem im Begriff, zu einer der großen Militärmächte aufzurücken, und zwar schneller auf als jeder andere Staat. Das gilt vor allem für seine Flotte, die neue Kriegsschiffe in immer schnellerem Takt vom Stapel lässt.

### Xi Jinping und Donald Trump gleichen sich darin,

dass sie beide die CEOs von Staaten sind, die sie nach Art von Konzernen verwalten. Kein Zweifel kann allerdings daran bestehen, dass der Konzern China mittlerweile viel erfolgreicher vorgeht, da die Bevölkerung mit jedem Jahr wohlhabender wird. In den Küstenregionen hat sich längst eine Mittelklasse gebildet, die sich Reisen in alle Welt leisten kann und dabei erfährt, dass ihr Land mittlerweile einen Platz gleich neben den USA und vor Russland behauptet – ein weltweit geachteter Staat. Der „chinesische Traum“ ist zwar dem amerikanischen abgeschaut, aber mittlerweile glaubt eine Milliarde von Menschen daran, während den meisten US-Amerikanern das Träumen vergangen ist. Dort stagniert das Einkommen der Bevölkerungsmehrheit schon seit den achtziger Jahren. Die Weltmacht USA ist zudem hoch verschuldet, die Infrastruktur des Landes – Eisenbahnen, Straßen, Brücken – befindet sich in rapidem Verfall und – bei weitem das alarmierendste Zeichen – die Bevölkerung ist zutiefst gespalten. Für gut die Hälfte der Amerikaner ist Donald Trump nicht „ihr“ Präsident.

### Die gegenläufige Entwicklung der beiden Staaten

hat tiefreichende ideologische Gründe. Bis heute wird das moderne China von seiner Tradition, dem Konfuzianismus, geprägt. Ein Herrscher genießt nur so lange die Gnade des Himmels, wie er den Bauch der Untertanen füttert, denn darin liegt seine Verantwortung. Eine Mehrheit der Chinesen findet sich mit der diktatorisch regierenden Staatspartei ab, weil diese sich offenbar im Besitz solcher Himmelsgnade befindet. Vor einem halben Jahrhundert noch bitterarm, ist China längst kein Entwicklungsland mehr, sondern ein mächtiger und in den Küstenregionen auch schon opulent reicher Staat. Die paternalistisch regierende Staatspartei genießt das Vertrauen einer überwiegenden Mehrheit.

In den USA behauptet sich dagegen eine ganz andere, ebenfalls aus der Geschichte erwachsene Ideologie: der „*rugged individualism*“, welcher es den Wirtschaftstreibenden erlaubt, ihre eigenen persönlichen Interessen über das Staatswohl zu stellen. Im selben Augenblick, als amerikanische Konzernherren erkannten, dass sie ungleich größere Profite erzielen, wenn es nicht die teuren heimischen Arbeiter sind, welche die im eigenen Land verkauften Güter herstellen, sondern die weit billigeren Arbeitskräfte in China, haben sie im großen Maßstab mit der Auslagerung der Industriebetriebe begonnen. Das Resultat ist landesweit zu besichtigen. Zwischen Florida und Kalifornien sind seit dieser Zeit Rostgürtel entstanden zusammen mit einer Bevölkerung, die in Regierung und Wallstreet nicht ohne Grund den größten Feind erblickt. Denn es sind amerikanische Konzerne, die auf diese Art China zur Werkbank für die ganze Welt gemacht haben (die Chinesen haben sich dieses Angebots nur dankbar bedient). Ein Prozent der Amerikaner – mit Trump als einem ihrer Repräsentanten – haben das eigene Wohl dem Staatswohl vorangestellt und die künftige Stellung der USA als Weltmacht in Frage gestellt.

### Putins Russland nimmt eine Sonderstellung ein

nach Energie und Rohstoffen braucht das Land nicht außerhalb der eigenen Grenzen zu suchen, denn beides besitzt es selbst in Hülle und Fülle. Im

Ausland muss es daher auch keine Rohstoffquellen absichern und nicht einmal Absatzmärkte, denn die Kunden für Öl und Gas stehen ohnehin an seiner Tür. Russland ist ein Riesenreich und in hohem Maße autark.

Xi Jinping und Donald Trump gleichen sich darin, dass die von ihnen geführten Wirtschaftsmegamaschinen ihre saugenden Tentakel über den ganzen Globus ausstrecken. Dabei ist das rohstoffarme China sogar noch in höherem Maße als die USA auf die Versorgung durch andere Länder angewiesen. Seine Interessen in Südamerika und vor allem in Afrika zwingen es, den USA nachzueifern und eine ähnlich militante Großmachtspolitik zu betreiben. Die kürzlich errichtete Militärbasis in Djibouti markiert da nur den Beginn einer absehbaren Entwicklung. Nur Putins Russland kommt ohne eine solche Politik der Rohstoff-sicherung aus. Das ist ein bemerkenswerter Unterschied sowohl zu den USA als auch zu China.

### Die Drohung, die von Russland ausgeht

geht aus anderen Ursachen hervor. Sie ist auf der Demütigung dieses Landes begründet, wie es sie in seiner jüngeren Geschichte erlebte. Unter dem kommunistischen Regime, das alles Wirtschaftsleben von oben dirigierte und die individuelle Initiative – die wichtigste Ressource des kapitalistischen Systems – völlig erstickte, geriet das Land soweit ins Hintertreffen, dass es schließlich zusammenbrach. Die kapitalistische Rosskur der Neunziger Jahre, die der Westen ihm auferlegte, brachte die Wirtschaft des Landes vollends zum Absturz und schuf eine Oligarchie von Superreichen, welche die Ölquellen Russlands an den Westen verschachert hätten, wäre Wladimir Putin dem Ausverkauf nicht entgegengetreten.

Der Westen nutzte die Schwäche Russlands zudem noch dazu aus, um nach dem Textbuch von Brzezinski („Das große Schachspiel“) die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich zu lösen und den für Russland strategisch wichtigen Schwarzmeerhafen Sewastopol auf diese Art unter die eigene Kontrolle zu bringen. Auch das hat Putin verhindert.

Im Rückblick muss man wohl sagen, dass der Westen einem Land in Not nicht geholfen, sondern es zusätzlich gedemütigt hat. Statt es durch Hilfe zu einem Bundesgenossen zu machen, nutzte er Russlands Schwäche aus, um es noch schwächer zu machen. In diesem Sinne ist Putin ein Produkt falscher westlicher Politik.

So gesehen sind die gegen Russland verhängten Sanktionen zwar auch eine Reaktion auf Akte der Aggression. Wenn ein Krieg nicht in Frage kommt, was bleibt dann anderes als wirtschaftliche Maßnahmen übrig, da man das Vorgehen Russlands in Krim und Ukraine ja nicht einfach stillschweigend akzeptieren konnte? Aber Putins aggressives Vorgehen war eben auch eine Reaktion auf das vorangegangene Fehlverhalten des Westens.

Die Sanktionen sind allerdings so gut wie erfolglos. Den Handel haben sie nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermocht, sondern Russland lediglich den Zugang zu Krediten durch westliche Banken versperrt. All jene, die glaubten, dass Putins Reich unter den Sanktionen nach spätestens drei, vier Jahren kollabieren würde, haben sich gründlich geirrt. Es spricht für das staatsmännische Talent des russischen Präsidenten, dass er die westlichen Sanktionen sogar für sich zu nutzen versteht, indem er sie als eine gegen Russland gerichtete Verschwörung interpretiert. Sie dient ihm als willkommener Vorwand, seine Landsleute bei jeder Gelegenheit auf die Liebe zum Vaterland einzuschwören, für das kein Opfer zu groß sein dürfe. Dabei hat er es verstanden, mit weit geringeren Mitteln als sie den USA oder China zur Verfügung stehen, die Militärmaschinerie erneut so zu modernisieren, dass ein Erstschatz gegen sein Land für jeden Aggressor ein Selbstmord wäre. Wenn man Putins eigenen Angaben trauen darf, dann ist Russland den USA in entscheidender Hinsicht sogar überlegen. Es hat Raketen von angeblich bis zu zehn Mach Spitzengeschwindigkeit entwickelt, die jedes Abwehrsystem ungehindert durchbrechen können. Der ganze in Europa, den USA bis hin zu Japan installierte Abwehrschirm wäre dann wirkungslos.

### Der Westen hat Russland bestrafen wollen

Tatsächlich sieht es ganz danach aus, dass Putin in seinem Land einen Willen zur Selbstbehauptung auslöste, welcher eine ähnliche Entwicklung wie in China initiieren könnte. Russland wird alle Kräfte auf das einzige Ziel konzentrieren, den industriellen Fortschritt zu forcieren, um einerseits Stärke und Unabhängigkeit nach außen und andererseits nach innen die Solidarität der eigenen Bevölkerung mit der Verheißung auf wachsenden Wohlstand zu gewinnen. Tatsächlich scheint Russland inzwischen weniger nach Europa zu blicken, das ja ein vergleichsweise bescheidenes Wachstum aufweist, als auf China, das mit Raten von 5 bis 6 Prozent der ganzen übrigen Welt weit vorausseilt. Dass Putin sich auch als Oberhaupt einer Scheindemokratie eher an Fernost orientiert, braucht da nicht zu verwundern. Zwar verschwinden weit weniger politische Gegner im heutigen Russland als in Fernost, aber die Presse wird mittlerweile gleich stark an die Kandare genommen.

### Dabei zeugt es von der großen Intelligenz dieses Mannes

dass er den Westen mit dessen eigenen Waffen bekämpft. *Russia Today* ist ein beliebtes Forum für westliche Intellektuelle und Außenseiter, die keine Chance erhalten, im eigenen Land gehört zu werden. Denn es ist zwar richtig, dass in den USA oder in England niemand wegen seiner Meinung im Gefängnis verschwindet oder auf Betreiben der Regierung ermordet wird. Das unterscheidet die amerikanische Plutokratie immer noch auf rühmliche Weise von den russischen und chinesischen Autokratien. Ein Mann wie Noam Chomsky, der sein eigenes Land und dessen Regierung als „Schurkenstaat“ bezeichnet, hätte in China oder Russland sein Todesurteil längst unterschrieben.

Aber solche Außenseiter werden eben auch nicht in den offiziellen Medien ihres Lands gehört, denn die befinden sich im Besitz jenes einen Prozents, welches das Land in Politik und Wirtschaft beherrscht. Das ist einem Mann wie Putin natürlich bestens bekannt, und so bietet er den Außenseitern anderer Länder in RT ein demokratisches Forum, obwohl er im eigenen Land allen Widerstand bricht

– ein meisterhafter Schachzug, der die Polarisierung innerhalb westlicher Länder noch weiter vorantreibt.

### Wenn es stimmt, dass das Modell des Privatunternehmens



inzwischen auch von Staaten übernommen wird, so dass diese sich wie Megakonzerne verhalten, dann werden natürlich auch die in ihnen lebenden Menschen, die Staatsbürger, den Belegschaften von Unternehmen zunehmend ähnlich. Mit einem chinesischen Mandarin oder einem indischen Brahmanen hätten wir nicht zu kommunizieren vermocht. Die lebten in völlig andersartigen Welten, aber Wissenschaftler und CEOs reden überall auf der Welt dieselbe Sprache, da gibt es kaum noch Unterschiede zwischen Engländern, Franzosen, Chinesen oder Russen.

Diese Entwicklung ist an sich zu begrüßen, aber es wäre ein Irrtum, sie nur für positiv zu halten. In einer Firma ist man nur angestellt, jederzeit ersetzbar und reduziert auf eine Funktion. Je mehr sich Staaten so verhalten wie Firmen und dabei zu bloßen „Standorten“ mutieren, in desto höherem Grade vermitteln sie ihren Bürgern das Gefühl, auch im eigenen Land nur als eine Art von Angestellten geduldet zu sein, jederzeit ersetzbar und reduziert auf ihre jeweilige Funktion. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind bedrohlich. Der Mensch möchte mehr sein als nur das funktionierende Rädchen in einem großen Getriebe. Er möchte sich begeistern, lieben, genießen können, das aber ist eine andere Dimension als das Funktionieren in einem Betrieb, wo Gefühle nichts zu suchen haben, weil man ihn dort auf seine technische und ökonomische Intelligenz reduziert. In einem Betrieb werden Gefühle an der Garderobe zurückgelassen.

Wenn Staaten insgesamt sich wie Unternehmen verhalten und dabei die Rückzugsgebiete des Privaten zunehmend beschneiden, dann besteht die Gefahr, dass der Platz für diese fundamentale menschliche Dimension immer geringer wird, ohne dass sich aber das Bedürfnis danach verringert. Also suchen Staaten nach künstlichem Ersatz. Da bietet sich dann an erster Stelle der Nationalismus an. Er füllt die Leere im Innern der bloß noch funktionierenden

Rädchen, indem er primitive Gefühle in ihnen anheizt und auf diese Art eine Art von künstlicher Gemeinschaft erzeugt. Ich sehe durchaus keinen Zufall darin, dass der Nationalismus in China und Russland und seit Trump auch in den USA eine so starke Steigerung erfährt.

### Die Menschen werden einander überall auf der Welt zwar immer ähnlicher



weil Wirtschaft und Wissenschaft global nach denselben Prinzipien funktionieren, aber die Distanz zwischen ihnen nimmt deswegen keineswegs ab. Diese Hoffnung ist leider unbegründet, weil die staatlichen Megakonzerne das gar nicht wollen. Wissenschaftliches, technisches und ökonomisches Wissen bedeutet Stärke, deshalb wird es sowohl privat wie auch in staatlichem Auftrag ja von konkurrierenden Staaten mit allen Mitteln der modernen Industriespionage abgesogen. Wissenschaftler, Forscher, Ingenieure sind Faktoren der Macht in einem Unternehmen, wo man sie von Gesetz wegen zur Wahrung der Betriebsgeheimnisse verpflichtet, aber sie sind es in noch höherem Grade für den modernen Unternehmens-Staat. Natürlich arbeiten sie in chinesischen Militärunternehmen ausschließlich für China, in amerikanischen ausschließlich für die USA, in russischen ausschließlich für Russland. Alles andere bewerten die Regierungen, denen sie dienen, als Landesverrat. So werden Menschen, die einander immer ähnlicher werden, durch ihre staatliche Zugehörigkeit zur gleichen Zeit weit voneinander entfernt.

### Das alles brauchte uns nicht zu beunruhigen,



wenn die USA, China und Russland Eilande wären oder jede dieser Mächte den Globus allein beherrschen würde. In diesem Fall würden die Menschen ihres einseitigen Strebens nach immer größerem materiellem Reichtum schnell überdrüssig werden und eine Machtdemonstration nach außen wäre ja ohnehin überflüssig. Sie würden sich der Verzauberung durch die Kultur überlassen, denn Kultur bedeutet Freiheit zur Selbstgestaltung, während die technische Zivilisation eine große Maschine ist, wo jeder wie ein Rädchen funktionieren muss. Kultur ist der Inbegriff all dessen, was der Mensch

jenseits der technischen Zwänge zu schaffen und zu erkennen vermag. Sich selbst überlassen, strebt jede Gesellschaft über die materiellen Dinge hinaus, auf eine Ebene, wo der Mensch zur Freiheit findet.

Unser Unglück ist nur, dass die drei Supermächte nicht auf Inseln leben, sondern China und die USA Kraken mit weltweit ausgreifenden Tentakeln sind und sich dabei mehr und mehr in die Quere kommen. Mit nur fünf Prozent der Weltbevölkerung konsumieren die USA an die fünfundzwanzig Prozent der fossilen Ressourcen, weil sie meinen, den amerikanischen Traum anders nicht verwirklichen zu können. Im Reich der Mitte leben an die fünfzehn Prozent der Weltbevölkerung. Werden sie, um den chinesischen Traum zu verwirklichen, irgendwann 75 Prozent der Ressourcen für sich verlangen, weil ihre Bevölkerung dreimal größer ist?

Hier liegt der Grund, warum die Supermächte das Wettlaufen um größere militärische und politische Macht nicht beenden können; deswegen muss die ökonomisch-militärische Megamaschine auf immer höheren Touren laufen. Ganz allein Putin hätte die Chance, sich aus diesem Wettlauf auszuklinken, zumindest jetzt, da Russland stark genug ist, um jedem äußeren Feind gewachsen zu sein. Aber Putin ist fixiert auf die äußere Welt. Beständig misst er sich und das eigene Land an den anderen, will von ihnen geachtet werden und, falls das nicht möglich ist, wenigstens gefürchtet. Dafür scheint er bereit, mindestens so hohe Risiken einzugehen wie der unberechenbare Donald Trump oder der viel vorsichtiger Xi.



Zuerst erschienen am 13. März 2018 unter:  
<http://www.gerojenner.com/wp/?p=2111>

Zum Autor  
Dr. Gero Jenner

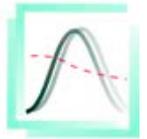


Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>

# Ausweg aus dem Teufelskreis Wirtschaftswachstum



Anlässlich der Post-Growth-2018-Konferenz in Brüssel im September haben über 200 Wissenschaftler einen offenen Brief verfasst.

*Unterzeichner sind unter anderen: Niko Paech von der Uni Siegen, der Soziologe Stephan Lessenich von der LMU München, Nachhaltigkeitsforscher Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut; aus Belgien Olivier de Schutter, der ehemalige UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung; aus Großbritannien die Ökonomin Kate Raworth und der Nachhaltigkeitsforscher Tim Jackson; aus den USA die Soziologin Saskia Sassen. Aus Deutschland noch u. a.: Hans Diefenbacher, Maja Göpel und Angelika Zahrt, Hermann E. Ott, Tillmann Santarius.*

*Der Brief richtet sich an die europäische Politik. Er wurde vom Guardian, bei Zeit Online und Der Freitag sowie vielen anderen europäischen Zeitungen wie Liberation, Wiener Zeitung, El Diario, Politiken, Gazeta Wyborcza veröffentlicht.*



## Der Brief im Wortlaut:

### Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden

In dieser Woche treffen sich Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen und politische Entscheidungsträger\*innen in Brüssel zu einer wegweisenden Konferenz. Ziel dieser Veranstaltung, die von Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus fünf verschiedenen Fraktionen sowie Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen organisiert wird, ist es, die Möglichkeiten für eine Postwachstumsökonomie in Europa auszuloten.

In den vergangenen sieben Jahrzehnten war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das übergeordnete wirtschaftliche Ziel der europäischen Staaten. Während aber unsere Volkswirtschaften gewachsen sind, haben auch die negativen Auswirkungen unseres Wirtschaftens auf die Umwelt weiter zugenommen. Wir überschreiten bereits die ökologischen Grenzen, die der Menschheit einen sicheren Handlungs-

raum auf diesem Planeten geben. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Wirtschaftstätigkeit auch nur annähernd so weit von Ressourcenverbrauch oder Umweltverschmutzung entkoppelt, wie es tatsächlich notwendig wäre. Um die sozialen Probleme in den europäischen Ländern zu lösen, brauchen wir heute kein weiteres Wachstum. Was wir brauchen, ist eine gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums, den wir bereits haben.

Zudem wird es immer schwieriger, überhaupt Wachstum zu erzeugen – weil die Produktivitätszuwächse abnehmen, die Märkte gesättigt sind und die Umwelt geschädigt ist. Wenn sich diese Trends fortsetzen, könnte es absehbar innerhalb des kommenden Jahrzehnts in Europa überhaupt kein Wachstum mehr geben. In dem Versuch, das Wachstum doch noch anzukurbeln, werden momentan mehr Schulden gemacht, Umweltregulierungen beseitigt, Arbeitszeiten verlängert und soziale Absicherungen gekürzt. Dieses aggressive Streben nach Wachstum um jeden Preis spaltet die Gesellschaft, schafft wirtschaftliche Instabilität und untergräbt die Demokratie.

Die aktuellen politischen Entscheidung\*innen sind nicht bereit, sich mit diesen Themen zu befassen – zumindest bis jetzt nicht. Das Projekt der Europäischen Kommission, Beyond GDP, wurde zu GDP and Beyond. Das offizielle Mantra bleibt Wachstum – jetzt lediglich neu gekleidet als "nachhaltig", "grün" oder "inklusiv" – aber dennoch in erster Linie Wachstum. Und obwohl es einen grundlegenden Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit gibt, formulieren selbst die neuen UN-Nachhaltigkeitsziele das Streben nach Wirtschaftswachstum als politisches Ziel für alle Länder.

### Die gute Nachricht: Es gibt eine Postwachstumsbewegung.

Die gute Nachricht ist, dass sich in Zivilgesellschaft und Wissenschaft eine Postwachstumsbewegung herausbildet. Sie hat unterschiedliche Namen

an verschiedenen Orten: Décroissance, Postwachstum, Steady State-, Donut-Ökonomie, oder auch Wohlstand ohne Wachstum, um nur einige zu nennen. Seit 2008 haben regelmäßige De-growth-Konferenzen Tausende von Teilnehmenden zusammengebracht. Eine neue globale Initiative, die Wellbeing Economies Alliance (oder WE-All), stellt Verbindungen zwischen diesen Bewegungen her, während ein europäisches Forschungsnetzwerk neue ökologische makroökonomische Modelle entwickelt hat. Diese Arbeiten zeigen, dass es möglich ist, die Lebensqualität zu verbessern, die lebendige Mitwelt wiederherzustellen, Ungleichheit zu reduzieren und sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen – und all das ohne Wirtschaftswachstum, vorausgesetzt, wir ergreifen Maßnahmen, um unsere derzeitige Wachstumsabhängigkeit zu überwinden.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen gehören unter anderem die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs, eine progressive Besteuerung, um die zunehmenden Ungleichheiten zu beseitigen, sowie eine schrittweise Verringerung der Arbeitszeit. Die Ressourcennutzung etwa könnte durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer eingedämmt werden. Die Einnahmen hieraus könnten als Dividende für alle ausgeschüttet oder zur Finanzierung von Sozialprogrammen verwendet werden. Die Einführung eines Grund- und eines Maximaleinkommens würde die Ungleichheit weiter verringern. Gleichzeitig könnte dies dazu beitragen, die Sorgearbeit neu zu verteilen und die Machtungleichgewichte zu verringern, die die Demokratie untergraben. Neue Technologien könnten genutzt werden, um die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lebensqualität zu verbessern, anstatt dafür Massen von Arbeitenden zu entlassen und die Profite der wenigen Privilegierten zu steigern.

### Ein Ministerium für Transformation in jedem Mitgliedstaat

Angesichts der sich abzeichnenden Risiken wäre es unverantwortlich, wenn

Politiker\*innen und politische Entscheidungsträger\*innen sich nicht mit den Möglichkeiten für eine Zukunft nach dem Wachstum auseinandersetzen. Die Konferenz in Brüssel ist ein vielversprechender Anfang, aber es braucht noch viel stärkere Anstrengungen. Als eine Gruppe engagierter Sozial- und Naturwissenschaftler\*innen aus allen 28 EU-Staaten fordern wir die Europäische Union, ihre Institutionen und die Mitgliedstaaten deshalb auf:

1. Eine Sonderkommission im EU-Parlament einzurichten, die sich mit den Zukunftsperspektiven für eine Zeit nach dem Wachstum befasst (Post-Growth-Futures). Diese Kommission sollte aktiv über die Zukunft des Wachstums diskutieren, politische Alternativen für Zukunftsperspektiven nach dem Wachstum entwickeln und das Streben nach

Wachstum als übergeordnetes politisches Ziel überdenken.

2. Alternative Indikatoren in den makroökonomischen Rahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten einzubeziehen. Die Wirtschaftspolitik sollte hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das menschliche Wohlergehen, den Ressourcenverbrauch, gesellschaftliche Ungleichheit und die Bereitstellung menschenwürdiger Arbeit bewertet werden. Diese Indikatoren sollten bei Entscheidungsfindungen eine höhere Priorität als das BIP erhalten.
3. Den Stabilitäts- und Wachstumspakt in einen Stabilitäts- und Wohlstandspakt umzuwandeln. Der Sta-

bilitäts- und Wachstumspakt ist ein Regelwerk zur Begrenzung von Staatsdefiziten und Staatsschulden. Er sollte überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten die Grundbedürfnisse ihrer Bürger\*innen erfüllen und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch und die Abfallemissionen auf ein nachhaltiges Niveau reduzieren.

4. Ein Ministerium für wirtschaftliche Transformation in jedem Mitgliedstaat einzurichten. Eine neue Wirtschaft, die sich direkt auf das menschliche und ökologische Wohlergehen konzentriert, könnte eine viel bessere Zukunft bieten als eine, die strukturell vom Wirtschaftswachstum abhängt.

Lizenz des offenen Briefs: (CC BY-NC-SA 4.0) Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen – 4.0 International <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

## Bürgerbewegung

# FINANZWENDE

### Finance Watch Deutschland

Sven Giegold

10 Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers hat mein politischer Weggefährte und guter Kollege im Bundestag Gerhard Schick die „Bürgerbewegung Finanzwende e. V.“ aus der Taufe gehoben. Denn die globale Finanzkrise ist nicht vorbei. Wir erleben nur eine Atempause. Unser Finanzsystem ist weder stabil noch lenkt es die Gelder in langfristige Investitionen, die sich für die Umwelt und die Anleger lohnen. Auch in Deutschland ist die Finanzlobby dabei das Pendel der Regulierung wieder in Richtung „Deregulierung der Finanzmärkte“ zu bewegen. Damit drohen die ersten Erfolge bei der Regulierung der Finanzmärkte wieder zunichte gemacht zu werden. Daher meine Bitte: Unterstützt Gerhard Schick und die breite Koalition von Organisation und Finanzexpertinnen und Finanzexperten, die er zusammengebracht hat.

**Unterschreibt den Appell von Finanzwende e. V. und bleibt so auf dem Laufenden:**

<https://www.finanzwende.de/appell>

Finanzwende e. V. wird der deutsche Partner von FinanceWatch, der von Europaabgeordneten initiierten kritischen Finanzexpertenlobby in Brüssel. Die Gründung von Finanzwende ist eine große Chance, die Kräfteverhältnisse in Deutschland zwischen mächtigen Finanzmarktinteressen auf der einen Seite und Gemeinwohlinteressen auf der anderen Seite zu verschieben. Finanzstabilität, Verbraucherschutz und nachhaltige Investitionen müssen endlich zur Priorität werden. Anders als andere finanzmarktaktive Akteure, wie z. B. Attac oder WEED, wird sich die Finanzwende alleine auf Finanzmarktfragen konzentrieren. Sie verfügt über einen großen Kreis von Mitgründern und Finanzexperten, die das ganze politisch breit und mit großer Expertise aufstellen werden.

Um die Unabhängigkeit von Finanzwende zu sichern, hat Gerhard Schick sich entschieden, sein Bundestagsmandat

zum Ende des Jahres zurückzugeben. Das ist ein großer Verlust für die grüne Bundestagsfraktion. Trotzdem kann ich Gerhards Entscheidung sehr gut verstehen. Die neue Organisation ist in jeder Hinsicht ein Gewinn für die Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa! Sie verdient jede Unterstützung. 

<https://www.finanzwende.de/appell>

#### Zu den Autoren Sven Giegold



Jhg. '69, Europaabgeordneter aus NRW. Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament und Sprecher seiner Fraktion für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Seit über 20 Jahren ist der Wirtschaftswissenschaftler in sozialen Bewegungen aktiv. Er ist Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags.  
Webseite: <https://sven-giegold.de>

Dieser Beitrag erschien zuerst am 17. Sept. 2018 auf der Webseite von Sven Giegold unter CC-Lizenz (BY-NC 3.0 DE) siehe: <https://sven-giegold.de/buergerbewegung-finanzwende-gegruendet/>

# Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönlichen Meinungen. Wir bemühen uns, so viele Leserbriefe unterzubringen, wie möglich. Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

## Menschen sind immer ein „WIR“ – Zu Pat Christs Beitrag „Das „WIR“ zerbröckelt“ (Nr. 04/2018)

Wir Menschen haben das natürliche Denken verlernt. Wir fragen nicht mehr wie Kinder: wo komme ich her? Wo gehe ich hin? Warum bin ich auf der Welt? Würden sie darüber nachdenken, dann würden sie erkennen: wir haben alle den gleichen Schöpfungsauftrag: wir sollen Menschen werden und einander dienen. Das ist der Sinn unseres Lebens.

Einschätzung, wir können ihn nennen wir wollen, hat den Menschen erschaffen. Er hat ihn das Leben angehaucht, ihn mit seinem Geist und seine Liebe ausgestattet, damit er den Weg zum Menschsein findet. Er hat ihm einen freien Willen gegeben. Er muss selbst erkennen, was richtig oder falsch, gut oder böse, Wahrheit oder Lüge ist. Naturgesetze, denen er unterworfen ist, sagen es ihm. Der Mensch als ein sich dauernd entwickelndes Wesen, persönlich von der Zeugung bis zum Tod, die Menschheit von ihrem Uranfang bis heute, muss sich mit seiner Entwicklung immer wieder auseinandersetzen. Er muss sich selbst erkennen: Ich bin ein Wesen aus Körper, Geist und Seele, ein historisches, soziales und personales Wesen. Als ein „in die Freiheit geworfenes Lebewesen“ (Kierkegaard) bin ich zu einem dauernd lernenden Wesen geworden. Aus diesen Wahrheiten erwächst die Verantwortung gegenüber der

Geschichte, der Gesellschaft und mir selbst (Gesundheit). Der religiöse Mensch sieht sich als transzendentes Wesen in der Verantwortung vor dem Schöpfer.

Wenn wir die heutige Weltsituation betrachten, müssen wir feststellen, dass wir den Schöpfungsauftrag verfehlt haben. Wir leben in der Welt des real und global existierenden Militarismus und Kapitalismus, und das schon Jahrtausende! Diese Ideologien sind Lebenslügen. Sie sind das institutionalisierte Böse in der Welt. Wie sollen in den Strukturen des Bösen Frieden und Gerechtigkeit gedeihen? Unmöglich!

Solange der Mensch Kriege führt, ist er kein Mensch, sondern ein Unmensch. Nur durch gewaltfreies Denken können wir den Militarismus überwinden. Die Gewaltfreiheit ist eine fundamentale Wahrheit. Erst in ihr ist der Mensch seiner Menschenwürde würdig. Den Kapitalismus können wir nur überwinden, wenn dem Geld seine wesensgemäße, dienende Funktion gegeben wird. Es muss uns klar sein, dass ein Geldwesen mit Zins niemals richtig sein kann. Der Zins, die „wunderbare Geldvermehrung ohne Arbeit“, begünstigt immer nur die Geldbesitzer. Schon Aristoteles stellte fest: „Geld aus Geld ist

## Nachruf Bernhard Treudt

Am 2. 7. 2018 verstarb Bernhardt Treudt in Essen im gesegneten Alter von 96 Jahren.

Man kannte ihn als stets Suchenden, immer Lernenden und alles Hinterfragenden. Mit seiner lebensfrohen Art bereicherte er seine Mitmenschen und die Gruppen und Organisationen, in denen er zeitlebens



Bernhard Treudt in Essen im Jahr 2017

mitwirkte. Sein Gerechtigkeitsinn ließ ihn an vielen Facetten der aktuellen Politik zweifeln, deshalb wandte er sich bereits als junger Mensch den von Silvio Gesell geprägten Ideen einer humanen Wirtschaft zu und setzte sich sein ganzes Leben für Veränderungen der Geld- und Wirtschaftspolitik ein. Er sah in vielen existenziellen Problemen dieser Welt, was sich aktuell in den Armutsdiskussionen und in den Migrationsbewegungen niederschlägt, die falsche Geld- und Bodenpolitik als Ursache. Damit reihte er sich in die Gruppe der Kapitalismuseegner ein. Auch seine persönlichen Kriegserfahrungen dürften ihn in seinen sensiblen Wahrnehmungen über die Ursachen kapitalistischer Wirtschaft bestärkt haben. Dazu zählen: Der Klimawandel, die Rohstoffverbräuche, der Verlust biologischer Vielfalt, das Armutproblem und nicht zuletzt die Flüchtlingswanderungen. Bis ins hohe Alter beteiligte er sich an Treffen zu wichtigen Menschheitsthemen und warb für die Erkenntnis von Zusammenhängen. Der Mensch solle sich mit aller Kraft Krieg und jeglicher Ausbeutung von Menschen und Natur entgegenstellen.

# Leserbriefe



gegen die Natur". Zudem wächst durch den Zins dauernd das Geldvolumen. Es ist viel zu viel Geld im Umlauf. Das täuscht Wohlstand vor, der sehr ungerecht verteilt ist. Der Kapitalismus hat in seiner langen Geschichte immer nur eine Besitzstruktur erzeugt, die jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spricht. Er ist dabei, die Menschheit moralisch und sozial, und die Umwelt ökologisch kaputt zu machen. Der Prozess ist schon sehr weit fortgeschritten.

Außerdem ist das Geld eine Gemeinschaftseinrichtung. Diese Gemeinschaft kann nur der Staat sein, der wir alle sind, gerade in einer Demokratie. Was ist das für eine Demokratie, die sich dem totalitärsten Regime, dem Kapitalismus unterwirft? Die gewählten Volksvertreter stehen in der Verantwortung, ein Geld- und Steuersystem einzurichten, das allen Menschen dient.

Wir Menschen sind immer ein „WIR“. Damit ein gutes „WIR“ entsteht, müssen Frieden und Gerechtigkeit herrschen. Zu ihm gelangen wir nur, wenn sich ein neues Denken entwickelt. Nur als „WIR“ können wir unserem Schöpfungsauftrag gerecht werden.

*Richard Steinhauser, Sigmarszell*

## Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)9161 - 87 28 673  
oder im Briefumschlag  
senden an:

**HUMANE WIRTSCHAFT**  
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel  
gegen Rechnung:

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
ggf. Kundennummer: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_



## Zum Tode von Wilfried Harder

geb. 3. 11. 1940

gest. 3. 3. 2018 Ellerbek bei Pinneberg



Trotz langer, schwerer Krankheit hat Wilfried bis zuletzt für die HUMANwirtschaftspartei gearbeitet. Es war auch immer seine Partei. Er hatte den Überblick für die Aufgaben des 1. Vorsitzenden, als Finanzreferent und als Bundesgeschäftsführer.

Er war seit seinem 18. Lebensjahr vertraut mit der Ideellen Freiwirtschaft von Silvio Gesell, heute sagen wir Humanwirtschaft. Wilfrieds Anliegen war stets eine gerechte Geld- und Bodenordnung. Dafür hat er sich mit ganzem Herzen eingesetzt. Es war auch seine friedliebende, freundliche Art als Persönlichkeit, Menschen zu verbinden, über die Zusammenhänge aufzuklären und für eine bessere Welt zu begeistern.

## Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)9161 - 87 28 673  
oder im Briefumschlag  
senden an:

**HUMANE WIRTSCHAFT**  
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement  
gegen Rechnung

Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Kundennummer (falls vorhd.): \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_



# BUCHEMPFEHLUNGEN

**Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)**  
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,  
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)



Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

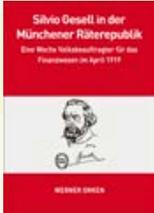
Anmerkung des Verlags: „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchgesehene Auflage

aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjenburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<http://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

**Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“**, Oldenburg 2018, 110 S., Softcover, 16,00 €, ISBN 978-3-933891-31-0



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Es geht in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie er die wirtschaftspolitische

Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.

E-Mail: [post@dieterfauth.de](mailto:post@dieterfauth.de) (Lieferung frei Haus)

**NEU**

**Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“**  
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5



Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizienz-

enzhäuser – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: [www.oekoroutine.de](http://www.oekoroutine.de)

Zu beziehen im Shop: [http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz\\_oekoroutine](http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine)

**Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“**  
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6



Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruiniös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: [http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann\\_G\\_G\\_G](http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G)

## Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekte Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.  
Eignet sich hervorragend zum Verschenken!

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine erstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

[http://shop.humane-wirtschaft.de/werner\\_peters\\_generositaet](http://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet)



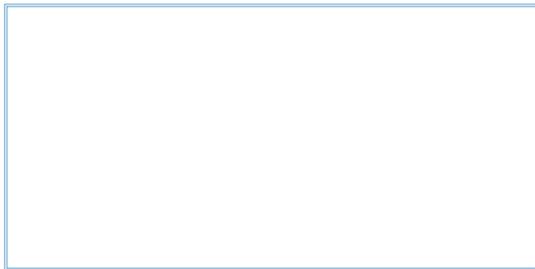
**Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“** Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4

D 6,50 EUR  
A 6,90 EUR  
CH 9,80 SFR  
0,034 ETH 4



# HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift



[www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)



**1140-8-VM – Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom 2012“, korrigierte Auflage 2014, 484 Seiten, 16,80 €**

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf.

Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.



**1226-1-ME – Dirk Löhr, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Löhr et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, ISBN: 978-3-7316-1226-1**

**34,80 €**

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaublich geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriwelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.



## Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



**Flyer Postkartenformat**, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €  
**Bestellnr.: 0911-1-HW**

## DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



**DIN-Lang Flyer**, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €  
**Bestellnr.: 0910-4-HW**

**Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT**  
Einzelpreis 6,00 €

Sept./Okt.	05/2017	0517-5-HW
Nov./Dez.	06/2017	0517-6-HW
Jan./Feb.	01/2018	0518-1-HW
März/April	02/2018	0518-2-HW
Mai/Juni	03/2018	0518-3-HW
Juli/Aug.	04/2018	0518-4-HW
Okt./Nov.	05/2018	0518-5-HW

Ältere Ausgaben auf Anfrage.

**Jahres-CD: 18,00 €** Alle Ausgaben eines Jahrgangs!

**Verfügbar von 2010 bis 2017** – auch zum Download!

2016: 4016-0-HW

2017: 4017-0-HW



**Das Einsteigerpaket für Aussteiger**

Alle sechs Ausgaben aus 2017 in einer Baumwolltasche  
**24,95 €**

**Bestellnr.: 0617-0-HW**

